Friedenskampf im Aufwind Seiten 4 und 6

1 H 3752 CX

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 18 vom 1. Mai 1981 | 15. Jahrgang | 1 DM



Von Köln nach Strassbourg organisiert das Komitee „Freiheit für die Türkei" eine Protestdemonstration, mit der die faschistische Junta in Ankara angeprangert wird. „Unser Marsch bringt die Wünsche der unterdrückten Menschen in der Türkei zum Ausdruck (...) Wir sind die Lunge, mit der die Menschen, denen die Luft abgedrückt wird, atmen", heißt es im Nachrichtenbulletin des Komitees. Am 25. April wurde die erste Etappe von Köln nach Bonn von ca. 600 Menschen erfolgreich zurückgelegt.

Metaller zum Streik bereit

Lohnrunde so hart wie nie zuvor

Angriff auf Reallöhne kann abgewehrt werden!

FRANKFURT. — Der Angriff des Kapitals auf die Reallöhne- und Gehälter kann abgewehrt werden. Die gewerkschaftliche Kampfkraft dazu ist vorhanden. Mehr als zwei Millionen Metaller demonstrierten dies durch ihre bundesweiten Arbeitsniederlegungen am Mittwoch letzter Woche. So platzte der Traum der Unternehmer von einer Kapitulation der IG Metall bei der achten Verhandlungsrunde in Hessen wie eine Seifenblase. Die IGM-Führung konnte es nicht wagen, den in Frankfurt erzielten faulen Verhandlungskompromiß anzunehmen.

Angesichts der enormen Mobilisierung der Beschäftigten in der Metallindustrie und der Alarmstimmung unter den aktiven Gewerkschaftern mußte der Vorstand der IG Metall den von den Verhandlungskommissionen für den Tarifbezirk Hessen ausgebrüteten Kompromiß (4,7 Prozent bei 13 Monaten Laufzeit) platzen lassen.

Diesem Kompromiß war die Funktion eines Pilotabschlusses für die gesamte Metallindustrie zugedacht. Aber die Große Tarifkommission der hessischen IG Metall lehnte ihn mit eindeutiger Mehrheit ab: 43 gegen 18 Stimmen lautete das Abstimmungsergebnis.

Zum Redaktionsschluß des „Roten Morgens" am Wochenende vor dem 1. Mai standen die Zeichen damit auf Streik. Der IGM-Vorstand mußte, entsprechend den inzwischen von vier Tarifgebieten (Nordverbund, Niedersachsen, NRW und Hessen) gestellten Anträgen das Scheitern der Verhandlungen für diese Tarifbezirke erklären.

Zwar wurden für Nordwürttemberg/Nordbaden noch einmal neue Verhandlungen vereinbart. Aber würde der IGM-Vorstand jetzt entgegen den vorliegenden Anträgen keine Urabstimmung genehmigen, so wäre dies eine unverhüllte Mißachtung des Mitgliederwillens.

Eine geradezu unglaubliche Verhöhnung der Mitgliederbasis hat sich allerdings die IG-Bau-Führung erlaubt, indem sie den Schlichtungsspruch akzeptierte, der erneut eine Tariferhöhung von nur 4 Prozent vorsieht und nur als Köder Verbesserungen beim 13. Monatsgehalt enthält. Damit sind die Sperner und Konsorten zum zweiten Mal auch der IG Metall in unerhörter Art und Weise in den Rücken gefallen.

Nicht nur in ihrem eigenen Interesse, sondern auch aus elementarer gewerkschaftliche Solidarität heraus müssen die Kollegen der IG Bau diesen Verrat erneut zurückweisen!

Die bisherige Entwicklung der Lohnrunde '81 hat bereits zu einem Teilerfolg der Arbeiter im Kampf gegen den Angriff der Kapitalistenverbände geführt. Vor allem wegen der beispiellosen Mobilisierung der Metallarbeiter ist der geplante Durchbruch zur lohnpolitischen Wende zunächst einmal ins Stocken geraten. Er kann vollends abgeblockt werden! Die Reallöhne können für dieses Jahr gesichert werden! Voraussetzung ist, daß die IG Metall jetzt mit einem konsequenten Flächenstreik ihre große Kraft entfaltet und den Unternehmern zeigt, wo der Hammer hängt.

Nein, zu jedem Reallohnabbau! Konsequent für 8 Prozent! Kein Abschluß ohne Urabstimmung!

Hungerstreik der IRA-Gefangenen

Bobby Sands steht vor dem Tode

In Nordirland verstärkt sich der Widerstand

BELFAST. — Montag, 27.4.: Der vor kurzem zum Parlamentsabgeordneten gewählte Bobby Sands von der IRA befindet sich seit nunmehr 58 Tagen im Hungerstreik und steht vor dem Tode, weil sich die britischen Behörden weigern, den Gefangenen der IRA wieder den Status politischer Gefangener zuzuerkennen. Ebenfalls im Hungerstreik und inzwischen stark geschwächt sind drei weitere Mitglieder der IRA.

In eindrucksvollen Aufmärschen demonstrierten in den letzten Tagen Tausende Bürger Nordirlands ihre Unterstützung für die Ziele des Hungerstreiks und gegen die Zustände in den „H-Blocks", den Sondertrakts für die IRA-Gefangenen. Die kolonialen Besatzertruppen Englands in Nordirland finden keine Ruhe, auch wenn sie mit brutaler Gewalt jeden Widerstand gegen ihr Militärregime zu brechen versuchen. Diese Gewalt forderte am 26. April ein neues Todesopfer: ein 15jähriger Junge erlag in einem Belfaster Krankenhaus den Verletzungen, die er am 15. April in Derry empfangen hatte: Ein Gummigeschoß hatte ihn im Auge getroffen. Diese tödliche Munition ist es, mit der verschiedene westdeutsche Politiker auch die bundesdeutsche Polizei ausrüsten wollen!

Die englische Regierung hatte gehofft, mit dem Einsatz einer „Untersuchungskommission" Bobby Sands zum Abbruch seines Hungerstreiks bewegen und für die Dauer der „Untersuchung" — es sollte mehrere Jahre dauern, bis ein Ergebnis vorgelegt würde — die Forderung nach der Anerkennung des politischen Status vom Tisch wischen zu können. Darauf hat Sands sich nicht eingelassen.

Die Forderungen der IRA-Gefangenen müssen erfüllt werden!

Britische Truppen — raus aus Nordirland!

(Weitere Informationen in einem Artikel auf S. 11).

Schandabschluß im Steinkohlebergbau

Dolchstoß in den Rücken der Metaller

BOCHUM. — Der Schandabschluß der IG-Bergbau-Führung von 4,6 Prozent kam zwei Tage nachdem die hessische Tarifkommission der IG Metall den faulen Verhandlungskompromiß von Frankfurt zurückgewiesen hatte. An einem Samstag verschacherten die Adolf Schmidt und Hans Alker die gewerkschaftliche Solidarität für dreißig Silberlinge.

Für die Bergarbeiter, die unter schweren und gefahrvollen Bedingungen das „schwarze Gold" zutage fördern, bedeutet dieser Tarifabschluß einen realen Abbau ihrer Löhne um mindestens 3 Prozent. Bleibt es bei diesem Schandabschluß, so ist für die Kumpels bittere Wirklichkeit geworden, was die Kapitalisten so gierig als Ziel dieser Lohnrunde verfolgen: die lohnpolitische Wende zum Abbau des Lebensstandards der arbeitenden Massen.

Dieser Abschluß platzt mitten hinein in die entscheidende Zuspitzung einer Lohnrunde, die eine der härtesten und in ihrer langfristigen Bedeutung schwerwiegendsten in der bisherigen bundesdeutschen Geschichte ist.

Das Verhalten der IGBE-Führung ist eine Verhöhnung der elementarsten gewerkschaftlichen Grundsätze. Ein Schlag ins Gesicht der Millionen Metaller, die stellvertretend für die gesamte Arbeiterschaft mit ihren Aktionen den Kampf für Reallohnsicherung aufgenommen hatten. Ein Schlag ins Gesicht jedes ehrlichen Gewerkschafters. Ein erbärmlicher und niederträchtiger Verrat an der Arbeiterklasse.

Heraus zum 1. Mai!

1. Mai — Arbeiterkampftag! Ein frischer Wind muß durch Westdeutschlands Städte wehen, wenn sich an diesem 1. Mai unter dem unmittelbaren Eindruck eines mit einzigartiger Härte geführten Tarifkampfes Zigtausende Kolleginnen und Kollegen auf den Straßen versammeln, um den grundlegenden Forderungen ihrer Klasse Nachdruck zu verleihen.

Lohnraub und Arbeitsplatzvernichtung heißt das Programm der Kapitalisten für die 80er Jahre. Ein Millionenheer von Arbeitslosen ist im Entstehen. Das ist eine große Herausforderung an die gesamte Arbeiterklasse und ihre Organisationen. Der volle Einsatz der gewerkschaftlichen Kampfkraft ist gefordert. In den Streiks der letzten Wochen haben Bosse und Bonzen mit Schrecken die Kampfbereitschaft der Arbeiter gesehen, die sich nur mit Mühe noch einigermaßen in Schranken halten ließ. Nur durch kompromißlosen Kampf, der der „Sozialpartnerschaft" eine klare Absage erteilt, können wir die Pläne des Kapitals durchkreuzen. Das muß am 1. Mai deutlich gemacht werden.

Auch an anderen Fronten ist entschlossenes Handeln notwendig, haben Tausende Kollegen schon wichtige Schritte unternommen. Im Kampf gegen die Neonazis etwa, wo Gewerkschafter das sofortige Verbot der faschistischen Organisationen forderten und Unterschriftensammlungen einleiteten.

Und, lebenswichtig, aktueller denn je: der Kampf um die Erhaltung des Friedens. Zehntausende Gewerkschafter haben sich bereits gegen die Stationierung der US-Atomraketen in unserem Land ausgesprochen. Der Kampf um den Frieden ist eines der zentralen Themen der Maikundgebungen!

Und Geltung verschaffen müssen sich am 1. Mai auch die Arbeiter, die erkannt haben, daß das kapitalistische System selbst die Wurzel allen Übels ist. Unsere Partei ist gefordert, dafür zu sorgen, daß an diesem 1. Mai auch der endgültige Ausweg aus der Krise zur Sprache kommt: die Arbeitermacht, der Sozialismus. Den Gewerkschaftsbonzen paßt das nicht, aber sie werden es nicht verhindern können. „Arbeit für jeden, Frieden, Sozialismus!" — das ist die zentrale Mailosung der KPD.

Tragen wir alles dazu bei, diesen 1. Mai zu einer Manifestation unserer Kampfentschlossenheit zu machen als Ansporn für die kommenden Auseinandersetzungen!

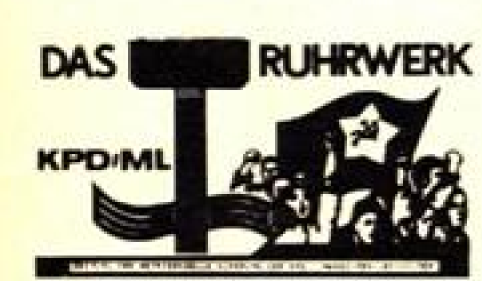


1.-Mai-Demonstration 1980

Betriebszeitungen der KPD



























Schmidt in Riad

Waffengeschäfte mit den Saudis

RIAD. — Zu einem Staatsbesuch in Saudi-Arabien ist Bundeskanzler Schmidt eingetroffen. Schon seit Monaten hat dieser Besuch im Mittelpunkt öffentlicher Diskussion in der Bundesrepublik gestanden. Denn bei Schmidts Verhandlungen mit den Saudis geht es in erster Linie um die umfangreichen Waffenwünsche Riads, die auch den modernsten westdeutschen Kampfpanzer, den Leopard 2, einschließen.

Schmidt selbst stellte sich vor Beginn seiner Reise dumm. Die Frage der Waffenlieferungen, so erklärte er, sei „bisher von der saudischen Regierung nicht konkret an uns herangetragen worden." Tatsächlich aber haben die Saudis längst auch öffentlich ihre Wünsche präzisiert. Unter anderem wollen sie nicht weniger als 300 Panzer vom Typ Leopard 2 bei den Flickschen Waffenschmieden bestellen. Ein solcher Export müßte aber durch die Bundesregierung genehmigt werden. Und die ist nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz eindeutig dazu verpflichtet, die Ausfuhr der Panzer in ein Spannungsgebiet wie Saudi-Arabien zu unterbinden.

Eine Zustimmung zu den von den Saudis gewünschten Waffenkäufen wäre also ein klarer Verstoß gegen bestehende Gesetze. Zudem würde sich die Bundesregierung damit innerhalb ihrer eigenen Anhängerschaft noch weiter isolieren. Gerade das von Bonn hinter dem Rücken des Bundestages bestätigte U-Boot-Geschäft mit Chile und die möglichen Panzerlieferungen an Saudi-Arabien haben einen massiven Widerstand hervorgerufen, der weit in die SPD hineinreicht. Auch innerhalb der Gewerkschaften gibt es eine sehr starke Opposition gegen die Waffenexporte.

Vor allem das Geschäft mit den Saudis würde — wenn es zustande kommt — allen Parteitagsbeschlüssen der SPD und Erklärungen von führenden Koalitionspolitikern aus der letzten Zeit Hohn sprechen, in denen von der Notwendigkeit einer Begrenzung der Waffenexporte die Rede war. Zudem ist deutlich geworden, daß die Bundesregierung das Geschäft mit Riad als Modellfall für eine weitgehende Lockerung der Ausfuhrbestimmungen von

Was Saudi-Arabien betrifft, so ist schon längst zu erkennen, daß die NATO-Staaten diesem Land die Funktion zugedacht haben, die zur Zeit des Schah-Regimes der Iran ausübte: die einer hochgerüsteten und waffenstarrenden Bastion westlicher — vor allem amerikanischer — Raubinteressen im ölreichen Mittleren Osten. Wie einst der Schah, so ist heute die saudische Königssippe der größte internationale Waffenkäufer. Pro Kopf und Jahr werden gegenwärtig 2000 Dollar für die Rüstung ausgegeben.

Es liegt auf der Hand, daß sich die Rüstungsbosse in den NATO-Ländern um diesen lukrativen Markt schlagen. Amerikanische Konzerne konnten Aufträge für mehrere Milliarden Dollar an Land ziehen, darunter auch eine Bestellung für fünf Spionageflugzeuge des Typs AWACS. Margret Thatcher, die gerade im Auftrag der britischen Monopole den Nahen Osten abgeklappert hat, erklärte in Saudi Arabien: „Wir wären glücklich, bestimmte Dinge zu liefern. Wir wären glücklich, Panzer zu liefern." Ihr Pech, daß sich die Saudis gerade auf den Leopard 2 versteift haben.

Aber nicht nur den Rüstungskonzernen winken gewaltige Profite. Saudi-Arabien will bis 1985 Investitionen in Höhe von 200 Milliarden Dollar tätigen, wobei vor allem komplette Industrieanlagen gekauft werden sollen. Heute schon sind westdeutsche Konzerne auf diesem für die BRD zweitgrößten außereuropäischen Markt erfolgreich tätig. Die Korf-Stahl AG zum Beispiel ist zu zehn Prozent an der Saudi Iron & Steel Company beteiligt. Die KWU ist Generalunternehmer beim Bau von Meerwassenentsalzungsanlagen; Siemens baut Kraftwerke usw. Die Saudis haben nun in der letzten Zeit wiederholt zu verstehen gegeben, daß sie weitere Aufträge an westdeutsche Konzerne von der Erfüllung ihrer Waffenwünsche abhängig machen wollen.

Vor diesem Hintergrund muß man auch die Dokumentation sehen, die letzte Woche vom „Nah- und Mittelost-Verein" (einem Zusammenschluß von 650 im Mittleren Osten tätigen Unternehmen) vorgelegt wurde. Der Vereinsvorsitzende Thierbach (Vorstandsmitglied der Deutschen Bank) befürwortet darin die Waffengeschäfte mit Saudi-Arabien. Und in der Dokumentation kommen auch Befürworter aus den Bonner Parteien zu Wort, unter anderem Leisler Kiep (CDU) und Wischnewski (SPD).

Unter diesen Umständen steckt Schmidt bei seinem Besuch in Riad in einem Dilemma. Zum einen muß er die Profitinteressen der Konzerne vertreten, zum anderen kann er aber auch den starken Widerstand gegen das Waffengeschäft nicht einfach beiseitewischen (zumal es auch eine Opposition von rechts gibt: Politiker wie Annemarie Renger haben sich zu Sprechern der starken israelischen Vorbehalte gegen die Waffenlieferungen an Saudi-Arabien gemacht.) Regierungssprecher Becker hat denn auch vor der Reise Schmidts erklärt, in Riad werde noch keine Entscheidung über den Waffenhandel fallen.

Inzwischen ist aber auch durchgesickert, daß Schmidt für die Saudis schon Ersatzangebote vorbereitet hat. Das bedeutet: Er will sie zum Verzicht auf die „Leos" überreden und ihnen stattdessen Radarsysteme, Flugabwehrraketen, Flak-Panzer und Schützenpanzer verkaufen. Damit könnten dann die Konzernbosse voll zufriedengestellt werden. Für die demokratische Bewegung in unserem Land aber darf es keinen Unterschied ausmachen, ob nun „Leoparden" oder „Marder" bzw. „Geparden" nach Saudi-Arabien rollen. In jedem Fall stellt das eine drastische Ausweitung des Militärexports dar. Ganz abgesehen von der Tatsache, daß solche Exporte dann auch die Entsendung von „Beratern" nach sich zieht. Unsere Partei fordert in ihrem Friedensplan: **Striktes Verbot jeglicher Waffenausfuhr, Verbot der Entsendung von Militärberatern in andere Staaten.**

Carstens und die Kirche

Nachdem vor einigen Wochen schon Helmut Schmidt die evangelische Kirche wegen zunehmender Einmischung in die Politik gerüffelt hatte, setzte über Ostern auch Bundespräsident Carstens von der Kanzel des Bremer Petri-Domes zu einem Tiefschlag in die gleiche Richtung an.

Er teile — so erklärte Carstens — die Sorge „vieler heutiger Mitchristen" über das, was „sie als Mißbrauch des seelsorgerischen Amtes für politische Zwecke empfinden." Diese Sorge teilen allerdings auch viele heutige Nichtchristen. Man denke nur an den unverschämten Hirtenbrief der katholischen Bischöfe, in dem sie unverhohlen die Wahl von Strauß zum göttlichen Gebot erklärt hatten. Oder an die anhaltende terroristische Kampagne der gleichen Dunkelmänner gegen Schwangerschaftsberatungszentren.

Dergleichen aber hat einen Carstens nie gestört. Ebensowenig wie Schmidt, der zwar damals den Hirtenbrief kritisierte, aber innerhalb der Koalition sofort jede Diskussion über — wenn auch noch so bescheidene — Schritte in Richtung auf eine Trennung von Staat und Kirche abblockte. Wenn die Carstens und Schmidt jetzt über eine „Einmischung in die Politik" und über einen „Mißbrauch des seelsorgerischen Amtes" klagen, dann richtet sich das in beiden Fällen ausschließlich gegen das wachsende Engagement vieler kirchlicher Amtsträger in der Friedensbewegung.

Carstens brachte das in seiner Bremer Predigt auch klar zum Ausdruck, als er diejenigen angriff, die sich für „Vorleistungen auf dem Gebiet der Abrüstung" einsetzen und das „Prinzip des politischen und militärischen Gleichgewichts verwerfen." Man spürt deutlich, daß die Herren in Bonn durch das Erstarken der Friedensbewegung in unserem Land nervös geworden sind. Der Ex-SA-Mann und heutige Bundespräsident hat in seiner Bremer Klagerede sogar den Herrgott persönlich bemüht: „Aber Gott hat die Kirche denen immer wieder aus der Hand genommen, die sich anstelle von Jesus Christus zu ihren Herren machen wollten." Aber sicher vertraut auch ein Carstens nicht darauf, daß die himmlischen Mächte das Problem mit den „schwarzen Schafen" in der Kirche schon selbst lösen werden. Er setzt, das hat seine Rede in Bremen deutlich gemacht, vielmehr auf ganz weltliche Methoden: Einschüchterung, Druck und Drohungen.

Einen ersten Erfolg konnte er dabei schon verbuchen. Prälat Bocklet, Leiter des Kommissariats der deutschen katholischen Bischöfe, erklärte in der vergangenen Woche seine volle Übereinstimmung mit der Kritik des Bundespräsidenten. Es wird also — wie es sich die Herren Carstens und Schmidt wünschen — zumindest in der katholischen Kirche ein schärferer Wind wehen, auf daß die Pfarrer weiterhin die Waffen segnen, statt sich auf Friedensdemonstrationen herumzutreiben.

Kommentar der Woche

Auf dem Höhepunkt der Tarifauseinandersetzungen hat sich am Wochenende Wirtschaftsminister Lambsdorff wieder einmal zu Wort gemeldet. Es ist inzwischen hinlänglich bekannt, daß der Bonner Graf, wann immer er den Mund aufmacht, einen Tiefschlag gegen die arbeitenden Menschen landet. So auch dieses Mal, als er vor dem niedersächsischen FDP-Parteitag seine Vorstellungen über eine künftige Wirtschaftspolitik entwickelte.

„Zumindest ein paar Jahre lang" — so Lambsdorff — müsse das „Investieren jetzt Vorrang vor dem Konsumieren haben." Was das bedeutet? Der Graf sagte es mit dankenswerter Deutlichkeit: Die Realeinkommen der Werktätigen müssen in den kommenden Jahren sinken, „anstatt die Früchte früherer Arbeit großzügig zu genießen.',

Zurück in die Hungerjahre?

Immerhin gesteht der Herr Minister selbst ein, daß es sich hier um die Früchte unserer eigenen Arbeit handelt, um die er uns bringen will. Mit dem „großzügigen Genießen" allerdings ist es schon jetzt nicht weit her. Das spürt jeder Werktätige am eigenen Geldbeutel. Und das findet sich auch in den von Lambsdorffs Ministerium selbst veröffentlichten Zahlen bestätigt. Danach nämlich sind schon im vergangenen Jahr die Netto-Reallöhne um 0,6 Prozent gesunken. Im gleichen Zeitraum machten die Unternehmergewinne einen kräftigen Sprung um neun Prozent nach oben. Natürlich nur im Durchschnittswert. Die Aktionäre der Deutschen Bank zum Beispiel konnten letztes Jahr 15,60 Mark auf die 50-DM-Aktie einstecken.

Da sind es wohl doch nicht wir selbst, sondern ganz andere, die die Früchte unserer Arbeit großzügig genießen. Und auf diesem Weg soll es also nach Lambsdorffs Willen in den nächsten Jahren weitergehen. Noch stärkere Einkommenseinbrüche für die Werktätigen auf der einen, die schrankenlose Erhöhung der Unternehmerprofite auf der anderen Seite.

Es wäre nun aber eine gefährliche Illusion, wollte man die neuesten Sprüche des Ministers nur als die privaten Vorstellungen eines besonders reaktionären Elements innerhalb der Koalitionsregierung abtun. Diese Vorstellungen decken sich nicht nur nahtlos mit dem, was die Kapitalistenverbände über die lohnpolitische Wende gesagt haben, die sie in den diesjährigen Tarifrunden durchsetzen wollen.: den mit brutaler Härte vorgetragenen Versuch, mit Abschlüssen weit unter der Teuerungsrate eine Periode des drastischen Lohnabbaus in den achtziger Jahren einzuleiten.

Auch Kanzler Schmidt selbst hat erst jüngst in seinem Bericht zur Lage der Nation ähnliche Töne angeschlagen wie sein Wirtschaftsminister. Da hieß es zum Beispiel, wir sollten uns „aus dem einseitigen Anspruchsdenken befreien", wir sollten „den Konsumzwang abschütteln" und anderes mehr. Kein Unterschied also zu den Vorstellungen, die der Graf Lambsdorff von unserer Zukunft hat. Nur, daß der eben noch unverblümter als der Kanzler ausspricht, wohin der Hase laufen soll.

Für die Bundesrepublik, so Lambsdorff am Wochenende, sei jetzt eine wirtschaftspolitische Anstrengung notwendig, die „nur mit der zu vergleichen ist, die wir schon einmal, nämlich beim Wiederaufbau aus den Trümmern des Kriegs erbracht haben." Was heißt denn „wir", Herr Lambsdorff? Es war die Arbeiterklasse, die unter schier unerträglichen Bedingungen Werke und Fabriken wieder aufgebaut hat. Die Herren Krupp und FLick und wie sie alle alle heißen saßen damals ja bekanntlich als Kriegsverbrecher im Gefängnis. Für die Vermehrung ihres Reichtums und den ihrer Nachfolger hat die Arbeiterklasse in unserem Land über drei Jahrzehnte lang geschuftet.

Und das Ergebnis? Sie verkünden uns das Ende des „Wirtschaftswunders"; sie werfen Hunderttausende von Arbeitern auf die Straße und wollen jetzt auch noch die lohnpolitische Wende durchdrücken. Und da hat ihr Sprachrohr Graf Lambsdorff auch noch die Unverschämtheit, in aller Öffentlichkeit von uns eine „wirtschaftspolitische Anstrengung" wie in der Nachkriegszeit zu fordern. Das ist eine Drohung, die man nicht ernst genug nehmen kann. Denn im Klartext bedeutet sie doch, daß sich die arbeitenden Menschen wieder auf Bedingungen wie damals einrichten sollen: auf bleibende Massenarbeitslosigkeit und Hungerlöhne, auf ein Leben am Rande des Existenzminimums.

Das also ist die Zukunft, die der Bonner Staat für uns bereit hält. Wir sollen verzichten, den Gürtel Loch um Loch enger schnallen, damit die Kapitalisten auch in der sich vertiefenden Krise die Früchte unserer Arbeit „großzügig genießen" können. Von uns allein und von unserem Kampf hängt es ab, diesen Marsch zurück in die Hungerjahre zu stoppen.

Detlef Schneider

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Andernfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Reallohnsenkung abwehren! Stoppt die lohnpolitische Wende!

Alle Räder stehen still, wenn Dein starker Arm es will

Das war in diesem Bonner Staat noch nie da: Mehr als zwei Millionen Metaller an einem Tag im Warnstreik! Wie eine Seifenblase zerplatzten Unternehmerträume von einem hessischen Pilotabschluß weit unter der offiziellen Preissteigerungsrate von 5,6 Prozent.

Drastischer Abbau der Reallöhne und Einstieg in die lohnpolitische Wende. Mit diesem Ziel waren die Kapitalisten in dieser Lohnrunde angetreten. Schon jetzt hat ihnen die Kampfbereitschaft der Metaller und der Kollegen vom Bau diese Suppe zum Teil versalzen.

Zynisch hatten die Herren über Betriebe und Arbeitsplätze mit unserer Angst vor Krise und Arbeitslosigkeit spekuliert: Lohnverzicht sei in unserem eigenen Interesse. Diese schmutzige Rechnung scheiterte am wachen Bewußtsein der Gewerkschafter. Trotz millionenfacher Verbreitung zeigten die Propagandalügen nicht die von den Kapitalisten erhoffte Wirkung.

Schon bevor die IG-Metall-Führung zu Warnstreiks aufrief, hatten bereits Tausende von Metallarbeitern selbständig gestreikt und ihre Kampfentschlossenheit demonstriert. Das provokatorische 2,5-Prozent-Angebot und die „neue Lohnformel" wurden weggefegt. Allerdings: An ihrem grundsätzlichen Ziel, Reallohnabbau, halten die Unternehmer noch immer fest.

Aber diese faule Frucht maßloser Profitgier kann von den Arbeitern weggefegt werden. Der entscheidende Faktor für die Macht und Kraft einer Gewerkschaft ist die Kampfbereitschaft ihrer Mitglieder. Und daß die bei der IGM vorhanden ist, haben Millionen Kollegen bewiesen.

Allerdings muß diese Kampfbereitschaft auch organisiert in konsequente gewerkschaftliche Kampfschritte umgemünzt werden. Jetzt hängt alles davon ab, ob die Basis die Loderer und Janßen zwingen kann, die entsprechenden Entscheidungen zu fällen.

Alle Räder stehen still, wenn Dein starker Arm es will! Würden die Unternehmer nicht auch heute noch vor dieser alten Losung zittern, so hätten sie auch nicht bei Steinkühler angeklopft und eine erneute Aufstockung ihrer Angebote zugesagt. Jetzt muß von der „neuen Beweglichkeit" zum massiven, konzentrierten Gegenangriff übergegangen werden: unbefristeter Streik!

Sicher: Sie werden mit Aussperrung drohen und werden sie womöglich brutal anwenden. Aber Kapitulation ist kein Ausweg. Wenn die Kapitalisten eine politische Machtprobe wollen, sollen sie sie doch haben! Sie wird zu einer gewaltigen Mobilisierung breiter Teile der arbeitenden Bevölkerung und aller demokratischen Kräfte und Organisationen führen.







Mehr als zwei Millionen Arbeiter und Angestellte beteiligten sich am Mittwoch, den 22. April, an den bundesweiten Warnstreiks, zu denen die IG Metall aufgerufen hatte. Die drei Fotos zeigen von oben nach unten streikende Metaller und Metallerinnen am 22. April in Kassel, bei der Waggon-Union in Westberlin und vor Siemens Gladbeck.

Unternehmer verweigerten Maßregelungsklausel

Sollen Kollegen wegen Warnstreiks entlassen werden?

FRANKFURT — Bei den gescheiterten Tarifverhandlungen in Hessen hatten sich die Unternehmer dagegen gesperrt, zuzusichern, daß sie keine Maßregelungen wegen Teilnahme an Warnstreiks ergreifen werden. Wollen sie sich mit Entlassungsterror nachträglich für die Aktionen der Metaller rächen?

Diese Möglichkeit ist keineswegs auszuschließen. Erneut haben die Führer von Gesamtmetall angekündigt, vor Gericht zu ziehen, um die Warnstreiks der IG Metall als „rechtswidrig" erklären zu lassen. Der berechtigte Kampf der Arbeiter für ihren Lohn soll kriminalisiert werden. Sogar solche Warnstreiks, die erst nach Ablauf der Friedenspflicht durchgeführt werden, sollen verboten werden.

Diese Herrschaften, die teilweise in den Zuchthäusern und Entnazifizierungsverfahren steckten, als die Arbeiterschaft nach 1945 den Wiederaufbau unseres zerstörten Landes anpackte, wollen heute Gewerkschafter als Rechtsbrecher abstempeln lassen? Eine unerträgliche Provokation! Schon der Polizeieinsatz in Timmendorfer Strand, wo Bereitschaftspolizei mit Hundestaffeln gegen eine Metaller-Delegation vorging, die Zehntausende von Arbeitern und Angestellte repräsentierte, war ein Skandal!

Ein Streikrecht ist in der Bundesrepublik ohnedies nur in Bruchstücken existent. Seit sich aber die Wirtschaftskrise verschärft, greifen die Kapitalisten zunehmend auch dieses eingeschränkte Streikrecht an und versuchen es gleichzeitig durch Aussperrungsterror wirkungslos zu machen.

Darauf muß die Gewerkschaftsbewegung offensiv reagieren! Für ein uneingeschränktes gesetzliches Streikrecht! Weg mit dem Verbot von politischen Streiks! Gesetzliches Verbot der Aussperrung!

Schlichtungsergebnis im Baugewerbe

Weg mit der 4-Prozent-Provokation!

KONSTANZ. — Mit ihrem schändlichen 4-Prozent-Abschluß war die Führung der IG Bau-Steine-Erden als erste Gewerkschaftsführung den kämpfenden Metallern in den Rücken gefallen und versuchte ihren eigenen Mitgliedern einen massiven Reallohnabbau aufzuzwingen. Der Abschluß scheiterte am Protest der IG-Bau-Mitglieder. Trotzdem erdreisten sich die Sperner und Konsorten nun, den Bauarbeitern ein zweitesmal mit 4 Prozent zu kommen.

Als Köder hat der „neutrale" Schlichter und ehemalige Boß der DGB-eigenen Bank für Gemeinwirtschaft Walter Hesselbach die lächerlichen 4 Prozent mit einer Verbesserung des 13. Monatsgehalts verziert. Es soll bis 1982 stufenweise auf 60 Prozent eines Monatslohns aufgestockt werden. Als ob dies auch nur im Traum für den so drastischen Reallohnabbau entschädigen könnte!

IG-Bau-Vorsitzender Sperner und seine Gefolgsleute aber stimmten dennoch zu. Und dies genau zu dem Zeitpunkt, wo zwei Millionen Metaller in den Warnstreik traten, nachdem die Basis der IGM zuvor in Nordrhein-Westfalen einen faulen Kompromißvorschlag von 4,9 Prozent zurückgewiesen hatte.

Einheitsgewerkschaft nennen Handlanger des Kapitals wie Sperner oder Adolf Schmidt das höhnisch, wenn eine Einzelgewerkschaft der anderen hinterrücks die Pfeile der Unternehmer in den Rücken schießt. Aber stopp! Was heißt hier Gewerkschaft? Ist Sperner und die Große Tarifkommission der IG Bau denn die Gewerkschaft? Sind das nicht vielmehr die Hunderttausende von Mitgliedern der IG Bau und die aktiven Gewerkschafter vor Ort?

Das faule Schlichtungsei von 4 Prozent muß weg! Gewerkschafter der IG Bau-Steine-Erden: sagt erneut Nein zu dieser unverschämten Provokation!

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92.

4800 **BIELEFELD** 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17-18.

4630 **BOCHUM**, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110,

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/393888, geöffnet: Mi-Fr 17-18, Sa 10-12 Uhr.

4600 **DORTMUND** 1, Parteibüro der KPD, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel.: 0231/832328, geöffnet: Mo., Mi., Fr., 17 - 19 Uhr.

4100 **DUISBURG** 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203/443014.

4000 **DÜSSELDORF** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffent: Fr. 17 - 19 Uhr, Sa. 10 - 12 Uhr.

6000 **FRANKFURT** (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0611/ 77 12 00, geöffent: Mo-Fr 10-13.30 und 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr

7800 **FREIBURG**, Parteibüro der KPD, Klarastr. 29, geöffnet: Sa 10-13 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen" Schulterblatt 98, Tel.: 040/430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Fr 11-13, Sa 9-12 Uhr.

3000 **HANNOVER**, Parteibüro der KPD, Elisenstr. 24, Tel.: 0511/ 44 51 62, geöffnet: Sa 10-14 Uhr.

7100 **HEILBRONN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 18.30-19.30 Uhr.

7500 **KARLSRUHE** 1, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Linkskurve", Goethestraße 25b (Nähe Kaiserallee), geöffnet: Di-Fr 17-18.30, Sa 11-13 Uhr. Tel.: 0721/84 84 08.

2300 **KIEL** 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/56 77 02, geöffnet: Mo, Di und Fr 9-13 und 15-18, Mi 9-13, Do 9-13 und 15-18 Sa 10-13 Uhr.

5000 **KÖLN** 30, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit", Marienstr. 37a, Tel.: 0221/55 49 56, geöffnet: Di, und Fr 17-18.30 Uhr.

6700 **Ludwigshafen**, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz / Saar: Willi Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621/52 39 66

8500 **NÜRNBERG**, Parteibüro der KPD, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/43 80 43, geöffnet: Mi. - Fr. 16 - 18 Uhr, Sa. 11 - 13 Uhr.

4500 **OSNABRÜCK**, Kontaktadresse: Ralf Czogalla, 4506 Hagen a. TW, Sperberstraße 5

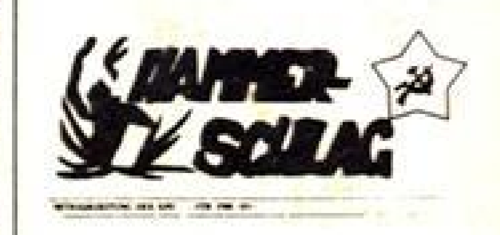
7000 **STUTTGART** 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 88, geöffnet: Mi 17-19 Uhr, Sa 10-12 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030/465 39 66, geöffnet: Mo-Fr 16-18, Sa 11-13 Uhr



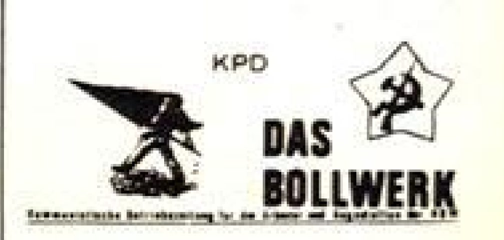


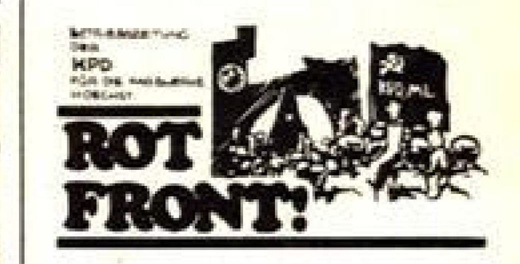














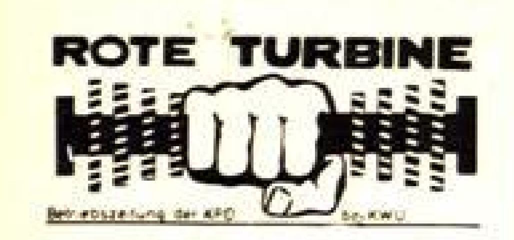








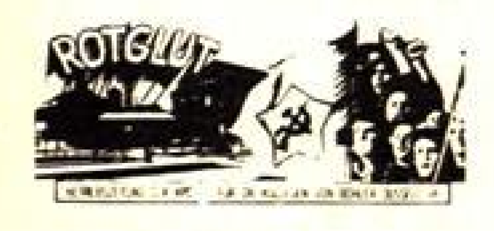




























Der Friede kann nur durch Massenkampf verteidigt werden

Zur Erklärung des DGB-Bundesjugendausschusses

Mit seiner Erklärung „Für Entspannung, Abrüstung und Frieden" hat der Bundesjugendausschuß des DGB die große Bedeutung und Dringlichkeit des Kampfes der Gewerkschaftsbewegung und insbesondere der DGB-Jugend für den Frieden herausgestellt. Das ist sehr zu begrüßen. Denn der Friede kann nur durch eine mächtige Massenbewegung gegen das wahnwitzige Wettrüsten und für echte Schritte zur Entspannung verteidigt werden. In verschiedenen Punkten wird die Erklärung des Bundesjugendausschusses dieser Tatsache auch gerecht. Auf der anderen Seite aber macht sie auch Konzessionen an die friedensfeindliche Politik der Bundesregierung und pflegt einige gefährliche Illusionen über eine vermeintliche Entspannungspolitik.

Die Erklärung des Bundesjugendausschusses benennt richtig die Kräfte, von denen heute das mörderische Wettrüsten und die wachsende Kriegsgefahr in erster Linie ausgehen: die beiden Supermächte USA und Sowjetunion. In diesem Zusammenhang wird sowohl die Aggression Moskaus gegen Afghanistan als auch die kriegstreiberische Agrressionspolitik der Reagan-Regierung verurteilt.

Wichtig und positiv ist auch, daß der Bundesjugendausschuß gegen die Politik der Gefolgschaft Bonns mit der Kriegspolitik und dem Vorherrschaftsstreben Washingtons Stellung bezieht und daß die Unterwerfung der Bundesrepublik unter das Diktat und die Strategie der amerikanischen Supermacht verurteilt wird.

Sicherlich kann man sagen, daß es für ehrliche Gegner des Kriegs- und Aufrüstungskurses nur selbstverständlich ist, diese Dinge beim Namen zu nennen. Und man kann dieses sicher auch noch erheblich klarer und konsequenter tun, als es in der Erklärung der Fall ist. Die heftige Reaktion reaktionärer Kreise in den DGB-Führungsspitzen macht allerdings deutlich, daß der Bundesjugendausschuß des DGB hier Grenzen überschritten hat, die nicht nur von der SPD-Führung sondern auch von der DGB-Spitze sowie den Vorständen einer Reihe von Einzelgewerkschaften für tabu erklärt wurden.

Ähnlich verhält es sich auch mit einigen der Forderungen zum Antikriegstag 1981, die in der Erklärung aufgestellt worden sind. Zum Beispiel die Forderung nach konsequentem Abbau des Rüstungsexports mit dem Ziel seines Verbots. So auch die Ablehnung der Beteiligung der Bundeswehr an einer internationalen Eingreiftruppe, das „Nein" zur Stationierung der Neutronenbombe in Europa und die Forderung nach schrittweiser Senkung des Rüstungshaushalts.

Diese Forderungen stehen in scharfem Gegensatz zur Politik der Bundesregierung und zu der friedensfeindlichen Haltung der SPD-Spitze. Es sind Forderungen, die sich konkret gegen den Militarismus und den Bonner Rüstungskurs richten, Forderungen, die dazu dienen, den Frieden in Europa sicherer zu machen, sofern ein konsequenter Massenkampf für ihre Durchsetzung entfaltet wird. Wenn die DGB-Jugend konsequent für die Verwirklichung dieser Forderungen mobilisiert wird, so stärkt dies ohne Zweifel die Friedensbewegung.

Enttäuschend aber ist, daß der Bundesjugendausschuß sich nicht dazu durchringen konnte, die gegenwärtig wichtigste Forderung der Friedensbewegung unzweideutig und uneingeschränkt in seine Erklärung aufzunehmen: Die Ablehnung des NATO-„Nach"-Rüstungsbeschlusses und das „Nein" zur Stationierung der neuen amerikanischen Atomraketen in Westeuropa.

Ohne konsequent für diese Forderung zu kämpfen, ohne entschlossen den Widerstand gegen die Stationierung der neuen Atomraketen zu organisieren, ist alles Reden von Frieden, Entspannung und Abrüstung nicht viel wert. Nicht umsonst haben sich auch viele Funktionärsgremien der DGB-Gewerkschaften und verschiedene Bundesjugendkonferenzen der Einzelgewerkschaften für diese Forderung ausgesprochen.

Es ist unsere Aufgabe und die Aufgabe aller konsequenten Friedenskämpfer im DGB, dafür zu sorgen, daß bei den Aktionen zum Antikriegstag der kampf gegen den Nachrüstungsbeschluß und die Stationierung der Atomraketen eine zentrale Rolle spielt.

Zu kritisieren ist an der Erklärung des Bundesjugendausschusses weiter, daß sie an illusionäre Vorstellungen über die Bedeutung der sogenannten Abrüstungsverhandlungen zwischen den beiden Supermächten bzw. den von ihnen beherrschten imperialistischen Blöcken festhält und daß sie eine „Fortsetzung der bisherigen Entspannungspolitik" als realistischen Weg zur Sicherung des Friedens propagiert. Damit werden gefährliche Illusionen geschürt.

Als hätte die „bisherige Entspannungspolitik" nicht zu einer beispiellosen Aufrüstung und zum Anwachsen der Gefahr eines neuen Weltkrieges geführt! Das muß der Bundesjugendausschuß indirekt selbst eingestehen, wenn er in seiner Erklärung prokalmiert: „Die Gewerkschaftsjugend wird sich auf allen Ebenen dafür einsetzen, daß die Politik der Entspannung fortgesetzt und weiterentwickelt wird und nicht weiter zu einer Politik der kontrollierten Aufrüstung verkommt."

War die „bisherige Politik der Entspannung" etwa nicht von Anfang an eine „Politik der kontrollierten Aufrüstung"? Hat sie etwa nicht dazu geführt, daß die Bundesrepublik heute das Land mit der größten Atomwaffendichte der Erde ist und daß Deutschland und Europa zum Hauptschlachtfeld eines verheerenden Atomkrieges zu werden droht?

Wer seine Hoffnungen auf die Weiterführung der SALT-Verhandlungen setzt und glaubt, mit dieser Forderung einen wirkungsvollen Kampf zum Abbau der Spannungen und zur Minderung der Kriegsgefahr entfalten zu können, wiegt sich in gefährlichen Illusionen. Nicht in den Verhandlungen zwischen den Supermächsten und in Abrüstungskonferenzen der Regierungen liegen heute die Chancen für die Erhaltung des Friedens, sondern einzig und allein in der Mobilisierung der Volksmassen gegen die Kriegs- und Aufrüstungspolitik der Herrschenden in Ost und West.

Sicher können und müssen wir alles tun, um den Herrschenden Abrüstungsschritte und konkrete Maßnahmen zur Entspannung abzutrotzen. Aber wie? Möglich ist das doch nur durch unsere Aktionen und Kämpfe für solche Schritte, durch Massenproteste auf der Straße, in den Schulen und Kasernen, am Arbeitsplatz usw.! Das Gerede von einer „Fortsetzung der bisherigen Entspannungspolitik" trägt jedoch nicht zur Entfaltung dieser Kämpfe bei, sondern zur Passivität der Bevölkerung und zum Vertrauen in die Herrschenden.

Über das bisher gesagte hinaus ist unsere Partei der Meinung, daß der Kampf für die Erhaltung des Friedens letztlich nur erfolgreich sein kann, wenn er von den Völker konsequent gegen die beiden aggressiven Bündnis- bzw. Blocksysteme gerichtet wird. Die Forderung nach einer atomwaffenfreien Zone in Europa, wie sie in der Erklärung des Bundesjugendausschusses enthalten ist, bleibt ansonsten ein frommer Wunsch.

In unserem „Friedensplan der KPD" haben wir in dieser Richtung konkrete Vorstellungen und Ziele ausgearbeitet. Wir müssen den Austritt der Bundesrepublik aus der NATO und die Neutralisierung Deutschlands fordern und dafür auch kämpfen! Dies halten wir für eine dringende Aufgabe der Friedensbewegung.

Die Diskussion über diese Fragen in der Friedensbewegung, nicht zuletzt auch in der DGB-Jugend, muß verstärkt werden. Nehmen wir die Erklärung des Bundesjugendausschusses des DGB zum Anlaß, diese Diskussion stärker in die Bewegung zum Antikriegstag '81 hineinzutragen.

Rechte DGB-Führer gegen Friedenskampf

GTB-Vorstand greift Bundesjugendausschuß an

DÜSSELDORF. — Der Hauptvorstand der Gewerkschaft Textil und Bekleidung (GTB) hat gegen die Erklärung des DGB-Bundesjugendausschusses zur Friedenssicherung „entschiedenen" Protest angemeldet.

In einer Pressemitteilung griff der Hauptvorstand der GTB den Bundesjugendausschuß des DGB öffentlich wegen seiner Erklärung „Für Entspannung, Abrüstung und Frieden" an. Unter anderem heißt es in der Presseerklärung:

„Sie (die GTB — RM) wehrt sich allerdings mit Nachdruck gegen die Erklärung des DGB-Bundesjugendausschusses, die wegen ihrer einseitigen undifferenzierten Tendenzen nicht mit den Grundsätzen der Einheitsgewerkschaft und dem Sicherheitsanspruch aller Menschen in Übereinstimmung steht."

Auch in der neuen Ausgabe der IG-Bergbau-Mitgliederzeitung „Einheit" wird heftig gegen die Friedensbewegung und den Kampf der DGB-Jugend für Abrüstung und gegen die Stationierung der neuen amerikanischen Atomraketen polemisiert. Demagogisch versucht die „Einheit" die Friedensbewegung als total DKP- und Moskau-gesteuert zu verteufeln.

Sobald sich Gewerkschafter nicht mehr mit unverbindlichen Entspannungsparolen und frommen Abrüstungswünschen abfinden und stattdessen für konkrete Forderungen zur Friedenssicherung und gegen das Wettrüsten eintreten, ist das für die rechten DGB-Führer „einseitig und undifferenziert" und sehen sie die „Grundsätze der Einheitsgewerkschaft" verletzt.

Die „Einheitsgewerkschaft" dieser Bonzen besteht offenbar darin, den DGB zum Statthalter der Regierung und der reaktionären Bestrebungen der herrschenden Kräfte in diesem Staat zu machen.

Im Wortlaut:

Erklärung des DGB-Bundesjugendausschusses „Für Entspannung, Abrüstung und Frieden"

Vor kurzem hat der Bundesjugendausschuß des DGB eine Erklärung „Für Entspannung, Abrüstung und Frieden" verabschiedet, die der DGB-Jugend als Orientierung für den Antikriegstag 1981 dienen soll. Wegen der großen politischen Bedeutung dieses Themas dokumentieren wir die Erklärung im vollen Wortlaut.

Die Gewerkschaftsjugend des DGB fordert die Bundesregierung und alle verantwortlichen politischen Kräfte in unserem Land auf, sich mit aller Kraft für die Sicherung des Friedens in Europa und der Welt einzusetzen. Eine Politik für den Frieden muß Vorrang vor allen anderen politischen Aufgaben haben. Die Mitgliedschaft in der NATO darf in diesem Zusammenhang nicht so verstanden werden, daß sich die Bundesrepublik Deutschland der Weltpolitik einer Führungsmacht unterzuordnen und deren Sicherheitsideologie zu übernehmen hat. Die Bundesrepublik Deutschland und die Bundesregierung sind vielmehr verpflichtet, sich im westlichen Bündnis gegen jede Politik zu wehren, die zu immer größeren Rüstungsanstrengungen und verstärkter Konfrontation zwischen Ost und West führt. Sie haben demgegenüber die Aufgabe, Alternativen aufzuzeigen und einer weltweiten Politik des Friedens zum Durchbruch zu verhelfen.

Die einzige realistische Chance für eine Politik des Friedens sieht die DGB-Gewerkschaftsjugend derzeit in der Fortsetzung der Entspannungspolitik und von Verhandlungen. Sie fordert daher, die jüngsten Vorschläge der Sowjetunion genau zu prüfen und zum Anlaß für weitere Überlegungen im Sinne von Rüstungsbeschränkungen und Rüstungsabbau zu nehmen. Eine pauschale Ablehnung dieser Vorschläge stellt unserer Auffassung nach eine weitere Belastung der bisherigen Entspannungspolitik dar, wir fordern den Beginn von Gesprächen ohne Vorbedingungen.

Eine Politik des Friedens ist darüber hinaus nur unter voller Achtung der territorialen Integrität und nationalen Souveränität der Staaten möglich. Die Gewerkschaftjugend bekräftigt daher ihre Verurteilung des sowjetischen Einmarsches in Afghanistan. Auch die Sowjetunion muß sich nicht nur an ihren Worten, sondern insbesondere an ihren Taten messen lassen.

Mit dem Präsidentenwechsel in den USA ist der Frieden nicht sicherer geworden. Im Gegenteil: — Die Pläne für eine internationale Eingreiftruppe zur Sicherung von Rohstoffquellen in fremden Staaten sind offenbar weit gediehen.

/ Für einige amerikanische Politiker gibt es offensichtlich wichtigere Dinge als den Frieden. Für sie steht die weitere Aufrüstung der europäischen NATO-Partner mit atomaren Waffen fest. Damit wird das Verhandlungsangebot im Doppelbeschluß der NATO vom Dezember 1979 unglaubwürdig.

• Die politischen Vorbereitungen für die Aufhebung des Verbotes der Produktion der Neutronenbombe wurden begonnen. Welche Konsequenzen soll der Bau dieser Waffe haben, die die Gefahr eines begrenzten Atomkrieges selbst nach Einschätzung von Militärexperten wesentlich erhöht?

Die Gewerkschaftsjugend erwartet von allen politischen Verantwortlichen, diese Fragen öffentlich zu klären und sich einer solchen Politik nicht unterzuordnen. In der Europäischen Gemeinschaft muß auch im Bereich der Abrüstung, der Entspannung und der Friedenssicherung eine gegenüber den beiden Supermächten unabhängige, an europäischen Interessen orientierte Politik entwickelt werden. Daß dies möglich ist, zeigt die Entwicklung einer eigenständigen Position der EG zur Situation in Nahost.

Die Gewerkschaftsjugend wird sich auf allen Ebenen dafür einsetzen, daß die Politik der Entspannung fortgesetzt und weiterentwickelt wird und nicht weiter zu einer Politik der kontrollierten Aufrüstung verkommt. Gleichzeitig fordert sie einen konsequenten Abbau des Rüstungsexports, denn der Export von Waffen ist unvereinbar mit einer Politik der Friedenssicherung.

Überlegungen, das Fach Wehrkunde an den allgemeinbildenden Schulen einzuführen, lehnt die Gewerkschaftsjugend ebenso entschieden ab, wie sie schon immer den Wehrkundeunterricht in der DDR verurteilt hat. Äußerungen von Politikern über zuviel „Pazifismus in der Jugend" zeigen darüber hinaus eine bedenkliche Tendenz auf. Gerade die arbeitende Jugend muß sich dagegen zur Wehr setzen.

Zur Vorbereitung des Antikriegstages der Gewerkschaftsjugend am 1. September 1981 werden in den kommenden Monaten vielfältige Aktionen durchgeführt, um folgenden Forderungen Geltung zu verschaffen:

• Sofortiger Beginn von Verhandlungen über Rüstungsbegrenzung in Europa ohne Vorbedingungen und mit dem Ziel, keine weitere Stationierung atomarer Waffen in Ost und West zuzulassen.
• Sofortige Ratifizierung von SALT II.
• Erarbeitung konkreter Abrüstungsmaßnahmen in Ost u nd West mit dem Ziel, eine atomwaffenfreie Zone in Europa zu schaffen.
• Keine Stationierung der Neutronenbombe in Europa.
• Keine Beteiligung der Bundeswehr an einer internationalen Eingreiftruppe.
• Keine Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an der Entwicklung neuer Waffensysteme.
• Konsequenter Abbau des Rüstungsexports mit dem Ziel eines Verbotes.
• Erarbeitung und Erprobung von Alternativen zur Rüstungsproduktion in den betroffenen Betrieben unter Beteiligung der Gewerkschaften.
• Schaffung eines Abrüstungsamtes und eines entsprechenden Bundestagsausschusses mit weitreichenden Kontrollmöglichkeiten insbesondere für Rüstungsproduktion, -export, Einhaltung konkret vereinbarter Abrüstungsschritte und für die Ausrüstung der Bundeswehr.
• Parallel dazu schrittweise Senkung des Verteidigungshaushaltes und Umverteilung zugunsten der Entwicklungshilfe und von sozialen und Friedensdiensten.
• Ausbau der Friedensforschung und Einführung des Faches „Friedenserziehung" in den allgemeinbildenden Schulen.

Stahlarbeiter bei Krupp machen mobil

Gegen die Vernichtung von 5 000 Arbeitsplätzen

Stahlbarone treiben Rationalisierungsfeldzug voran

HAGEN — 3 000 Arbeiter der Krupp-Stahlwerke Südwestfalen und zahlreiche Bürger Hagens demonstrierten am Freitag, dem 24. April, gegen die neuen Vorstandspläne von Krupp: 5 000 Arbeitsplätze sollen abgebaut, ganzen Regionen die Existenzgrundlage entzogen werden.

Nicht nur bei Hoesch in Dortmund also sollen Tausende von Kollegen als Opfer des internationalen Konkurrenzkampfs der Stahlkonzerne auf die Straße geworfen werden.

Krupp will die Profilstahlproduktion drastisch einschränken. In die Herstellung von Flachstahl und die Produktion hochwertiger Edelstähle allerdings will man bis 1985 500 Millionen Mark investieren, um die Produktionstechniken und den Ausstoß zu verbessern — allerdings mit weniger Arbeitern.

Der Vorstandsplan, der dem Betriebsrat am 23.4. bekanntgegeben wurde, sieht die Vernichtung von 5 000 Arbeitsplätzen vor. Bezogen auf die einzelnen Werke bedeutet das: Werk Bochum ca. 1 600, Werk Rheinhausen ca. 900, Werk Hohenlimburg ca. 36, Verwaltung ca. 470, KSW Hagen ca. 2 000.

Dieser Arbeitsplatzabbau soll bis 1982, also innerhalb eines einzigen Jahres, vollzogen werden. Auf seiner Sitzung am 13. Mai '81 will der Aufsichtsrat endgültig darüber entscheiden. Da werden ihm die Kollegen die Hölle heiß machen!

Besonders betroffen ist die Hagener Region. Dort wurden in den letzten Jahren von Klöck-



ner bereits 12 000 Arbeitsplätze vernichtet. Wenn Krupp mit seinen Plänen durchkommt, stirbt die Region ganz.

„Hagen darf nicht sterben!" war denn auch eine der Parolen, die die demonstrierenden Kollegen mit sich führten. Eine andere lautete: „Wer Verträge bricht, ist ein Krimineller!" Denn noch am 17.11.77 schloß Krupp mit dem DGB und der IGM einen von Berthold Beitz unterzeichneten Vertrag, in dem es in § 1, Abs. 6 heißt: „Die Produktion wird langfristig an den bestehenden Standorten weitergeführt. Für den Fall unvermeidbarer Stillegungen werden sich beide Unternehmen (Krupp Stahl AG und Krupp Südwestfalen — Red.) um die Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen bemühen." Davon ist jetzt nicht mehr die Rede. Die beiden Hagener Werke Wehringhausen und Vorhalle sollen ganz stillgelegt werden.

„Hände weg von unseren Arbeitsplätzen!" — das ist die unmißverständliche Reaktion der Krupp-Kollegen. „Willkür und Arbeitsplatzvernichtung sind blanker Terror — Terroristen gehören hinter Gitter!"

Die Betriebsratsvorsitzenden der Hagener Werke betonten auf einer Kundgebung am 24.4., die eindrucksvolle Demonstration dieses Tages sei **„erst der Anfang des Machtkampfes gegen die Krupp-Arbeitsplatzvernichtungspläne"**, und: „Nicht die Belegschaft, sondern der Krupp-Vorstand sollte wegen Unfähigkeit mit sofortiger Wirkung entlassen werden!"

In einer einstimmig angenommenen Erklärung forderten die Kundgebungsteilnehmer die Landes- und Bundesregierung auf, den Krupp-Konzern zu verstaatlichen, wenn der Vorstand seine Pläne nicht aufgibt.

Sicher eine berechtigte Forderung, mit der auch die Politiker in die Pflicht genommen werden. Die Erfahrung der Dortmunder Hoesch-Arbeiter zeigt, daß es für einen erfolgreichen Kampf entscheidend darauf ankommen wird, nicht mit dieser Forderung das Handeln an die Politiker zu delegieren, sondern sofort schlagkräftige betriebliche Kampfaktionen vorzubereiten und durchzuführen. Dafür muß sich die Gewerkschaft stark machen!



3 000 Kollegen demonstrierten am Freitag vergangener Woche in Hagen gegen die geplante Arbeitsplatzvernichtung bei Krupp. Eine ihrer zentralen Losungen war: „Hagen darf nicht sterben".

Karmann Osnabrück

Vier Kollegen der oppositionellen Gruppe gewählt!

OSNABRÜCK. — In dem Autowerk Karmann in Osnabrück (rund 6 000 Beschäftigte) trat bei Persönlichkeitswahl eine klassenkämpferische Gruppe von elf Kollegen aus fünf Nationen mit einem eigenen Programm zur Wahl an. Der „Rote Morgen" berichtete bereits darüber. Inzwischen ist das Wahlergebnis bekannt: Vier Kandidaten der oppositionellen Gruppe ziehen in den Betriebsrat ein.

Das ist ein ausgezeichneter Erfolg. Gewählt wurden von den oppositionellen Kandidaten drei deutsche und ein spanischer Kollege. Bei insgesamt 4 000 abgegebenen Stimmen erhielt jeder der vier gewählten oppositionellen Kandidaten ca. 800 Stimmen.

Ein Kollege schickte uns einen Bericht über die Wahl zu, in dem es unter anderem heißt:

„Und wie waren die Kollegen vorher verhetzt worden! So berichteten Kollegen aus der Fertigung, daß einzelne, besonders reaktionäre Betriebsräte sich vor die Wahlplakate hinstellten, und alle elf Kandidaten als Kommunisten bezeichneten, ja sogar als Terroristen beschimpften. Auch einzelne Dolmetscher entblödeten sich nicht, die ausländischen Kollegen verrückt zu machen.

Es wird für die klassenbewußten und ehrlichen Kollegen im neuen Betriebsrat — man kann auch einige Kollegen dazurechnen, die schon im alten Betriebsrat vertreten waren — nicht leicht sein, in den kommenden Jahren ihre Aufgabe zu erfüllen. Aber durch „Feuer von unten" wird's bestimmt klappen!"



Zigarrenfabrik André Werk Königslutter

Oppositionelle Liste erhielt mehr als ein Viertel der Stimmen

Zwei Arbeiterinnen aus der Türkei werden Betriebsrätinnen

HELMSTEDT. — Vier Arbeiterinnen aus der Türkei kandidierten in der Zigarrenfabrik André, Werk Königslutter in Süpplingen bei Helmstedt, auf der oppositionellen Liste „Frauen in den Betriebsrat". Zwei von ihnen ziehen jetzt in den neuen Betriebsrat ein.

Zwei Listen, die Liste der NGG (Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten) und die Liste „Frauen in den Betriebsrat", standen zur Wahl. Von den 370 Belegschaftsmitgliedern beteiligten sich 292 an der Wahl. Auf die NGG-Liste entfielen 197 und auf die Liste „Frauen in den Betriebsrat" 81 Stimmen. 14 Stimmen waren ungültig.

Dieses Ergebnis ist ein sehr guter Erfolg für die oppositionelle Liste, zumal die Listenführerin Fatma Ay, die zunächst auf der NGG-Liste kandidieren sollte, vor der Wahl plötzlich ihre Kündigung erhielt. Diese Kündigung wurde vom Betriebsratsvorsitzenden Manfred Buchwald unterstützt, der Fatma auch gleich von der NGG-Liste strich!

Fatma entschloß sich daraufhin, eine oppositionelle Liste zu gründen. Ihre Kandidatur wurde juristisch möglich, weil Fatma sofort Kündigungsschutzklage beim Arbeitsgericht einreichte. Sie wird mit Unterstützung ihrer Kolleginnen und Kollegen ihre Rückkehr in den Betrieb durchsetzen.

Die Forderungen im Kampfprogramm der Liste „Frauen in den Betriebsrat" heißen:

- **Herabsetzung der Akkordsätze!**
- Eingruppierung der Frauen in höhere Lohngruppen
- Keine Abgruppierung bei Versetzung und bei Arbeitsänderung
- Bezahlte Einarbeitszeit bei Umsetzungen
- Extrazeit für Waschen und Umziehen
- **Mehr Schlosser einstellen für Reparaturen und Wartung der Maschinen!**
- **Schluß mit den Krankheitskündigungen!**
- Mehr Kündigungsschutz für alleinstehende Frauen mit Kindern
- Keine Behinderung von Kollegen, die zu ihrem Hausarzt wollen
- Keine „Strafversetzungen" an einen anderen Arbeitsplatz nach Krankheit
- **Mehr Urlaubsgeld! Mehr Weihnachtsgeld!**

Diese Forderungen lassen einiges über die Zustände und Ausbeutungsmethoden in der Zigarrenfabrik ahnen. Mit der Wahl der beiden klassenkämpferischen Arbeiterinnen kommt der dringend nötige frische Wind in den Betriebsrat. Der bisherige Betriebsratsvorsitzende Buchwald hat sich nicht für die Änderung der Verhältnisse eingesetzt.

Siemens-Bosch Hausgeräte-Werk

IGM-Bonzen ignorieren den Willen der Belegschaftsmehrheit

RGO-Betriebsräte nicht im Betriebsausschuß vertreten

WESTBERLIN. — Wie wir bereits berichtet haben, erhielt die RGO bei der Betriebsratswahl im Hausgerätewerk Siemens-Bosch in Westberlin mit 51,5 Prozent die absolute Mehrheit der Stimmen. Trotzdem verweigern die Betriebsratsbonzen der IGM-Liste, die im Betriebsrat noch eine Mehrheit hinter sich haben, der RGO sogar die Mitarbeit im Betriebsausschuß.

Die RGO-Liste hatte sieben Kandidaten. Acht Sitze wären ihr auf Grund des Wahlergebnisses eigentlich zugefallen. Ebenso hatte auch die IGM-Liste Anspruch auf acht Betriebsratssitze. Vorerst kann die RGO jedoch nur fünf Sitze im Betriebsrat besetzen, denn zwei bisherige RGO-Betriebsräte, die auch jetzt wieder auf der RGO-Liste kandidiert hatten, hatte man vor der Wahl bereits durch fristlose Entlassung ausgeschaltet.

So war also mit Hilfe der Bosse von vorneherein die Mehrheit der reaktionären Clique von der IGM-Liste im Betriebsrat wieder gesichert. Diese nutzte das schamlos aus. Sie besetzte sämtliche Führungspositionen im Betriebsrat: den Vorsitz, den stellvertretenden Vorsitz, alle drei freigestellten Positionen und den gesamten Betriebsausschuß, der die laufende Arbeit macht.

Alle Anträge der RGO-Betriebsräte auf entsprechende Positionen wurden ohne jede Begründung durch Mehrheitsbeschlüsse abgeschmettert. So gehen diese Leute mit dem Wählerentscheid um!

Bei den zwei entlassenen RGO-Betriebsräten handelt es sich um den jugoslawischen Kollegen Ludvik Dedek und den deutschen Kollegen Dieter Müller. Dieter Müller war bereits im Oktober 1979 mit Unterstützung der IGM-Betriebsräte fristlos entlassen worden, weil er sich für die Forderung der Belegshaft nach einem Lohnnachschlag eingesetzt und dafür unter anderem im Betrieb Unterschriften gesammelt hatte.

Ludvik Dedek war entlassen worden, nachdem er sich für die Forderung türkischer Kollegen nach zusammenhängendem Jahresurlaub an einem Stück eingesetzt und weil er gleichzeitig aufgedeckt hatte, daß ein anderes Betriebsratsmitglied diese Forderung hintertrieben hatte. Die Entlassung des Kollegen Dedek erfolgte noch kurz vor der Betriebsratswahl.

Dieter Müller hat bereits erfolgreich in beiden Instanzen gegen seine Entlassung geklagt. Aber das Urteil des Landesarbeitsgerichts, das die Entlassung für unwirksam erklärte, ist noch nicht rechtskräftig. Zwar hatte das Landesarbeitsgericht Revision gegen das Urteil ausgeschlossen. Dagegen aber hatte die Geschäftsleitung beim Bundesarbeitsgericht Beschwerde eingelegt und die Entscheidung darüber steht noch aus.

Stadtteilzeitungen der KPD

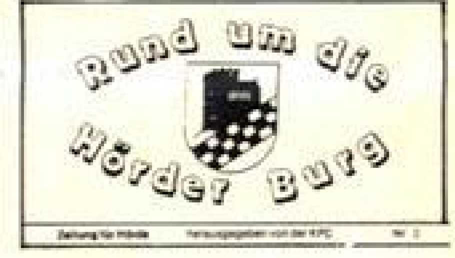














Zeitungen der Roten Garde

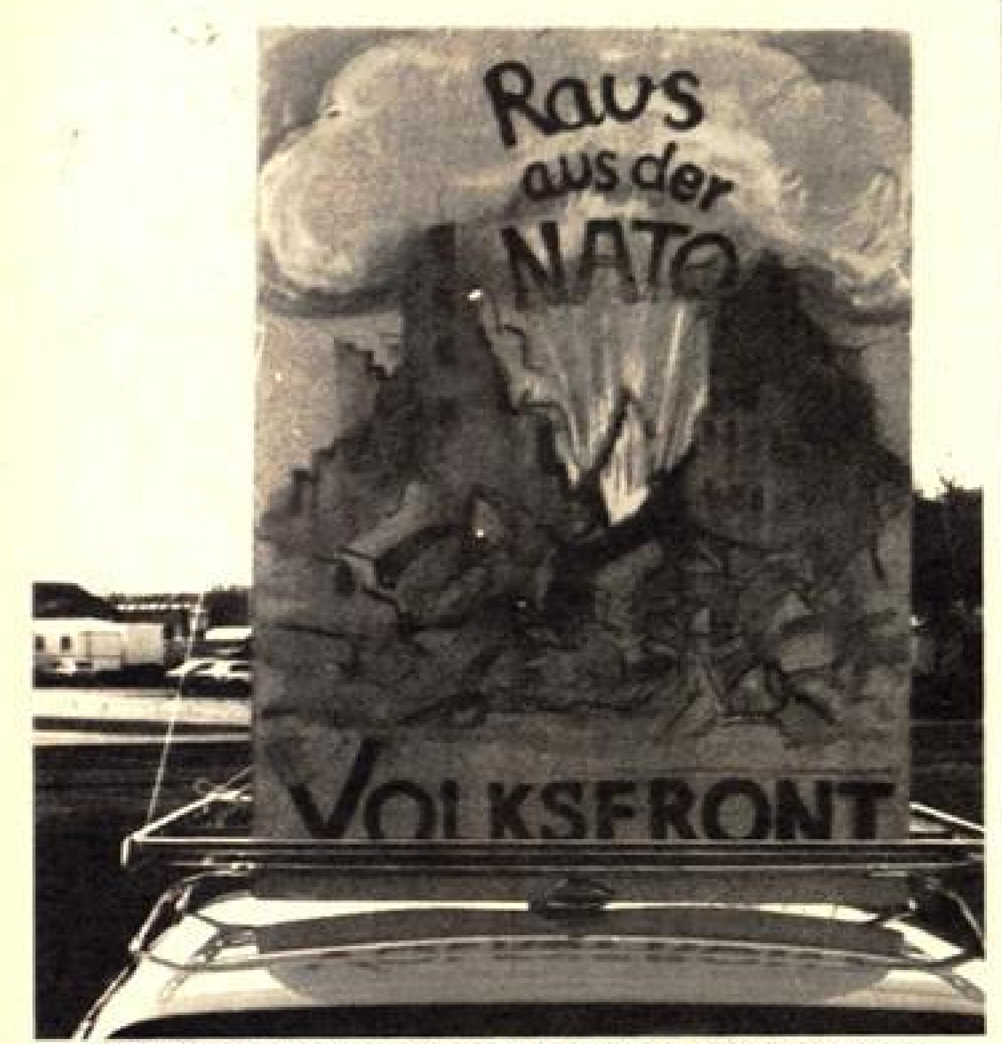












Die Demonstranten hatten sich einiges einfallen lassen.



Auf dem Marsch nach Opherdicke



KPD und Rote Garde waren — nicht allein in der Garlstedter Heide, wo dieses Bild aufgenommen wurde — an den Friedensaktionen beteiligt.

US-Außenminister Haig: »Es gibt Wichtigeres als den Frieden«

AUFRUF ZUR FRIEDENSDEMONSTRATION

**AM 8. MAI 1945
ENDETE DER ZWEITE WELTKRIEG
ER HAT 55 MILLIONEN MENSCHEN DAS LEBEN GEKOSTET**

**AM 8. MAI 1981
DEMONSTRIEREN WIR GEMEINSAM:**

für Rüstungsstop und Abrüstung in Ost und West

gegen den NATO-"Nachrüstungs"-Beschluß (Marschflugkörper und Pershing II-Raketen) und gegen die Stationierung von Neutronenbomben

für Kürzung des Militärhaushalts zugunsten sozialer Ausgaben und Entwicklungshilfe

gegen den Ausbau der Rüstungsproduktion

für Sicherung der Arbeitsplätze durch die Ausweitung ziviler Produktion

gegen Waffenexporte

für eine atomwaffenfreie Zone in ganz Europa

für politische Lösungen von Konflikten durch Verhandlungen

**MASSENMORD DARF SICH NICHT WIEDERHOLEN!
WENN WIR IN FRIEDEN ÜBERLEBEN WOLLEN, MÜSSEN WIR UNS JETZT WEHREN!**

DEMONSTRATION AM 8.5.81

Treffen am Wittenbergplatz um 16.15 Uhr. Abmarsch: 16.45 Uhr zum Winterfeldplatz. Dort Kundgebung (es spricht Pastor Albertz), Infomarkt und Friedensfest -Künstler für den Frieden.

Landesjugendring Berlin — Berliner Initiative für Frieden, Internationalen Ausgleich und Sicherheit (Bifias) — Kirche in der Verantwortung (KiV)

Folgende Organisationen haben sich diesem Aufruf angeschlossen:

Alternative Liste, Bereich Frieden
Bezirksschülervertretung Steglitz
Bund demokratischer Wissenschaftler
Christliche Friedenskonferenz
Christen für den Sozialismus
Demokratischer Frauenbund
Deutsche Friedensgesellschaft, Vereinigte Kriegsgegner
Evangelische Studentengemeinde
Friedensinitiative Wilmersdorf
Frauenzentrum Stresemannstraße
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, LV Berlin
Hochschule für den Frieden
Initiativgruppe für Südafrika gegen Apartheid
Initiative für Erhaltung der Verfassung - gegen Berufsverbote
Jusos LV Berlin
Juso Hochschulgruppe FU
Kommunistischer Bund
KPD
Landesschülervertretung
Sozialistischer Schülerbund
SJV Karl Liebknecht
Verband der Verfolgten des Naziregimes
Gruppe Z
Sozialistische Initiative
Ständiger Arbeitsausschuß für Frieden und Verständigung
Sozialistische Einheitspartei Westberlins

V.i.S.d.P.: Tom Veerkamp, Falterweg 21, 1/19

Die Oster-Aktionen:

Ansporn für den Friedenskampf

Die Friedensdemonstrationen vor und während der diesjährigen Ostertage sind eine Ermutigung für die weitere Entfaltung des Friedenskampfes in unserem Land. In vielen Orten wurde erreicht, daß sich die Kriegsgegner bei der Organisierung der Aktionen solidarisch zusammensetzten und angesichts des lebenswichtigen Kampfes gegen den weiteren Ausbau der Bundesrepublik zu einer NATO-Atomwaffenfestung in diesem Fall das Trennende hintenanstellen.

Die Genossen der KPD und der Roten Garde hatten sich nach Kräften für das Zustandekommen etlicher Aktionen eingesetzt und sich im Rahmen der Vorbereitungen sowohl um eine gemeinsame schlagkräftige Demonstration als auch um weitergehende Diskussionen mit den beteiligten Kriegsgegnern bemüht. Eine wichtige Rolle spielte dabei der Friedensplan unserer Partei, der wieder vielen Menschen nahegebracht werden konnte.

In der Garlstedter Heide, in Opherdicke, in Rendsburg, Dorsten, Frankfurt, Marburg, Idar-Oberstein und an vielen anderen Orten fanden insgesamt mehr als 100 Aktionen statt, zum Teil mit internationaler Beteiligung in grenznahen Städten.

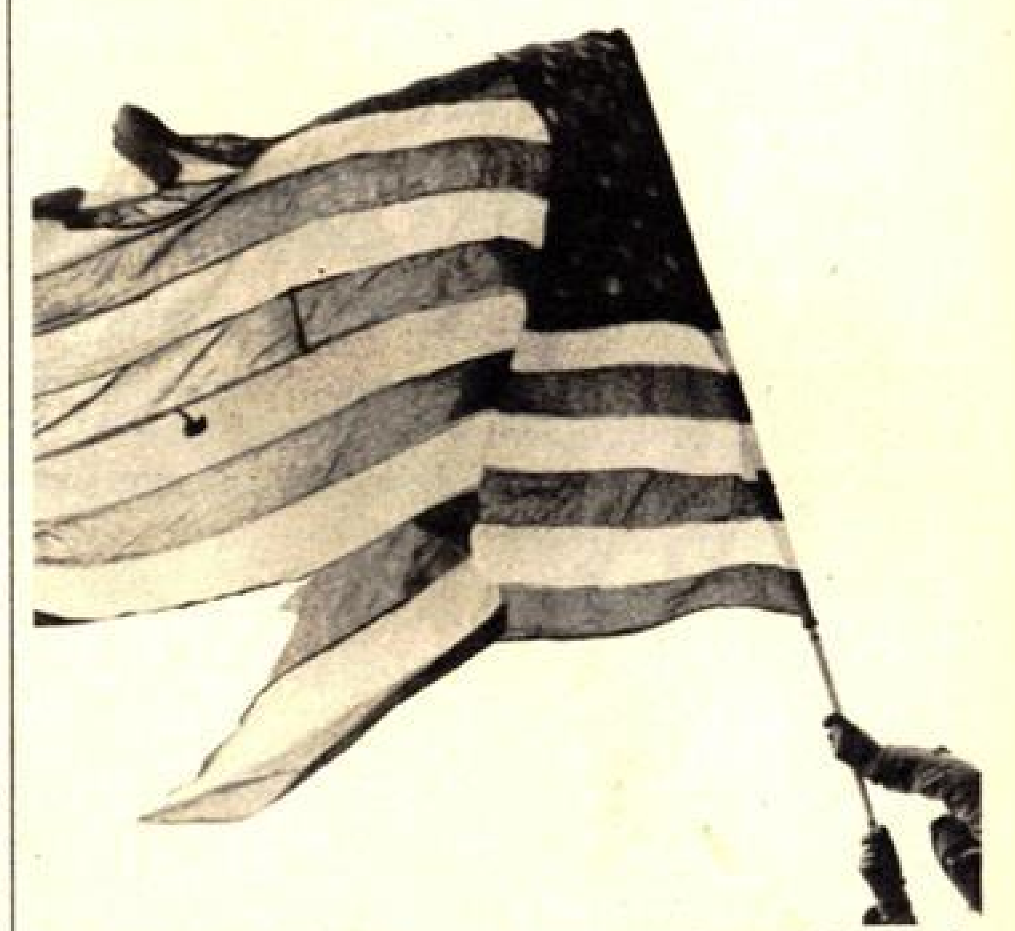
In Rendsburg etwa gab es eine deutsch-dänische „Osterfriedensaktion", an der sich etwa 1200 Menschen beteiligten. In Idar-Oberstein, wo etwa 400 Menschen auf die Straße gingen, marschierten neben vielen türkischen Arbeitern auch französische Kollegen und Politiker mit.

Eine der größten Demonstration am Osterwochenende fand in der Nähe von Dortmund statt. Etwa 3000 Menschen zogen von Holzwickede zum Atomwaffenstützpunkt in Opherdicke, ohne jedoch nahe an diesen Stützpunkt heranzukommen — im näheren Umkreis waren alle Aufmärsche verboten worden. In Opherdicke liegen schon seit längerer Zeit Atomsprengköpfe der USA, was die Bürger allerdings erst vor kurzem erfuhren. In Dortmund bildete sich unter aktiver Beteiligung der VOLKSFRONT und der KPD eine Friedensinitiative. Viele bekannte Persönlichkeiten, viele aktive Gewerkschafter, Betriebs- und Personalräte unterzeichneten einen Aufruf zur Osteraktion. Es heißt darin unter anderem: „Wir können der Wahnsinnslogik einer endlosen Rüstungsspirale nicht mehr folgen. Als Bürger des Landes, das in einem künftigen Krieg zum atomaren Schlachtfeld würde, haben wir allen Grund, nicht mehr länger auf die Abrüstung der Atommächte zu warten. Wir haben die Möglichkeit und die Pflicht, bei uns damit anzufangen."

In der Garlstedter Heide mißbrauchten Ami-Truppen das Naherholungsgebiet der Bremer Bevölkerung. Eine Panzerkampftruppe mit 400 Panzern und 4000 Soldaten, die US-Brigade „Hölle auf Rädern", ist dort stationiert und hält ihre Übungen ab. Es muß damit gerechnet werden, daß hier auch die neuen Pershing-II-Raketen stationiert werden sollen.

Dagegen demonstrierten 5000 Menschen — die größte Aktion am Ostersonntag. Eine Kundgebung vor dem Kasernentor hatte das Bundesverteidigungsministerium verboten, dennoch blieb es nicht beim stummen Protest im Anschluß an eine Kundgebung im nahegelegenen Wäldchen: an die 1000 Menschen zogen direkt bis zum Kasernentor. Im Angesicht der Besatzertruppen hielten sie eine Kundgebung ab, verbrannten das Banner der verhaßten Kriegstreiber und hinterließen ihre Parolen des Protestes auf den Zufahrtsstraßen und am Tor. Beim Rückzug wurde ein Demonstrant von Zivilpolizisten unter Schußwaffeneinsatz verhaftet und in der Ami-Kaserne erkennungsdienstlich behandelt.

Dies sind nur einige Schlaglichter von den Osteraktionen. Allen Beteiligten im gesamten Bundesgebiet waren sie aber ein Ansporn, den Kampf für die Erhaltung des Friedens jetzt noch mehr zu verstärken.


Das „Sternenbanner", Wahrzeichen des US-Imperialismus in aller Welt, wird unter dem Beifall der Demonstranten vor dem Eingang der „Lucius-D.-Clay-Kaserne" verbrannt.

Demonstration gegen die Stationierung von Atomraketen

16.5., 12.30 Uhr, Mönchengladbach, Flachsbleiche.
Sammelpunkt der KPD: 11.30 Uhr, St.-Christopherus-Kirche, Gladbacher Straße.

Anschließend an die Demonstration, ca. 15.00 Uhr:

Veranstaltung der KPD

**„Haus Ohlenforst"
Mönchengladbach-Neuwerk, Engelbeckerstr. 326**

Der Kriegsminister wirft neue Köder aus

Bundeswehr-Traditionserlaß wird abgeschafft

Am 23. und 24. April lud Apel zu einer Diskussionsveranstaltung. Thema: „Soldat und Gesellschaft". Teilnehmen konnten allerdings nur sorgfältig ausgewählte Personen, darunter acht (von 53!) aus dem Jugendbereich und zwei Soldaten. Groß herausgestellt als Ergebnis wird jetzt die Abschaffung des reaktionären Traditionserlasses von 1965, der unter anderem auch der Verherrlichung von Nazi-Offizieren und Kriegsverbrechern in der Bundeswehr diente. Aber es gab noch andere Ergebnisse.

Die entschiedene Ablehnung seines militaristischen Kurses und seiner öffentlichen Propagandaveranstaltungen für die Bundeswehr durch große Teile der Bevölkerung, besonders der Jugend, hat bei Apel deutlich Wirkung gezeigt. In seinem Bemühen, die Jugend doch noch für den Kriegsdienst und eine willige Gefolgschaft in der Bundeswehr zu gewinnen, sieht er sich gezwungen, einige Schönheitsreparaturen am Image der Streitkräfte durchzuführen.

Die Ultrareaktionäre der CDU schreien schon wieder Zeter und Mordio, sehen den Bestand der Bundeswehr gefährdet. „Heute wird der Erlaß abgeschafft, und morgen sind die Stahlhelme an der Reihe!", befürchtet der Abgeordnete Harm Dallmeyer. Und auch mit einer Formveränderung beim „Großen Zapfenstreich" mögen sich diese Herren nicht abfinden. Dabei brauchen sie wirklich keine Angst um ihr Kriegsinstrument zu haben. Apel macht das Zugeständnis, z.B. Kasernen nicht mehr nach faschistischen Offizieren benennen zu lassen. Das ist gut. Aber damit will er die Jugendlichen einlullen. Die Propagandaoffensive für die Bundeswehr nämlich soll massiv verstärkt werden.

„Wir wollen keine Wehrkunde!", tönt Apel, und verkündet gleichzeitig: „Aber wir müssen unseren Bürgern, insbesondere den jüngeren, sagen, wie wir den Frieden in Europa auch künftig sichern wollen." **„In Schule und Arbeitswelt muß mehr darüber informiert werden."** Und die Zahl der hauptamtlichen „Jugendoffiziere"soll erhöht werden. Aufgabe dieser Offiziere aber ist es, sich den Schulen für militärpolitische Propaganda- und Diskussionsveranstaltungen anzubieten! — Keine Wehrkunde?

Einen tollen Vorschlag hat Apel für den Austragungsort zukünftiger Gelöbnisse: „Wir überlegen, ob wir nicht auch mal in einen Industriebetrieb gehen sollen mit dem Gelöbnis, um unsere Verbindung mit den arbeitenden Menschen zu unterstreichen." Um den Militarismus noch offensiver bis in die Betriebe zu tragen, hätte er lieber sagen sollen. Wenn er sich bei den Kolleginnen und Kollegen nur nicht verrechnet...

Für alle antiimperialistisch gesinnten Menschen stellt sich die Aufgabe, Apel einen Strich durch seine Rechnung der Bauernfängerei zu machen.

- **Nach dem Fall des Traditionserlasses müssen umgehend die Namen der Faschisten von Kasernen, Schiffen usw. verschwinden!**
- **Raus mit den Offizieren aus Schulen und Betrieben!**
- **Verstärken wir den Kampf gegen Apels Atomraketenpläne und den Aufrüstungskurs der Bonner Regierung, für den Austritt der Bundesrepublik aus der NATO!**

Manöverterror im Krankenhaus

Westberlin. — Ende März fanden in Westberlin Manöver der Westmächte statt. In ihrer Rücksichtslosigkeit machen die Kriegsplaner wirklich vor nichts halt, nicht einmal vor Krankenhausmauern: eine unter englischem Kommando stehende Truppe machte das Gelände des Klinikums Westend am Spandauer Damm am 25. März zum Kriegsschauplatz, französische Einheiten ballerten auf der anliegenden Straße herum.

Außer Handfeuerwaffen und Maschinengewehren wurden auch Übungsgranaten eingesetzt. Über die Mauern des Klinikums flogen Rauchbomben und nebelten das Gelände ein. Genau im „Hauptkampfgebiet" liegen Gebäudekomplexe, die mit Patienten belegt sind, unter anderem Herzinfarktpatienten!

Ein englischer Jeep wurde vom Personalrat der Klinik vom Gelände gewiesen. Seine Argumente wurden unterstützt durch die Anwesenheit einiger Handwerker im Krankenhaus, die sich demonstrativ die Ärmel aufkrempelten, als die Soldaten zunächst zögerten, zu verschwinden, und auch noch behaupteten, sie seien schließlich zu unserem Schutz da!

Die Ehre des Herrn Strauß „tangiert“

DORTMUND. — Die Anstrengungen der hiesigen Justiz, deren Staatsanwaltschaft den wesentlichen Beitrag zur bundesweiten Behinderung des VOLKSFRONT-Wahlkampfes geleistet hat, mit allen Mitteln eine Aburteilung der antifaschistischen Strauß-Gegner zu erzwingen, gehen weiter. Jüngstes Beispiel: der Prozeß gegen Karin und Günter Wagner, die sich am Aufstellen der Wahlplakate beteiligt hatten.

Es ging um das bekannte Stier-Plakat und damit wie immer um Beleidigung und Ehrverletzung des F.J. Strauß.

An vielen Beispielen wiesen die Genossen nach, daß die Darstellung von Strauß als Tier allgemein gebräuchlich ist und auch im Wahlkampf nicht nur von der VOLKSFRONT praktiziert wurde. Auch direkt als Stier ist er mehrfach in Wort und Bild karikiert worden ohne, daß deshalb eine Strafanzeige folgte, und darüberhinaus blieben noch weit „schlimmere“ Angriffe auf Straußens Person ungeahndet.

Es gibt zweierlei Maß

„Den ‚großen Tieren‘ passiert nichts, die kleineren kriegen was auf den Deckel“, stellte Karin Wagner dar und zitierte einen Detmolder Amtsrichter, der mit eben dieser Begründung eine Verurteilung in einem ähnlich gelagerten Verfahren gegen VOLKSFRONT-Mitglieder abgelehnt hatte.

„Für Strauß hat es eine ganz andere Bedeutung, wenn Schmidt etwa zu ihm sagt, er sei ein ‚pissender Bulle‘ — er weiß, daß das so ernst nicht gemeint ist. Denn politisch verstehen die sich ganz gut, was man ja auch daran sehen kann, was heute in Bonn passiert und was Strauß schließlich auch nicht viel anders machen würde... Die Anklagen gegen die VOLKSFRONT wegen ‚Beleidigung‘ sind nichts als ein Vorwand, um gegen diese Kraft, die die Leute auch mobilisiert — **politisch** mobilisiert — vorgehen zu können.“

Der Verteidiger Gerd Flint nahm in einem ausgezeichneten Plädoyer jeden einzelnen Punkt der Anklageschrift auseinander und verfolgte jeden nur möglichen Gedankengang eines besonders spitzfindigen Richters bis zum Ende. Er wies nach, daß dieser Prozeß — wenn alles mit rechten Dingen zugehe — nur mit einem Freispruch enden könnte.

Ein politischer Prozeß

Unter anderem deckte auch er die politischen Motive der Staatsanwaltschaft bei der Anstrengung des Prozesses auf, Motive, die zur Einleitung der Strafverfolgung schon lange vor einem von Strauß gestellten Strafantrag geführt hatten.

Der Staatsanwalt hatte nämlich als Reaktion auf einige Strauß-Zitate, mit denen die Angeklagten die üble Gesinnung dieses beleidigten Herrn aufgezeigt und die sie ins Verhältnis zu der Aussage des Stier-Plakats gestellt hatten, gemeint, gegen Strauß sei schließlich keine Strafanzeige erfolgt, und die Staatsanwaltschaft habe nicht tätig werden können; anders in diesem Fall — da sei sie gezwungen gewesen...

„Das ist so auch nicht ganz richtig“, drückte es Rechtsanwalt Flint sehr vorsichtig aus. Die Staatsanwaltschaft hatte das Verfahren am 25.8.1980 eingeleitet, und als eine Strafanzeige (am 11.9.) einging, „da waren wir schon auf Blatt 28 der Akte“. Und aus dieser Akte zitierte er, daß sich die bayrische Staatsanwaltschaft bemühte, einen Strafantrag von Strauß“ einzuholen.

Eine wichtige Rolle spielt auch der „Kunstvorbehalt“ im Artikel 5,3 des Grundgesetzes, der ein Kunstwerk — also auch eine Karikatur — besonders schützt.

Ergänzend fügte der Verteidiger hinzu, daß — wenn das Gericht dem allen keine Beachtung schenken wolle — ein Wahlkampfhelfer sich doch schließlich auf die Rechtmäßigkeit des Schilderstellens für eine zugelassene Organisation im Wahlkampf verlassen können müsse und nicht ständig mit einem Strafgesetzbuch herumlaufen könne, zudem in einem Fall, in dem selbst die Gerichte zu den unterschiedlichsten Einschätzungen kommen.

Aber wieder einmal zeigte sich: Die Bemühungen um Wahrheits- und Rechtsfindung sind in solch einem Verfahren allein der Verteidigung aufgebürdet. Staatsanwaltschaft und Gericht machen es sich denkbar einfach.

Politische Kunst verboten?

Amtsrichter Ophoven kam zu folgenden Behauptungen:

„Schrift und Abbildung auf dem Plakat tangieren erheblich die Ehre das Angeklagten“. Aus der Tatsache, daß auf dem Plakat groß „Stoppt Strauß“ und darunter kleiner „Gegen Reaktion, Faschismus und Krieg“ steht, folgerte er unrichtigerweise, daß Strauß damit als Faschist und Kriegstreiber bezeichnet würde, meinte aber, das ginge in einem von allen Seiten mit so harten Bandagen geführten Wahlkampf gerade noch an. Seine politische Ignoranz bewies er mit der Bemerkung, es sei aber noch zu prüfen, wer eigentlich mit dem rüden Ton angefangen habe — Strauß oder die Antifaschisten...

Mit der „Abbildung“ (wörtlich, nicht etwa „Darstellung“ oder „Karikatur“) von Strauß auf dem Plakat sei aber die Schwelle des Zulässigen überschritten. Und auch er befand in grenzenloser Selbstüberschätzung: „Das ist kein Kunstwerk!“ — Und warum nicht? Nun, weil man hierbei „den **Willen** der Verantwortlichen berücksichtigen“ müsse — und die „wollten nicht Kunst machen, sondern Wahlkampf führen. Das Plakat ist mit politischer Zielrichtung aufgestellt worden. Strauß ist auch nicht genügend künstlerisch verfremdet.“

Damit erklärte dieser Amtsrichter kurzerhand den Einsatz der Kunst als Waffe in der politischen Auseinandersetzung für strafbar!

Er verurteilte Karin und Günter Wagner zu einer Geldstrafe von jeweils 25 Tagessätzen à 30 DM. Der Staatsanwalt hatte gar 80 Tagessätze à 35 DM gefordert, und das bei einem Familieneinkommen von 2000 DM.

Gegen dieses eindeutig politische Gesinnungsurteil haben die Genossen Berufung eingelegt.



„Wir sind keine Erfüllungsgehilfen!“

Offener Brief von Pressefotografen

Liebe Mitbürger!

Wir wenden uns heute mit dieser Aktion an die Öffentlichkeit, um auf eine besorgniserregende Entwicklung aufmerksam zu machen. In den letzten Wochen und Monaten hat es verschiedene Aktionen der Polizei und der Staatsanwaltschaft gegen Pressefotografen gegeben.

Fotos und Negative werden beschlagnahmt und für Fahndungs- und Ermittlungsaufgaben mißbraucht. Fotografen werden bei ihrer Arbeit von Polizeibeamten verprügelt, Filme werden mit Gewalt aus den Kameras gerissen und unbrauchbar gemacht. Dies sind Methoden, die in Zukunft eine freie Berichterstattung in diesem Land unmöglich machen.

Daher möchten wir durch diese Aktion der Öffentlichkeit klarmachen:

1. Wir sind unabhängige Pressefotografen und keine Erfüllungsgehilfen der Staatsanwaltschaften.
2. Wir fordern das uns zustehende Recht auf ungehinderte Berufsausübung. Eingriffe in unsere berufliche Arbeit müssen wir als einen Angriff auf die Pressefreiheit verstehen.
3. Wir protestieren schärfstens gegen die Beschlagnahmeaktionen der letzten Wochen in Hannover und Hamburg sowie gegen Beugehaftandrohungen (bis zu sechs Monaten) gegen Pressefotografen, die nicht bereit sind, ihr Fotomaterial der Staatsanwaltschaft auszuhändigen.

Falls wir unserer Informationspflicht der Öffentlichkeit gegenüber aufgrund der genannten Tatsachen nicht mehr nachkommen können, müssen Sie künftig damit rechnen, daß ein wichtiges demokratisches Kontrollmittel unbrauchbar wird und von vielen Ereignissen keine Pressefotos oder Fernsehfilme mehr zu sehen sein werden. Das sind Zustände, die in einer Demokratie nicht herrschen dürfen.

Die gewählten Sprecher des IHP, Hartmut Klenke, Wolfgang Hain, Sybill Schneider, Uwe Schaffrath.

Zu Ostern:

Keine „Welle der Gewalt“

Dennoch erfolgen weitere Polizeistaatsmaßnahmen

Die vielbeschworene „Welle der Gewalt“ blieb zu Ostern aus. Mehrere tausend Menschen, vor allem in Berlin, demonstrierten friedlich und ohne sich provozieren zu lassen gegen die unmenschlichen Haftbedingungen in den Hochsicherheitstrakts und machten deutlich, daß für sie der Tod von Sigurd Debus ein erneuter Anstoß zur Verstärkung des antifaschistisch-demokratischen Kampfes ist.

Sprecher der Westberliner Hausbesetzer etwa hatten bereits am 17. April erklärt, der Kampf gegen die Haftbedingungen sei zu ihrer „ureigensten Sache“ geworden — denn auch ihnen wurde Strafverfolgung nach Paragraph 129 StGB (Bildung einer kriminellen Vereinigung) angedroht.

Die Rechnung der Springerschen Blutpresse ging nicht auf. Was hatte man nicht alles herbeireden wollen, um daraus politisches Kapital zu schlagen! Und damit gleich verbunden erfolgte natürlich die Forderung nach verstärkter Überwachung der antifaschistischen Bewegung. Freudig reihten sich Westdeutschlands reaktionärste Politiker in dieses Spiel ein. So der Schleswig-Holsteinische CDU-Innenminister Barschel, seit Brokdorf vielen auch in anderen Bundesländern ein Begriff: „Wir müssen erkennen, daß das breite und sehr differenzierte Spektrum der heutigen Protestbewegung der Nährboden für eine neue und ernste Terrorwelle werden kann.“

Aber die Hetze geht auch nach Ostern weiter. Was man jetzt möchte — und wer weiß, vielleicht findet man auch Mittel dazu — drückte zum Beispiel die „Welt am Sonntag“ so aus: „Unter anderem werden Sabotageakte bei der Berliner Wahl erwartet. Überdies gibt es Hinweise auf eine geplante Besetzung des Berliner Parlaments, nach dem Beispiel des letzten Putschversuches in Spanien.“ (!!!) Wenigstens die Wahl in Westberlin müßte doch auf diese Weise für die CDU zu gewinnen sein!

Und auch die Verstärkung der Polizeipräsenz in den Städten wird aufrechterhalten, so, als habe es die „Krawalle“ zu Ostern doch gegeben.

Polizeiüberwachung verstärkt

Nehmen wir als Beispiel wieder Westberlin. Dem dortigen Justizsenator Meyer gab der „Spiegel“ in einem Interview Gelegenheit, seine Pläne darzulegen. Wes Geistes Kind die Interviewer sind, wird dabei schon an der Art der Fragestellung deutlich.

„**Spiegel**“: Wie kann die Polizei Gewalttäter dingfest machen, die etwa in Handkarren und vielleicht auch in Kinderwagen Wurfgeschosse durch die Strassen fahren, plötzlich das Gehäkelte wegziehen, mit Steinen um sich werfen und dann unter Passanten oder im U-Bahn-Schacht verschwinden?

Meyer: Die Präsenz der Polizei wird insbesondere durch Beamte in Zivil verstärkt, die eher als große Polizeiaufgebote in Uniform in der Lage sind, Verdächtige unauffällig zu beobachten und gegebenenfalls Täter festzunehmen.

„**Spiegel**“: Unauffällige Greifkommandos in ständiger Bereitschaft auf dem Boulevard?

Meyer: Zunächst einmal sollen die zivilgekleideten Beamten beobachten und notfalls Verstärkung herbeiholen. Aber sie können natürlich auch festnehmen.“

Nach Ostern wurde bekanntgegeben, daß täglich bis zu 1000 Polizisten in Bereitschaft gehalten werden. Auf dem Kudamm werden ständig 15 Doppelstreifen zu Fuß und etwa sechs motorisierte Streifen unterwegs sein.

Die Reaktionen der Politiker auf den Abbruch des Hungerstreiks sind unterschiedlich. Niemand hat sich bis jetzt richtig festgelegt, ob es im jeweiligen Zuständigkeitsbereich zu Hafterleichterungen für die RAF-Gefangenen kommen wird. Bekannt wurde bereits, daß es ein gemeinsames Vorgehen im gesamten Bundesgebiet nicht geben soll. Vom niedersächsischen Justizminister Schwind wurden inzwischen Hafterleichterungen für die in Celle gefangengehaltenen und am schärfsten isolierten Dellwo und Herlitz abgelehnt. In Westberlin sind gewisse beantragte Erleichterungen im Gespräch, wie der Einbau einer Teeküche, Verlängerung des gemeinsamen Umschlusses u.ä. Aber auch in Westberlin betonte der oben bereits zitierte Meyer, eine Anerkennung der Inhaftierten als politische Gefangene werde es nicht geben; ebenso sei die Zulassung einer Überwachung der Haftbedingungen durch eine internationale Kommission „nicht verhandlungsfähig“.

Tod durch Zwangsernährung?

Unterdessen mehren sich die Anzeichen, daß die gewaltsame Zwangsernährung — eine brutale körperliche Mißhandlung — entscheidend zum Tode von Sigurd Debus beigetragen hat. Denn er starb an einer Gehirnblutung. Sein Bruder, Jürgen Debus, betonte im Namen aller Angehörigen „Fehler bei der Zwangsernährung oder die Zusammensetzung der Infusionslösung“ könnten an der Blutung schuld sein. Es gab keine ausreichenden Voruntersuchungen und Diagnosen.

In dieser Erklärung heißt es weiter, bis zum 5. April sei Sigurd Debus geistig und körperlich gesund gewesen. Der Hungerstreik sei ein kalkurlierbares und kalkuliertes Risiko gewesen. Sigurd Debus habe sich auch auf die Zeit nach dem Hungerstreik vorbereitet und sich Bücher und Geld bestellt, mit dem er sich dann zusätzliche Nahrung kaufen wollte. Offenbar hat Sigurd Debus nicht mit der brutalen Unnachgiebigkeit des Staates gerechnet, dem Tote lieber waren als ein Einlenken zugunsten der Gefangenen hinsichtlich besserer Haftbedingungen...

Hungerstreik abgebrochen

Erklärung der RAF-Gefangenen

„Wir haben uns entschlossen, den Hungerstreik abzubrechen, nachdem wir nach zwei Interventionen von amnesty international davon ausgehen, daß kein Gefangener mehr einzeln isoliert wird und mehrere Gruppen von Gefangenen gebildet werden.

Auch wenn es bereits in den letzten Tagen die Gewißheit gab, daß Sigurd Debus nach zehn Wochen Hungerstreik an den Folgen der mit brutalster Gewalt durchgeführten Zwangsernährung sterben wird, können wir unseren Schmerz über seinen Tod nur schwer vermitteln. Sein Wille konnte nicht gebrochen werden.

Sein Tod und der von anderen Gefangenen sollte mit nachrichtendienstlichen Counteraktionen — wie Bomben auf den Kölner U-Bahnhof und andere obskure Ziele, Baumstämme über Bahngleise und so weiter — präventiv legitimiert werden.

Wenn es jetzt eine Lösung gibt, bedeutet das nicht, daß das Vernichtungsinteresse des Staates aufgehoben wäre. Aber wir



Helmut Debus

meinen auch, daß wir nicht dieselbe Erfahrung wie die IRA im Dezember 1980 machen müssen — nicht zuletzt, weil wir Solidarität erfahren haben.

Die Gefangenen der RAF am 16. April 1981.“

(Hervorhebung von uns, Red.)

5000 in der Bittermark

Das Vermächtnis der Gemordeten erfüllen — alle Nazi-Banden zerschlagen!



Der Demonstrationszug zum Bittermark-Mahnmal „Naziverbände auflösen!" — die Ehrung der Naziopfer wird mit dem aktuellen Kampf verbunden.

DORTMUND (Volkskorrespondenz). — 5000 Menschen waren es am diesjährigen Karfreitag, die zum antifaschistischen Mahnmal in der Bittermark zogen, um der Opfer faschistischer Gewalttaten zu gedenken, um das Andenken der Widerstandskämpfer zu ehren, die durch feigen Verrat kurz vor dem Zusammenbruch der Hitlerdiktatur den braunen Henkern in die Hände fielen und ihr Leben lassen mußten. 5000 Menschen, die ein Bekenntnis antifaschistischen Kampfwillens ablegten, und die an diesem Tage auch gegen die heutigen Faschisten demonstrierten, die wenige Tage zuvor das Mahnmal mit Hakenkreuzen und Parolen verschmiert hatten.

Gastdelegationen kamen aus der UdSSR, Frankreich, Polen Jugoslawien, Belgien, den Niederlanden, der CSSR, der DDR, manche mit den Traditionsfahnen ihrer Widerstands- und Verfolgtenorganisationen.

Glücklicherweise blieb uns diesmal eine Ansprache von Ministerpräsident Rau erspart; die Hauptansprache hielt der katholische Antifaschist Prof. Walter Dirks. Völlig daneben lag allerdings Bürgermeister Spaenhoff mit wichtigen Teilen seiner Rede. „Plötzlich wurde man wieder mit dem Ungeist der Nazizeit konfrontiert" — so kommentierte er sinngemäß seine Eindrücke bei der Entdeckung der Nazi-Schmierereien. „Über Nacht waren sie wieder da" — die Nazis. Es gehört schon eine gehörige Portion Blindheit dazu, das Treiben der Nazis in Dortmund bisher übersehen zu haben. Allerdings ist das bei einem Dortmunder Bürgermeister auch kaum glaubwürdig. Schmierereien an der Bittermark gab es schon letztes Jahr, und es wäre nur billig gewesen, das Mahnmal in den Tagen vor dem Karfreitag bewachen zu lassen. Schließlich war man gewarnt. Und gewarnt vor der Lebendigkeit neofaschistischer Gewalttäter ist man in Dortmund seit langem auch durch andere Schmierereien überall in der Stadt, durch das Auftreten der NPD mit faschistischen, rassistischen Parolen usw.

Deshalb darf es auch nicht länger bei Worten, bei bloßer Betroffenheit bleiben. Die Stadt muß endlich Schritte unternehmen, um dem braunen Pack in Dortmund den Boden unter den Füßen wegzuziehen. Kein einziger öffentlicher Auftritt der NPD und anderer Nazi-Organisationen darf mehr in unserer Stadt genehmigt werden! Das Büro der Grauen Wölfe muß sofort dichtgemacht werden! Und die feigen Schmierer von der Bittermark müssen ergriffen und drastisch bestraft werden. Dazu muß eine öffentliche Fahndung ausgeschrieben werden, wie das bereits auf der kurzfristig angesetzten Demonstration am Mittwoch vor Karfreitag in der Dortmunder Innenstadt gefordert wurde.

Über die Durchführung solcher konkreter Maßnahmen ist allerdings von Seiten der Stadt bis heute nichts zu hören. Da werden die Dortmunder Antifaschisten noch gehörig Druck machen müssen!

Rettet die Thyssen-Arbeitersiedlung!

Hausbesetzung in Oberhausen
Volkskorrespondenz

Liebe RM-Redakteure und -leser!

Am Dienstag, den 21.4.81, haben wir das erste Haus in Oberhausen besetzt! Wir, das sind Arbeiter, Lehrlinge, Schüler, Arbeitslose und Studenten, die zum Teil seit zwei Jahren geeignete und bezahlbare Wohnungen suchen.

Das Haus gehört zu einer Thyssen-Arbeitersiedlung, in der noch etwa weitere 15 Wohnungen leerstehen. Die ganze Siedlung soll einem profitbringenderem Gewerbegebiet Platz machen!

Es wurde auf der einen Seite von Thyssen-„Bauen und Wohnen" die letzten Jahre nicht ein Pfennig für Instandsetzungsarbeiten bereitgestellt, Badezimmer- und Kücheninstallationen wurden von vielen Mietern auf eigene Kosten eingerichtet, auf der anderen Seite kassierte Thyssen fleißig Miete.

Natürlich werden auch wir von Thyssen keine finanzielle Unterstützung bekommen, wir werden aber den freien Wohnraum für unsere Bedürfnisse nutzen, instandbesetzen und

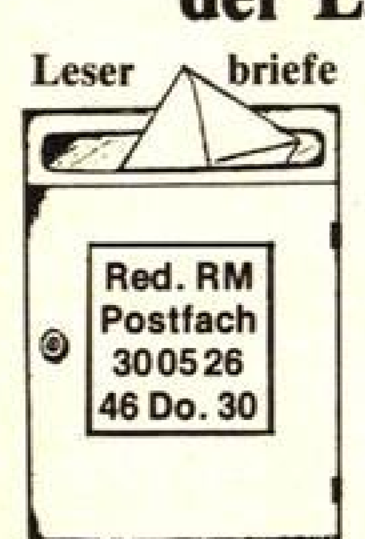


einen eventuellen Abriß mit den Nachbarn und Freunden zu verhindern suchen!

Es liegt übrigens noch keine Anzeige oder Räumungsklage von Thyssen bei den netten Leuten in grünen Uniformen vor! Die werden schon wissen warum.

Mit solidarischen Grüßen
Die Instandbesetzer

Betr.: Artikelfolge zur Lage der Landwirtschaft



Liebe Genossen,

1. In der ersten Folge (RM 4/81) hättet Ihr mit erwähnen können, daß auch die FAHR längst von KHD geschluckt worden und nur noch der „gute alte Name" geblieben ist, der ja auch auf der Maschine auf dem Foto deutlich zu sehen ist. Soweit ich weiß, gehörte die FAHR doch zu den bekanntesten Herstellern von landwirtschaftlichen Maschinen.

2. In den Schriften und Artikeln zur Lage der Bauern ist immer von kleinen, großen, mittleren Bauern, Agrarkapitalisten die Rede. Da ich nun seit einiger Zeit auf dem Land wohne, aber von Landwirtschaft keine Ahnung habe, stehe ich vor der Schwierigkeit, zum Beispiel die Bauern in unserem Dorf in etwa einschätzen zu können, zu welcher Kategorie sie gehören. Wie kann man da am besten rangehen? Auch eine ungefähre Angabe der Größe des bewirtschafteten Landes würde da sicher nicht ausreichen, da die Hektarzahl unterschiedlich ist nach Regionen und sicher auch die Art der Nutzung eine Rolle spielt. Und wieviel Kühe oder Zuchtbullen oder Schweine muß einer denn haben, um ein „grosser" Bauer zu sein?

J.B., Lütjenwestedt

Anmerkung der Redaktion

Du hast recht, die FAHR-Landmaschinen gehören zum Klöckner-Humboldt-Deutz-Konzern und dieser Konzern bestreitet 70 Prozent des Umsatzes am westdeutschen Landmaschinenmarkt. Dies hätten wir in der Bildunterschrift erwähnen können.

Nun zu Deiner Frage, wie die Bauern im Dorfe einzuschätzen sind. Du sagts selbst, daß die bewirtschaftete Flächengröße allein noch nichts über den Bauern aussagt, ob er nun ein Großer oder Kleiner ist. Diese Frage kann nicht mit einer optischen Betrachtung der einzelnen Höfe entschieden werden, denn auch die Menge an Vieh, die Vielzahl von landwirtschaftlichen Maschinen oder etwa der bauliche Zustand des Hofes geben nur einen sehr oberflächlichen Anhalt über die Lage der Besitzer. Wie hoch die Verschuldung der Höfe ist, oder aber, ob der Bauer überhaupt noch der Besitzer des Hofes ist, das kann man den Bauernhöfen in der Regel nicht ansehen.

Natürlich können all die eben benannten Dinge ein kleines Kriterium sein, auch die ständige Beschäftigung von Landarbeitern läßt mehr auf einen Großbauern schließen, entscheidend aber ist die Einkommensentwicklung der einzelnen Höfe, denn auch bei den Bauern prägt das gesellschaftliche Sein das Bewußtsein. In der Artikelfolge kam gut zum Ausdruck, wie groß die Produktivitätsunterschiede in der Landwirtschaft schon sind, und, damit auch verbunden, die hohen Einkommensunterschiede. Über 25 Prozent aller Vollerwerbsbauern erreichen ein jährliches Reineinkommen von nur 7500 DM pro Arbeitskraft. Spitzenbetriebe dagegen, in der Regel Agrarfabriken, bringen es auf über 80000 DM pro Arbeitskraft und Jahr.

Wer von den Bauern langfristig für seinen Hof gute Entwicklungsmöglichkeiten sieht, der ist oder befindet sich auf dem Weg nach oben und der ist mit dem kapitalistischen System voll einverstanden. Die Masse der Bauern allerdings, fast 90 Prozent aller Bauern, befindet sich auf dem Weg des sozialen Abstiegs und sie werden sich deshalb tendenziell den kommunistischen Ansichten nicht verschließen.

Die Bauern in Deinem Dorf wirst Du nur langfristig in ihren Reden und Handlungen einschätzen können. Du befindest Dich da in keiner besseren Situation als die Genossen im Betrieb, denn auch den Betriebsräten zum Beispiel steht nicht im Gesicht geschrieben, ob sie klassenkämpferische Kollegen oder bestochene Elemente in der Arbeiterbewegung sind.

Einzeldrucke von RM-Artikeln

Um die Arbeit mit dem „Roten Morgen" zu erleichtern und Material für die Agitation an der Hand zu haben werden Artikel des „Roten Morgens" zu aktuellen Fragen als Einzeldrucke herausgegeben. Folgende Drucke sind erschienen: Preis 0,50 DM für zehn Stück!

- **„Wie Faschismus entsteht — und verhindert wird";**
- **„Die neuen Männer in Washington";**
- **„Aus der Geschichte der KPD"** (in türkischer Sprache).

Bestellungen an Verlag Roter Morgen, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30.

- **Demnächst erscheint auch die Artikelserie zur Lage in Polen (RM 15 - 17/81) als Sonderdruck** (Stückpreis: 10 Pfennig) **Betrag bitte in Briefmarken beilegen!**

Liebe „Roter-Morgen"-Leser,

als kommunistische Zeitung erhält der „Rote Morgen" keinerlei Anzeigenaufträge der Wirtschaft. Er muß allein aus dem Verkauf und den Spenden seiner Leser finanziert werden. Die galoppierende Teuerung trifft uns hart. Nicht jeden Anstieg unserer Kosten können und wollen wir an unsere Leser weitergeben. Denn wir wollen, daß der „Rote Morgen" mehr und nicht weniger gelesen wird. Wir bitten Euch deshalb

SPENDET FÜR DEN „ROTEN MORGEN"!

Spenden bitte überweisen auf folgende Konten:
KPD
Wellinghofer Str. 103
4600 Dortmund 30
PSchKto: PSchA Dortmund (BLZ 44010046)
Kto-Nr. 6420 — 467
Bank: Stadtsparkasse Dortmund
(BLZ 44050199) Kto.Nr. 321004547

Spenden für den „Roten Morgen" als Zentralorgan der KPD sind bei der Lohnsteuer bzw. Einkommensteuer steuerlich absetzbar. Höchstgrenzen: Ledige 1800,— DM im Jahr, Ehepaare 3600,— DM im Jahr. Auf Wunsch versenden wir an die Spender Spendenbescheinigungen.

Abonniert das Zentralorgan der KPD

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. ......

☐ für 1 Jahr
☐ für 1/2 Jahr
☐ Probenummer

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!
ROTER MORGEN
Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Die Zahlung erfolgt: ☐ jährlich **DM 60.-** ☐ halbjährlich **DM 30.-**

Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bestellt Informationsmaterial der KPD

☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD
☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden.

Name: ....
Straße: ....
Plz/Ort: ....
Datum: .... **Unterschrift:** ....
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das Parteibüro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.

Albanien — umfassende Demokratie für die Werktätigen

Bei Diskussionen über das sozialistische Albanien gibt es immer wieder skeptische Einwände wie: Dort herrscht doch im Grunde eine Diktatur, wo der Einzelne nichts zu sagen hat. Oder: Warum gibt es denn in Albanien nur eine einzige Partei, die alles bestimmt? Oder: Wenn bei Wahlen 99,9 Prozent der Stimmen für die Kandidaten abgegeben werden, dann kann das doch nicht mit rechten Dingen zugehen.

Und diejenigen, die solche Skepsis zeigen, können in Bezug auf das Vorhandensein oder auch Nichtvorhandensein von Demokratie keine Unterschiede feststellen zwischen Albanien und beispielsweise Polen, wo — wie man gegenwärtig sieht — jedes auch noch so kleine Bürgerrecht dem Regime mit Generalstreiksdrohungen abgerungen werden muß.

Die Sache mit den 99,9 %

Und um bei der Sache mit den 99,9 Prozent zu bleiben: Das geht ja nun auch wirklich einem Menschen in unserem Land nur schwer in den Kopf. Wie ist das also? Sind das wirklich echte Wahlen?

Um diese Frage zu beantworten, ist es sicher ganz nützlich, die albanischen Wahlen einmal mit unseren zu vergleichen. Sehen wir uns zum Beispiel mal unsere Bundestagsabgeordneten an. Wer hat darüber bestimmt, daß diese Leute als Kandidaten aufgestellt wurden und sich zur Wahl stellen konnten? Das waren die Spitzengremien der drei großen Parteien. Die Wähler selbst haben nicht den geringsten Einfluß auf die Kandidatenaufstellung. Obwohl doch der Kandidat, wenn er drankommt, im Bundestag ihre Interessen vertreten soll. Einfluß auf die Aufstellung haben in der Regel nicht einmal die einfachen Mitglieder der SPD oder CDU.

Ganz anders ist es in Albanien. Hier werden die Kandidaten von der Demokratischen Front aufgestellt (also nicht von der Partei — wie viele meinen). Die Front ist die umfassendste Massenorganisation des Landes, der faktisch jeder Albaner angehört. Und es ist eben nicht so, daß die Kandidaten in irgendwelchen führenden Gremien der Front ausgekungelt werden. Sondern es wird in den Mitgliederversammlungen ein Vorschlag erarbeitet und der wird dann auf speziellen Wählerversammlungen zur Diskussion gestellt.

Es gibt also lange vor der Wahl eine ausführliche Debatte über das für und wider der zur Frage stehenden Kandidaten. Und diese Debatte wird nicht ins Blaue hinein geführt. Das Entscheidende ist, daß, anders als bei uns, die Albaner ihre Kandidaten für das Parlament ganz genau kennen. **Es sind nämlich nicht irgendwelche „Experten", die man nie zu Gesicht bekommt, sondern Menschen, die mitten unter den Wählern leben und arbeiten, sei es als Arbeiter in den Betrieben, als Genossenschaftler in den Dörfern oder als Angehörige der Volksintelligenz.**

70 Prozent der Mitglieder des albanischen Parlaments, der Volksversammlung, arbeiten weiter in ihren Berufen. Sie sind also keine hauptamtlichen Parlamentarier, sondern sind auch nach der Wahl weiter ständig mit ihren Wählern zusammen. Unter diesen Bedingungen können sich die albanischen Werktätigen natürlich ein sehr genaues Bild von den Kandidaten machen. Natürlich kann auf den erwähnten Wählerversammlungen auch jeder einzelne wahlberechtigte Bürger seinen speziellen Vorschlag für die Aufstellung eines Kandidaten machen. Es ist also in Albanien nicht so, daß sich die Werktätigen erst am Wahltag überlegen müßten, ob, wie und wo sie ein Kreuz auf der Stimmzettel machen. Entscheidend sind eben die Wählerversammlungen. Dort findet die breite, demokratische Aussprache statt, werden die vorgebrachten Meinungen und Argumente der Teilnehmer zusammengetragen und geprüft. Und auf der Grundlage dieser Debatte können sich dann die Wahlberechtigten auf einen Kandidaten vereinheitlichen, den sie für den würdigsten Vertreter ihres Wahlkreises in der Volksversammlung halten. Die Wahl selbst ist dann nur noch eine Bestätigung dieser gemeinsam gefaßten Entscheidung.

Also: Was auf den ersten Blick reichlich merkwürdig aussieht, die Sache mit den 99,9 Prozent, entpuppt sich bei näherem Hinsehen als Beispiel einer wirklichen Basisdemokratie. Überhaupt ist vieles im albanischen parlamentarischen System ganz anders als bei uns. (Nicht nur die grundlegende Tatsache, daß dort die Volksversammlung für und der Bundestag hier gegen die Interessen der arbeitenden Menschen handelt.) Hier sollen nur einige Stichpunkte genannt werden:

Die albanischen Parlamentarier haben keinerlei Privilegien, etwa in Form von Diäten. Sie müssen vor ihren Wählern ständig Rechenschaft über ihre Arbeit ablegen. Und sie können von den Wählern, wenn diese nicht zufrieden sind mit der Tätigkeit der Abgeordneten, jederzeit abberufen werden.

Die Partei und die Massen

Und wie steht es mit dem Vorwurf der Einparteienherrschaft? Gewiß, es gibt in Albanien nur eine Partei, die PAA. Den albanischen Werktätigen wäre es nicht im Traum eingefallen, sich nun nach der Existenz einer anderen oder gar vieler anderer Parteien zu sehnen und sich für deren Schaffung stark zu machen. Und das ist nicht nur auf die Tatsache zurückzuführen, daß die heutige PAA und vormalige KP Albaniens sich als Führerin des Befreiungskampfes ein schier unbegrenztes Vertrauen der Massen erobert hat. Man muß auch noch etwas anderes in Rechnung stellen.

Politische Parteien schweben ja nicht im luftleeren Raum. Sie vertreten die Interessen bestimmter gesellschaftlicher Klassen. Die PAA ist die Partei, die die Interessen der Arbeiterklasse und damit die Werktätigen insgesamt vertritt. Es liegt auf der Hand, daß die Arbeiterklasse selbst keine zweite konkurrierende Partei braucht, denn das würde ihre Einheit zerstören und Spaltung säen. Wen aber sollte eine neue Partei sonst vertreten? Die Kapitalisten etwa oder die Gutsbesitzer? Aber die gibt es ja längst nicht mehr in Albanien. Und es dürfte in diesem Land wohl auch kaum noch einen Menschen geben, der sich ihre Rückkehr zurückwünschen würde.

Wenn gesagt wird, daß die PAA im heutigen Albanien die gemeinsamen Interessen aller arbeitenden Menschen zum Ausdruck bringt und vertritt, dann ist das sicher so erst einmal keine Sache, die einen skeptischen Menschen auf Anhieb überzeugen könnte. Denn, so würde vielleicht ein Einwand kommen, die SED sagt doch genau dasselbe auch von sich. Und trotzdem thront sie in Wirklichkeit über den Massen, zwingt ihnen ihren Willen auf. Das ist zweiffellos richtig. Und um noch einmal auf Polen zu kommen: Hier erleben wir ja gerade einen wirklichen Massenkampf zwischen der Partei und den Arbeitern. Was ist da in Albanien anders? Nun, fragen wir uns doch einfach einmal, warum sich die Parteibonzen in Polen so erbittert gegen die Forderungen der Arbeiter wehren. Die Antwort darauf fällt nicht schwer: Sie haben eine ganze Menge zu verlieren. Wenn man all die Enthüllungen über das Leben der Bonzen verfolgt, die im Zuge der polnischen Arbeiterrevolte an die Öffentlichkeit gedrunen sind, weiß man, was damit gemeint ist. Da kam heraus, daß die Herren an der Spitze der Partei, des Staates oder der Wirtschaftsorganisationen nicht nur über die sprichwörtliche luxuriöse Datscha verfügen, sondern daß sie auch ausgedehnten Grundbesitz, Jachten, Privatflugzeuge, ja sogar Produktionsmittel im Inland oder Kapital im Ausland ihr eigen nennen.

Sie stehen sich also im Grunde nicht anders als ein beliebiger erfolgreicher Großunternehmer im Westen. Diesen Besitz, den sie sich zusammengerafft, all die Privilegien, die sie sich verschafft haben, verteidigen sie bis zum letzten gegen ihren natürlichen Klassenfeind, das Proletariat. Nichts von alledem wird man in Albanien finden. Das Anhäufen von Privateigentum wäre hier ein Ding der Unmöglichkeit. Woher sollte es auch kommen? Die Mitglieder der PAA genießen nicht die geringsten Privilegien gegenüber den anderen Werktätigen. Im Gegenteil, von ihnen wird verlangt, daß sie wie früher im Befreiungskampf so heute beim Aufbau des Sozialismus vorangehen. Und das heißt eben konkret: Wo immer die Bedingungen besonders kompliziert, wo immer die Arbeit am schwierigsten ist, dort wird man die albanischen Kommunisten finden. Also etwa auf den Großbaustellen des neuen Albaniens, wenn in abgelegenen Bergregionen ein neues Wasserkraftwerk gebaut oder dem Meer Land für die landwirtschaftliche Produktion abgerungen wird.

Entscheidend ist in diesem Zusammenhang sicher, daß es in Albanien nicht jene gewaltigen Unterschiede in der Verteilung gibt wie sie für die Länder des **Ostblocks kennzeichnend** sind. In Albanien werden die Einkommen der Menschen in den verschiedenen Bereichen der Produktion und der Verwaltung einander immer mehr angeglichen, so daß heute das höchste Einkommen nur noch doppelt so hoch ist wie das niedrigste. Wobei ein Facharbeiter, der unter schweren Bedingungen arbeiten muß, ein Bergmann etwa, mehr verdient als ein Spitzenmann in der Verwaltung, der ein höheres Einkommen erreichen kann als ein Minister. So gibt es also keine materielle Grundlage dafür, daß sich auch in Albanien ein oben und unten, ein Gegensatz zwischen einer kleinen Schicht privilegierter Bonzen und der Masse der arbeitenden Menschen herausbilden könnte.

Die PAA hat eine ganze Reihe von Maßnahmen entwickelt, um ihre Verbindung mit den Arbeitern und Bauern stets eng, lebendig und revolutionär zu halten. Hier sollen nur zwei für Albanien typische Beispiele herausgegriffen werden, die man sonst nirgends auf der Welt findet. Das eine ist die regelmäßige Teilnahme aller hauptberuflichen Funktionäre an der produktiven Arbeit. Einmal im **Jahr gehen sie alle für einen Monat in die Fabriken oder auf die Felder**, um dort als einfache Arbeiter oder Bauern Produktionsarbeit zu leisten. Das andere Beispiel betrifft die Aufnahme in die Partei. Nach dem Verständnis der Albaner gehören in die PAA als der führenden Kraft im Land nur die besten Leute, die sich wirklich aktiv und selbstlos für die Interessen der Werktätigen einsetzen. Die Frage ist natürlich, wer sind denn diese Besten? Aber wer könnte darüber genauer urteilen als die Werktätigen selbst? Deshalb wird — wenn jemand Mitglied der PAA werden will — die Meinung seiner Kollegen eingeholt, mit denen er täglich zusammenarbeitet und lebt. Und wenn sie der Ansicht sind, der Betreffende taugt nicht für die Partei, dann wird er auch nicht aufgenommen. Ohne die Massen läuft nichts. Dieses gängige Wort in Albanien gilt sogar für die Frage, ob jemand Mitglied der PAA werden kann oder nicht.

Arbeiterkontrolle

Die Kämpfe in Polen haben gezeigt, daß die Arbeiter dort vollständig von der Leitung der Betriebe und des Staates ausgeschlossen sind. In der offiziellen Propaganda werden sie zwar die Herren des Landes genannt — aber jetzt müssen sie selbst um die geringsten Rechte einen erbitterten Kampf führen. Nun, das haben ihre albanischen Kollegen nicht nötig. In ihrem Land ist eine voll entfaltete sozialistische Demokratie — und zwar in jedem gesellschaftlichen Bereich — eine Selbstverständlichkeit.

Das soll am Beispiel des Betriebes veranschaulicht werden. Welche Möglichkeiten haben die Arbeiter dort, um unmittelbar auf die Belange des Betriebs einzuwirken? Das hauptsächliche Element ist sicher auch hier die Versammlung als elementare Form der Demokratie. Das heißt: Alle Beteiligten, sei es innerhalb einer Abteilung oder auf der Ebene des Gesamtbetriebs, kommen zusammen und beratschlagen gemeinsam alle entstehenden Probleme. Ob das nun Fragen des Produktionsplans sind oder der Arbeitsnormen, ob es um technische Fragen geht oder um die Einsetzung von Leitungskräften — nichts wird hier einfach von oben diktiert. Alles wird vielmehr auf diesen Versammlungen beraten. Und auch hier gilt: Ohne oder gar gegen die Massen läuft nichts. Wenn also beispielsweise ein Direktor im Betrieb angestellt werden soll, der den Arbeitern nicht paßt, dann gilt er damit als abgelehnt und kann sein Amt nicht antreten.

Es gibt wohl kaum etwas, auf das die Albaner so allergisch reagieren wie auf alle möglichen Formen des Bürokratismus. Deshalb haben sie nach dem Motto „Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser" über die erwähnten Versammlungen hinaus Methoden entwickelt, mit denen die Arbeiter direkt Kontrollfunktionen ausüben können, damit bürokratische Verkrustungen vermieden werden und eine revolutionäre Entwicklung gewährleistet bleibt. Die bekannteste dieser Methoden ist sicher die Arbeiter- und Bauernkontrolle. Auf die Fabrik bezogen bedeutet das: Die Arbeiter wählen aus ihrer Mitte eine bestimmte Anzahl von Personen, die dann die Kontrollgruppe bildet. Diese Gruppe hat die Aufgabe und eben auch das verbriefte Recht, sämtliche Bereiche des Betriebs daraufhin zu überprüfen, ob die sozialistischen Normen eingehalten und die Interessen der Belegschaft gewahrt bleiben. Dabei haben die Kollegen von der Arbeiterkontrolle die gleichen Befugnisse wie die staatlichen Revisoren. Das heißt: Ihnen darf kein Bereich der Verwaltung verborgen werden, sie müssen Einsicht in sämtliche Unterlagen, Pläne, Kalkulationen usw. erhalten.

Bemerkenswert ist die Tatsache, daß die Arbeiter solche Kontrolltätigkeit nicht nur im Betrieb (oder entsprechend die Bauern in der Genossenschaft) ausüben. Gruppen der Arbeiter- und Bauernkontrolle sparen in ihren Aktivitäten keine gesellschaftliche Einrichtung in Albanien aus. Ob es eine Bezirksverwaltung ist, eine Schule, ein Krankenhaus oder was sonst auch immer — überall muß man gegenwärtig sein, daß, natürlich unangemeldet, eine Kontrollgruppe auftaucht und alles genau unter die Lupe nimmt.

Schon die wenigen Dinge, die hier kurz angerissen wurden, zeigen deutlich, wie lächerlich das Gerede über die angebliche Unfreiheit oder die angebliche Parteidiktatur in einem sozialistischen Land wie Albanien ist. Man muß nur die hier angeführten Beispiele einmal auf die Verhältnisse in unserem Land übertragen. Also sich etwa vorstellen, daß die Arbeiter von Hoesch in Dortmund ihrem Direktor auf der Betriebsversammlung erklären, er könne sich als abgesetzt betrachten, weil er das neue Stahlwerk nicht bauen will. Oder daß eine Gruppe von Westberliner Arbeitern zu Herrn Vogel ins Schöneberger Rathaus kommt und ihm eröffnet, man wolle eine Überprüfung seiner bisherigen Regierungstätigkeit durchführen.

Natürlich kann man sich so etwas nicht als ernsthafte Möglichkeit vorstellen. Und darin zeigt sich gerade die ganze Begrenztheit unserer sogenannten Demokratie. In Albanien dagegen ist die umfassende Teilnahme der Werktätigen an der Regierungstätigkeit, die allseitige Kontrolle der Verwaltung durch die arbeitenden Menschen eine selbstverständliche und alltägliche Angelegenheit. Denn schließlich sind sie ja die Herren des Landes. Sie haben im Nationalen Befreiungskrieg der vierziger Jahre nicht nur die damaligen deutschen Besatzer aus dem Land gejagt, sondern auch die Macht der alten Ausbeuterklassen gebrochen.

Albanien heute — das heißt: die Arbeiterklasse an der Macht; das heißt: Diktatur des Proletariats. Und das bedeutet eine Gesellschaft, in der Arbeitslosigkeit, Teuerung, Steuern und all die anderen Gebrechen des Kapitalismus unbekannt sind. Einer Gesellschaft aber auch, in der Demokratie für die werktätigen Massen nicht nur eine Parole, sondern Wirklichkeit ist.


Arbeiter und Ingenieure im Werk „Petro Pape" beraten über die Herstellung eines neuen Produkts.


Die sowjetische Armee: ein Werkzeug für die aggressive Politik Moskaus

Die Sowjetunion nach dem 26. Parteitag

Eine katastrophale Bilanz der Revisionisten

Auf ihrem letzten Kongreß mußte die sowjetische revisionistische Partei ihr 1961 angenommenes Programm revidieren. In diesem Programm hatte Chruschtschow seinerzeit verkündet, die Sowjetunion würde zu Beginn der 80er Jahre nicht nur den Lebensstandard der USA eingeholt haben, sondern auch in die kommunistische Gesellschaft eingetreten sein. Man kann sich kaum einen drastischeren Widerspruch denken, als den zwischen diesen großmäuligen Ankündigungen und der heutigen Wirklichkeit der Sowjetunion.
Im letzten „Roten Morgen" sind einige Aspekte der wirtschaftlichen Entwicklung der SU dargestellt worden; mit dieser Folge schließen wir den Artikel über die Bilanz der sowjetischen Revisionisten ab.

Eine neue Armee

Keine Gelegenheit lassen die sowjetischen Herren ungenutzt, um ihre angebliche Friedfertigkeit zu beweisen, Angebote an die USA zu machen, Verträge auszuhandeln. Wie die USA, so engagierte sich auch die Regierung der UdSSR stark dabei, die geheime Aufrüstung der SALT-Verträge als Abrüstung zu verkaufen.

Zwei wesentliche Tatsachen bestimmen heute das Bild der neuen sowjetischen Armee, die von der früheren nur noch den Namen hat.

Da ist zum einen der aggressive Charakter ihrer Bewaffnung. „Die Seemacht der Sowjetflotte hat unserer erfolgreiche Außenpolitik" so deren Oberkommandierender Admiral Gortschkow in bester Kanonenbootmanier: Nach 1956, verstärkt nach den Ereignissen um Kuba 1962 wurde sie zur stärksten Flotte der Welt, die lediglich noch auf dem Gebiet der Flugzeugträger hinter ihrem amerikanischen Vorbild zurückliegt.

Und da sind jene berühmt-berüchtigten Mittelstreckenraketen, von denen in letzter Zeit so viel die Rede ist. Tatsache ist, daß ihre Existenz von den westlichen, vor allem den amerikanischen, Imperialisten als Vorwand zur hemmungslosen Aufrüstung benutzt wird, wogegen unsere Partei entschieden kämpft. Andererseits ist es aber eine Tatsache und ein Beweis für die Aggressivität der Sowjetstreitmacht, daß sie existieren, daß sie auf Westeuropa zielen. Dies hat der Breshnew-Mann Arbatow bei seiner kürzlichen Bonnreise ausdrücklich bestätigt und mit ihrem Einsatz gedroht.

Ein auf Europa begrenzter Atomkrieg liegt im Interesse der USA, in typisch imperialistischer Manier aber auch im Interesse der sowjetischen Imperialisten. Hatte die Stalinsche Rote Armee im antifaschistischen Krieg beispielsweise auf den Einsatz von Bomberflotten verzichtet, so wird jetzt hier direkt die westeuropäische Bevölkerung mit dem Atomtod bedroht, weil ihre Führer den aggressiven Pakt mit den USA geschlossen haben, soll ein begrenzter Krieg die eigenen Verluste minimal halten. Nicht an Menschen, sondern an militärischer Kraft: Die Zentren der sowjetischen nuklearen Aufrüstung liegen heute in den weit entfernten mittelasiatischen Republiken, im einst islamischen Gebiet, von dem aus auch Afghanistan überfallen wurde.

Das zweite ist, daß nicht nur die Bewaffnung, die militärische Vorbereitung und der Umfang der Aufrüstung den aggressiven Charakter der neuen sowjetischen Armee ausmachen, sondern auch die Generalität. Seitdem Chruschtschow 1962 in einer Nacht 400 neue Generäle ernannte und die alten absetzte und anschließend das gesamte Offizierskorps auswechseln wollte, stehen an der Spitze dieser Armee Führungskader, die selbst entweder Teil oder stramme Parteigänger der neuen herrschenden Klasse sind: 25 von ihnen sitzen im Zentralkomitee der Partei, Hunderte im Apparat und gehören zur „Nomenklatura". Zu jenen offen Bevorrechtigten, die ihre Privilegien immer weiter ausbauen, die, wie Breshnew, kein offizielles Gehalt beziehen, weil sie von der Bank abholen, was sie brauchen.

Die sowjetische Armee hat heute in zahlreichen industriellen Sektoren einen zweiten, parallelen Produktionszweig aufgebaut und holt die teuersten Fachleute mit hohen Gehältern in diese Fabriken. Sie schließt eigenständige Verträge mit den Eisenbahnen, um ihre Transporte selbständig zu gewährleisten und vieles ähnliche mehr. Sie hat von allen Armeen den höchsten Rohstoffverbrauch der Welt.

Die neue Klasse

Breshnew freute sich über 18 Arbeiter — so viele hat er nämlich gefunden, die in seinem 319-köpfigen Zentralkomitee Mitglieder sind. 1924 beispielsweise, in jenem ZK, das Stalin zum Generalsekretär der KPdSU(B) wählte, waren es 29 Arbeiter gewesen — bei 54 mitgliedern. Aber längst vorbei sind in der UdSSR die Zeiten, da es Arbeiter wie Kalinin, Kaganowitsch und Kirow waren, die gemeinsam mit der alten bolschewistischen Garde das Land führten. Im Jahre 1934 stellten die Arbeiter 64,5 Prozent der Parteimitgliedschaft, der Anteil der Bauern hatte sich seit dem Beginn der Kollektivierung um ein Drittel auf 27,8 Prozent erhöht, die Intellektuellen und Staatsangestellten machten die restlichen 7,7 Prozent aus.

Heute ist der Anteil der Bauern in der Partei auf unter 14 Prozent gesunken, die Arbeiter füllen die Partei zu 42,8 Prozent (in den Führungsorganen rund 6 Prozent) fast 44 Prozent machen die Apparatschiks und Intellektuellen aus. Eine Partei also, die sich grundlegend gewandelt hat, die zwischen 1956 und 1961 rund 92 Prozent ihrer Funktionäre auswechselte. Die Neuen waren nach Chruschtschows Berichten zu fast 80 Prozent „Menschen mit Hochschulbildung".

Anders als in Polen oder Ungarn, wo die revisionistischen Konterrevolutionäre der Arbeiterklasse im Bündnis mit der Bauern die Reaktion die Macht entrissen, mit den Großgrundbesitzern, Privatkapitalisten und dem Klerus, waren diese Klassen in der UdSSR nahezu völlig vernichtet.

So fehlte dieser Bündnispartner, der ein Interesse an möglichst weitgehender Reprivatisierung der Produktionsmittel, der alte Ansprüche hatte.

Zwar gibt es auch in der UdSSR, besonders in der Landwirtschaft, zunehmend auch im Handel, den privaten Sektor, und Breshnew hat gerade jetzt alle weiteren Schritte in diese Richtung ermutigt. Die privaten Bauernhöfe haben seit 1956 ihre Anbaufläche von einem auf drei Prozent der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche verdreifacht. Dort sind vier Millionen Menschen beschäftigt, rund 15 Prozent der ländlichen Arbeitskräfte, die 12 Prozent der gesamten sowjetischen landwirtschaftlichen Produktion erzeugen, bei einzelnen Gütern des Massenbedarfs sogar die Hälfte alles Erzeugten. Aber, obwohl es in Bezirken wie Zaporozhje private Besitzer von über 5 000 Treibhäusern gibt, ist das nicht die Ausnahme.

Die herrschende Klasse, das sind die Spitzenfunktionäre der Partei, der Regierung und des Militärs. Da tauchen in leitenden Positionen die Söhne und Schwiegersöhne der Breshnew, Kossygin und Chruschtschow auf, ihre Verwandten in den Republiken und Ministerien und Akademien. So versucht sich diese neue Klasse zu stabilisieren.

Sie ist es, die die Wirtschaftspläne aufstellt: vorbei sind die „stalinistischen" Zeiten der großen Debatten um den Wirtschaftsplan, wie man sie heute aus dem sozialistischen Albanien kennt. Sie ist es, die sich nehmen kann, was sie braucht. Sie ist es, die die „rentablen" Betriebe leitet. Als die Revisionisten 1956 die Maschinen-Traktoren-Stationen (MTS) auflösten und die Bauern zwangen, sich zu verschulden, um das Material der MTS zu kaufen, schufen sie dazu einen Monopolbetrieb als Ersatz, die „Selchoztechnika". Heute einer der Betriebe, der mit Vorliebe von engsten Freunden oder Verwandten der jeweiligen Parteiführung geleitet wird, weil besonders profitabel.

Mit dem gleichzeitig eingeführten Akkordsystem auf dem Lande schufen sie die Grundlage, bei gleichbleibenden Endverkaufspreisen und gesteigerter Produktion die Einkommen der Bauern zu senken. Im Gebiet Archangelsk, während der letzten Planperiode etwa, stieg die Produktion um 20 Prozent, während die Löhne um fast 14 Prozent sanken. In Briefen an die Prawda beklagten sich die Bauern, daß sie innerhalb von vier Jahren eine Senkung des Gurkenpreises von 42 auf 34 Rubel je Tonne hinnehmen mußten. Solche Beispiele ließen sich viele anführen, da die Briefe gerade an die Prawda täglich tausendfach abgesandt werden, eine Tradition, die die sowjetischen Werktätigen noch aus der Stalinschen Zeit bewahrt haben, und an der die Revisionisten nicht zu rütteln wagten. Damals war die Prawda die Tribüne des Kampfes gegen den Bürokratismus, und, in gewisser Weise, wenn auch sehr unfreiwillig, scheint sie dies noch heute zu sein. Eintausendfünfhundert Beschwerden täglich registrierte ja selbst Breshnew in der Post an das ZK der Partei — und warnte diesmal zum ersten Mal ausdrücklich davor, diese zu unterdrücken.

So etwas war das letzte Mal vor 15 Jahren auf einem Parteitag geschehen und damals mußten die sowjetischen Revisionisten 1969 einen allsowjetischen Bauernkongreß organisieren, der den Kollektivbauern sofortige Einkommenserhöhungen von 12 bis 15 Prozent zusagte.

So scheint es, auch im Angesicht von ersten Berichten über Vorbereitungen gewerkschaftlicher Aktivitäten in der UdSSR, daß die Zeit der Ruhe für die neuen sowjetischen Kapitalisten allmählich zu Ende geht.

Der 26. Parteitag war dabei das halboffizielle Eingeständnis einer Krise. Es steht zu hoffen, daß die sowjetischen Werktätigen im Kampf um ein besseres Leben und um mehr Demokratie den Kriegsplänen ihrer Herrschenden in den Arm fallen.

Es steht erst recht zu hoffen, daß sie, die einst so vorbildlich kämpften, sich dabei erneut wahrhaft revolutionäre Führer schaffen, die allein sie erfolgreich leiten können, daß sie die Partei Lenins und Stalins wiedergründen.

Helmut Weiss

Neue „Krawalle" in London

Faschisten kündigen Aktionen gegen Farbige an

LONDON. — In der vergangenen Woche ist es in London erneut zu Kämpfen zwischen farbigen Jugendlichen und der Polizei gekommen. Im Bezirk Forest Gate, der im Osten der Hauptstadt liegt und vorwiegend von Einwanderern aus Westindien bewohnt wird, wurden im Verlauf der Auseinandersetzungen Autos umgestürzt und Schaufensterscheiben eingeworfen.

Diese Vorgänge zeigen in aller Deutlichkeit, daß es sich bei den schweren Straßenschlachten im Londoner Stadtteil Brixton nicht um einen isolierten Einzelfall gehandelt hat. Am Wochenende vor Ostern hatten sich in Brixton sechs Stunden lang andauernde Kämpfe zwischen etwa 800 schwarzen Jugendlichen und über 1 000 Polizisten entwickelt. Dabei waren 244 Personen verletzt worden; 30 Gebäude und 40 Autos brannten aus.

Die Ereignisse von Brixton wirkten wie ein Schock. Straßenschlachten von diesem Ausmaß kannte man bislang nur aus dem besetzten Nordirland. Dennoch ließen die britische Regierung und die Verantwortlichen für den Polizeiapparat nicht die geringste Bereitschaft erkennen, den Ursachen für die Kämpfe in Brixton nachzugehen. Der Polizeioffizier Wilford Gibson erklärte schon einen Tag nach den Straßenschlachten gegenüber der Presse, Drahtzieher von außen hätten die militanten Auseinandersetzungen in Brixton geschürt. „Das waren eine ganze Menge Leute, die die Sache organisierten." Die reaktionären britischen Medien übernahmen diese Darstellung ohne Einschränkungen und verbreiteten wüste Geschichten über Verschwörungen von „politischen Extremisten", die die Jugendlichen aus Brixton für ihre dunklen Ziele mißbraucht hätten.

Tatsächlich aber liegen die wirklichen Ursachen für die Rebellion dieser schwarzen Jugendlichen auf der Hand. Brixton ist zu 30 Prozent von Schwarzen bewohnt, die aus den früheren britischen Kolonien zugewandert sind, wobei die Jugendlichen zum überwiegenden Teil schon in Britannien aufgewachsen sind. Ein Fünftel der Einwanderer ist erwerbslos; von den Jungen und Mädchen sind sogar über die Hälfte ohne Arbeit. Allein hier in Brixton leben fast tausend Jugendliche, die nach Beendigung der Schule noch nie eine Arbeitsstelle gehabt haben. Und „leben" ist im Grunde schon eine Übertreibung. Denn Brixton gleicht mit seinen elenden Wohnbedingungen den schlimmsten Slums in den amerikanischen Schwarzen-Ghettos.


Brennender Polizeiwagen in Brixton

Margret Thatcher hat zudem seit ihrer Regierungsübernahme durch die brutale Streichung von Sozialprogrammen ihr Teil dazu beigetragen, um diese Verhältnisse noch weiter zu verschlimmern. So wurde zum Beispiel der schon begonnene Bau eines Freizeitheims für die Jugend wieder eingestellt. So bleibt den Jugendlichen, die sich aufgrund der beengten Wohnverhältnisse nicht zuhause aufhalten können, im Sommer wie im Winter als Aufenthaltsort nur die Straße. Hier aber sind sie Objekte von schier unglaublichen Schikanen der Polizei, vor allem der berüchtigten Special Patrol Group (SPG), eines mobilen Einsatzkommandos, das sich selbst nach Aussagen des zuständigen Stadtrats wie eine „Besatzungsarmee" aufführt.

Wie die zu Landstreichern gewordenen landlosen Bauern im Mittelalter, so können auch im heutigen London auf der Straße „herumlungernde" Jugendliche willkürlich der „Absicht zur Begehung einer Straftat" beschuldigt und festgenommen werden. Die SPG macht von dieser reaktionären Bestimmung reichlichen Gebrauch. In der Woche vor den Straßenschlachten etwa wurden in Brixton 1 000 (!) Passanten willkürlich auf der Straße angehalten und durchsucht. Jeder zehnte von ihnen wurde in die bereitstehenden Gefangenentransporter der SPG geschleppt und mitgenommen.

Daß sich dieses Einsatzkommando tatsächlich so aufführt wie die britischen Besatzertruppen in Nordirland, wurde dann auch während der Kämpfe in Brixton offensichtlich. Bei der Familie Swaby in the Ratray Road zum Beispiel brachen SPG-Leute in zwei aufeinanderfolgenden Nächten in das Haus ein. Sie zerschlugen dabei die Türen und schlugen den herzkranken Familienvater und seine drei Söhne brutal zusammen.

Alle diese Umstände zeigen, wie berechtigt und wie notwendig der Widerstand der Menschen von Brixton ist. Eine ihrer wesentlichsten Forderungen ist dabei der Abzug der SPG-Terroristen aus ihrem Stadtviertel. Innenminister Whitelaw jedoch hat gerade die Erfüllung dieser Forderung kategorisch abgelehnt. Er lobte die Terror-Kommandos sogar provokativ für „ihren großen Mut". Auch Premierminister Thatcher hetzte gegen die Bewohner von Brixton. Deren Kampfaktionen wären „durch nichts zu rechtfertigen". Auch die Arbeitslosigkeit — so erklärte Thatcher zynisch — sei „keine Entschuldigung für die Unruhen".

Diese Haltung gegenüber den berechtigten Forderungen der Schwarzen hat den faschistischen Kräften in Britannien Auftrieb gegeben. Schon in der Vergangenheit haben diese Kräfte wiederholt Terroraktionen gegen farbige Einwanderer organisiert. Jetzt kündigt die faschistische Bande „British Movement" für den 4. Mai „Protestmärsche" durch Brixton an. Diese Provokation wird aber auch die demokratischen Kräfte in Britannien mobilisieren. Sie haben schon am 5. April mit einer Massendemonstration eindrucksvoll klargemacht, daß die farbigen Einwanderer im Kampf um ihre Rechte nicht allein stehen. 25 000 Menschen protestierten am 5. April in London gegen die Verabschiedung eines rassistischen „Nationalitäten-Gesetzes".

Vor dem zweiten Wahlgang in Frankreich

Giscard und die „großen Familien"

PARIS. — Vor dem Hintergrund einer großen organisierten Kampagne der Reaktion finden in Frankreich die Präsidentschaftswahlen, die vierten unter der geltenden Verfassung, statt. Zum ersten Mal seit der 1958 durch einen Militärputsch geschaffenen Fünften Republik bewirbt sich dabei ein amtierender Präsident um die Wiederwahl. Für weitere sieben Jahre möchte Valerie Giscard d'Estaing die Politik des französischen Imperialismus leiten.

Und er tut dies mit der Unterstützung einer beispiellosen Kampagne der Großbourgeoisie. Die „Großen Familien" unternehmen alles, um die Wiederwahl Giscards zu garantieren.

Im französischen Rundfunk und Fernsehen hat man sich an die nahezu allabendlichen Auftritte Giscards bereits gewöhnt — die Verantwortlichen dieser staatlichen Institutionen sind durchweg Mitglieder jenes Beraterstabes, der Giscard vor sieben Jahren bei seiner ersten Wahl diente. Weit mehr als je zuvor ist aber auch die französische Presse gleichgeschaltet. Zum einen ein Ergebnis der wirtschaftlichen Bemühungen der Hintermänner Giscards: Der Aufkauf des großen Hachette-Verlags durch den Matra-Konzern, einen der vier Großen der französischen Rüstungsindustrie, der zur besonders reaktionären Floirot-Gruppe gehört, machte erst jüngst Schlagzeilen. Weniger bekannt wurden allerdings die im letzten halben Jahr erlassenen einzelnen Zensurbestimmungen, die sich allesamt gegen Anti-Giscard-Berichte wandten.

Verboten und verfolgt wurden nicht nur Artikel über die bekannte Diamantenaffäre Giscards mit seinem Menschenfresserfreund Bokassa, sondern auch die Berichterstattung, die nachwies, daß zwischen den faschistischen Mordbanden, der Pariser Polizei und Giscards Wahlverein UDF enge Beziehungen bestehen. Jene wenigen Zeitungen, die sich nicht beugten, werden mit Prozessen überzogen.


Atombomber Mirage IV: Auch die revisionistische KPF setzt sich für die aggressive Atomstreitmacht ein.

Dafür erhielt die Polizei neue Sonderrechte, die sie vor allem gegen linke Studenten, AKW-Gegner und Ausländer anzuwenden hat.

Warum gibt es eine so eindeutige Unterstützung der großen Monopole für Giscard? Sicher nicht aus Angst vor den Gegenkandidaten. Die „großen Vier", wie man sie offiziell nennt, sind lange bekannte Figuren, von denen zumindest drei seit langem im Dienste des Französischen Imperialismus stehen: Giscard selbst, Jacques Chirac, sein Gegenkandidat von der gaullistischen RPR und der Führer der Sozialistischen Partei, Francois Mitterand.

Chirac, altes Mitglied des Gaullistischen Establishments, war der erste Ministerpräsident Giscards von 1974 bis 1976. Danach wurde er Bürgermeister von Paris, im zentralistischen Frankreich ein sehr wichtiger Posten. Die nationalistische Partei De Gaulles, 1958 als Retter in der Not an die Macht gekommen, hatte mit dem Tod ihres zweiten Präsidenten. des früheren Rothschild-Generaldirektors Pompidou, politisch so weit abgewirtschaftet, daß neue Konservative den reformistischen Ansturm der sogenannten Linksunion bremsen mußten.

Giscard drängte nach seiner Wahl zum Präsidenten die Gaullisten immer mehr aus den Machtpositionen, er ersetzte sämtlich Präfekten der französischen Departements durch eigene Leute, die er aus der Kaderschmiede der nationalen Verwaltungshochschule (ENA) rekrutierte. So stehen aber die **Gaullisten in der schwierigen Lage, ohne ein wesentlich** anderes politisches Programm als Giscard zu haben, gegen diesen kandidieren zu müssen.

Mitterand, der schon in der vierten Republik verschiedene Ministerämter innehatte (so war er als Innenminister verantwortlich für die Ermordung von 61 algerischen politischen Gefangenen durch französische Folterknechte; er war auch der für die Kolonien zuständige Minister), versucht durch ein demagogisches Reformprogramm seine letzte Chance auf die Präsidentschaft zu bewahren. Mit der Vertiefung der wirtschaftlichen Krise, die auch Frankreich erfaßt hat (rund 1,7 Millionen Arbeitslose, fast 15 Prozent Inflation) wachsen seine Wahlchancen, da er auch für das Großkapital leichter annehmbar ist als der vierte Mann.

Obwohl dieser vierte Mann, der Chef der sogenannten Kommunistischen Partei Frankreichs, der Eurorevisionist Marchais, wahrhaft alles tut, um sich hoffähig zu machen.

So beteiligt er sich aktiv an der von faschistischen Mördern und ihren Vordenkern, der „Neuen Rechten" sowie den alten intellektuellen Nazi-Kollaborateuren gesteuerten chauvinistischen Kampagne gegen Ausländer, insbesondere Afrikaner. So verlangt er nachdrücklich die weitere Festigung der aggressiven französischen Atomstreitmacht und betätigt sich als aktiver Fürsprecher des AKW-Programms der französischen Kapitalisten, des zweitgrößten der Welt nach den USA.


Kandidat Giscard und der Exdiktator Bokassa. Die Aufklärung der Diamanten-Affäre wurde von Giscard unterdrückt.

Aber so sehr er sich auch bemühen mag: Der Mitgliedschaft seiner Partei traut man nicht, die „stalinistische" Basis der KPF wird immer wieder beschworen. Damit sind nicht jene gemeint, die Marchais' unterstützung für sowjetische Aggressionen gutheißen, sondern jene, die für die wirtschaftlichen und politischen Rechte der Werktätigen kämpfen, ohne auf Marchais Erlaubnis zu warten.

Die Unterstützung des Großkapitals für Giscard hat denn auch ihren Grund in den bisherigen „Leistungen", die er für die „großen Familien" erbracht hat.

So ist es kein Zufall, daß Frankreich das größte AKW-Programm nach den USA durchführt: Der absolute Monopolist im Reaktorbau, die Framatome, die 100 Prozent aller Aufträge abwickelt, ist ein Unternehmen der Schneidergruppe, das vom Schwiegervater des Präsidenten geleitet wird. Die Rüstungsindustrie, unter Giscards Präsidentschaft zum drittgrößten Waffenhändler der Welt avanciert, wird von den Schneiders, Dassaults und Floirots beherrscht, allesamt versippt und verschwägert und mit ihren Fachleuten überall vertreten und gestützt von den Rothschildbanken. Waffen verkauft man dabei vor allem nach Saudi-Arabien, dem Irak, nach Lybien, Chile und Argentinien sowie an die westafrikanischen Ex-Kolonien. Dort haben in den sieben Jahren Giscards die militärische Präsenz und die aggressiven Aktionen Frankreichs entscheidend zugenommen, wobei man sich vor allem des Uranreichtums Gabuns und Nigers versichern will.

Insgesamt ist die französische kapitalistische Wirtschaft in der Regierungszeit Giscards diejenige des westlichen Kapitalismus gewesen, die hinter Japan aber vor der Bundesrepublik die zweitgrößten Produktionssteigerungen erzielt hat. Bezahlt hat diese Profitrechnung, wie stets im Kapitalismus, die Arbeiterklasse, deren wachsende Arbeitslosigkeit (seit Jahren über eine Million Arbeitslose) nicht zuletzt ein Ergebnis der staatlich geförderten und finanzierten Konzentrationsprozesse ist (Stahl- und Chemieindustrie vor allem, aber auch Automobilbau und Textilbranche).

Schließlich hat Giscard Frankreich faktisch wieder voll in das amerikanische Bündnis zurückgeführt, vor allem aufgrund der wachsenden Zusammenarbeit mit den USA in Arabien und Westafrika sowie auf dem AKW-Sektor und nach dem faktischen Verlust der Sonderbeziehungen zur UdSSR aufgrund deren Deutschlandpolitik in den siebziger Jahren.

Diese Ergebnisse sind es insgesamt, die das Großkapital so energisch dabei antreiben, für eine Fortsetzung genau dieses Kurses zu kämpfen, der für sie, vor allem auf Kosten der eigenen Werktätigen und Westafrikas so erfolgreich war.

Zwei Jugendliche von den Besatzern ermordet

Massenkämpfe in Nordirland

„Bobby Sands darf nicht sterben!"

BELFAST. — Seit Wochen schon erlebt Nordirland eine ununterbrochene Kette von Massenaktionen gegen die britischen Besatzer. Ein Höhepunkt dabei waren die traditionellen Osterdemonstrationen, an denen sich in den nordirischen Städten jeweils mehrere tausend Menschen beteiligten — weitaus mehr als in den vergangenen Jahren.

In Derry kam es dabei zu einem brutalen und kaltblütigen Mord an zwei Jugendlichen. Mit hoher Geschwindigkeit fuhr ein Landrover der britischen Besatzer von einem Hügel aus direkt in die Demonstration hinein. Zwei 18jährige Demonstranten wurden dabei getötet, sieben weitere verletzt. Nach diesem feigen Terrorakt entwickelten sich die ganze Nacht über militante Kämpfe der Bevölkerung gegen die Besatzer, in deren Verlauf Barrikaden gebaut, Polizeifahrzeuge in Brand gesteckt und ein Polizeirevier mit Steinen und Molotow-Cocktails angegriffen wurde.

Die alljährlichen Demonstrationen in der britisch besetzten Provinz gelten der Erinnerung an den Osteraufstand von 1916, der die Unabhängigkeit der irischen Republik vom britischen Kolonialregime einleitete. Zum ersten Mal seit längerer


Bobby Sands

Zeit nahmen an den Demonstrationen in diesem Jahr auch wieder bewaffnete Patrioten teil. Auf dem Friedhof Milltown in der nordirischen Hauptstadt Belfast ehrten etwa 5000 Menschen die im Kampf gegen die Besatzer gefallenen Kämpfer der Irisch Republikanischen Armee (IRA). Dabei wurden über den Gräbern der Gefallenen auch Salutschüsse abgegeben. Der Sprecher der Kundgebung betonte, daß der bewaffnete Kampf zur Beseitigung der britischen Kolonialherrschaft notwendig sei.

Auch in der vergangenen Woche hielten die Demonstrationen und Straßenschlachten in Nordirland an. Am Donnerstag gingen die Besatzer mit Plastikgeschossen gegen Demonstranten in Derry und Belfast vor, die sich mit Brand- und Säureflaschen wehrten. Das Ausmaß der militanten Aktionen in diesem Jahr hat seine Ursachen nicht nur in der verzweifelten wirtschaftlichen Lage der nordirischen Werktätigen, die besonders stark unter der Sparpolitik der Thatcher-Regierung zu leiden haben (im Belfaster Bezirk Ballymurphie zum Beispiel hat die Arbeitslosenrate mittlerweile 48 [!] Prozent erreicht). Ein anderer wesentlicher Anstoß war auch der Kampf der etwa 3000 politischen Gefangenen Nordirlands für die Anerkennung ihres politischen Status, der ihnen schon 1972 zuerkannt worden war, vier Jahre später jedoch widerrufen wurde.

Hier ist Bobby Sands zu einer Symbolfigur geworden. Seine Mutter sagt über sein Schicksal: „Bobby ist jetzt 27 und seit seinem 18. Lebensjahr in Long Kesh (Gefangenenlager — RM). Er wurde mit drei Freunden in einem Auto verhaftet, in dem ein Gewehr lag. Jeder der vier wurde zu 14 Jahren Gefängnis verurteilt — für ein einziges Gewehr." Zum Vergleich: Vor wenigen Wochen wurde Kenneth Shields, Mitglied der probritischen Terrorbande UDA ebenfalls wegen illegalen Waffenbesitzes verurteilt. Man hatte drei Revolver und 384 Schuß Munition bei ihm gefunden. Shields aber kam mit zwei Jahren auf Bewährung davon (der Richter bescheinigte ihm „Charakter und Verantwortungsbewußtsein"), während der Patriot und IRA-Mann Bobby Sands nach dem Willen der Besatzer für anderthalb Jahrzehnte hinter den Mauern und Stacheldrahtverhauen von Long Kesh verschwinden soll.

Am 1. März begann Bobby Sands einen Hungerstreik für die Anerkennung der inhaftierten nordirischen Patrioten als politische Gefangene. Wie groß die Unterstützung der werktätigen Bevölkerung für seinen Kampf ist, zeigte sich vor einigen Wocehn bei einer Nachwahl im nordirischen Wahlkreis Fermanagh/South Tyrone zum britischen Unterhaus. Nahezu der gesamte katholische Bevölkerungsteil stimmte geschlossen für Bobby Sands, der ja nicht einmal am Wahlkampf teilnehmen konnte, und wählte ihn ins Londoner Parlament. In britischen Regierungskreisen wurde dieses Ergebnis als „politisches Desaster erster Ordnung" gewertet; vor allem deshalb, weil es die oft verbreitete Lüge widerlegte, die militanten Patrioten wären innerhalb der Bevölkerung isoliert.



Demonstration in Derry zur Unterstützung des Hungerstreiks

Aber trotz dieses eindrucksvollen Votums der Wähler, trotz der Tatsache, daß Bobby Sands' Zustand nach fast zweimonatigem Hungerstriek äußerst kritisch ist, zeigt die Thatcher-Regierung bislang keine Bereitschaft, auf die berechtigten Forderungen der gefangenen nordirischen Patrioten einzugehen. Für die Werktätigen in der besetzten Provinz ist das ein Anlaß, ihre Aktionen noch weiter zu verstärken, wobei die Losung „Bobby Sands darf nicht sterben!" jetzt zur zentralen Forderung geworden ist.

Nach Polizeiüberfall auf antifaschistische Demonstration

18 Türken sollen ausgewiesen werden

Von deutscher Polizei mißhandelt, in der Türkei vom Tode bedroht

FRANKFURT. — Mit einem Polizeiüberfall, bei dem auch geschossen wurde, endete am 11.4. eine Demonstration von Antifaschisten aus der Türkei gegen die „Grauen Wölfe" vor dem Gebäude des „Türkischen Kulturvereins" und der „Türk-Föderation", beides Tarnorganisationen der Faschisten. 18 verhaftete Demonstranten sind jetzt von der Auslieferung an die faschistische Junta in Ankara bedroht.

Frankfurts Oberbürgermeister Wallmann wies von seinem Uralubsort aus die Frankfurter Behörden an, gegen zwei der Festgenommenen, die ihren Wohnsitz in der hessischen Metropole haben, ein Ausweisungsverfahren einzuleiten. Ebenso wurde er bei den Behörden der anderen Städte vorstellig, aus denen die Demonstranten kamen — Stuttgart, Mannheim, Wiesbaden, Darmstadt, Aschaffenburg und Heusenstamm — um sie zu den gleichen Maßnahmen zu bewegen. Verbunden wird diese Verfolgung mit einer üblen Hetze gegen die ausländischen Kollegen.

Auf einer Pressekonferenz, die von einer Initiativgruppe zum Kampf gegen die Ausweisung einberufen wurde, kamen am 16.4. die wahren Hintergründe der Demonstration und die Wahrheit über den Polizeieinsatz ans Licht. Ein Deutscher, der am Samstag zusammen mit den Kollegen aus der Türkei festgenommen wurde, berichtete. Zu seiner Festnahme kam es, als er bei einem Polizisten protestierte, weil dieser sechsjährige türkische



Demonstration gegen Veranstaltung der Grauen Wölfe, bei der die Polizei Schußwaffen einsetzte

Kinder mit einem Knüppel bedrohte und verscheuchte, unter anderem mit den Worten: "Haut ab hier, ihr Kanakenbrut." Als er den Namen des Beamten erfahren wollte, wurde er festgenommen.

Zusammen mit zwei Türken wurde er in einem VW-Transporter auf die Wache gebracht. Während der Fahrt sagte ein Polizist zu einem der Türken: "Euer Glück, daß der dabei ist!" Denn die anderen Türken wurden schon in den Polizeiwagen mißhandelt!

Im 4. Polizeirevier, der „Bahnhofswache" — ohnehin wegen der Brutalität der dort diensttuenden Beamten berüchtigt — kam der Deutsche dann in eine Einzelzelle. Er konnte aus anderen Zellen Schmerzensschreie hören, offensichtlich schlug man die Türken. Auch bei ihm rissen zwei Polizisten die Tür auf; er hörte einen sagen: "Nein, den nicht" — und die Polizisten zogen weiter.

In dem Untersuchungsbericht eines Frankfurter Arztes über Dogan Ö. heißt es unter dem Stichwort „Nachweisbare Verletzungen": „Ein riesiger Bluterguß an der linken Hüfte. Multiple Prellungen und Schürf- bzw. Platzwunden am ganzen Körper und Kopfbereich."

Dogan Ö. berichtete: „Drei Beamte fielen über mich her, traten mich mit Füßen und schlugen mich mit Gummiknüppeln." Ein anderer Zeuge, Ildirim A.: „Polizeibeamte zogen mich an den Haaren und schlugen mich mit dem Kopf mehrmals an eine Wand. Danach wurde ich bewußtlos." Bei ihm wurden Schädel- und Thoraxprellungen sowie Quetschungen am Hals festgestellt.

Am 23.4. wurde das Komitee gegen die Ausweisung offiziell gegründet. Bei dem Kampf um das Hauptziel, die Ausweisung zu verhindern, beabsichtigen die Mitglieder, die Öffentlichkeit über die Hintergründe der Demonstration, die verbrecherischen Machenschaften der faschistischen „Grauen Wölfe" und der „Türk-Föderation" sowie über die Vorgänge auf dem 4. Polizeirevier aufzuklären. Dazu dienten unter anderem mehrere Informationsstände am 25. April. Die KPD in Frankfurt unterstützt dieses Bemühen nach Kräften, ebenso die VOLKSFRONT.

Freiheit für Yilmaz Güney!



Seit zehn Jahren ist der türkische Filmregisseur, Drehbuchautor, Schauspieler und Schriftsteller Yilmaz Güney fast ununterbrochen in Haft.

Schon 1961, nach Veröffentlichung seiner Erzählung „Ungleichung mit zwei Unbekannten", wurde er zum ersten Mal verurteilt: zu 18 Monaten Gefängnis und sechs Jahren Verbannung wegen Verstoßes gegen den § 142, der „kommunistische Propaganda" unter Strafe stellt. 1972 wurde er vom damaligen Militärregime eingekerkert, weil er von der Polizei gesuchte „anarchistische" Studenten beherberg hatte. Durch eine internationale Protestbewegung gelang es zwei Jahre später, Yilmaz Güney wieder freizukämpfen.

Aber noch im gleichen Jahr wurde er erneut verhaftet. Bei Besprechungen zu den Filmarbeiten an „Unruhe" in einem Lokal von Adana soll er während eines Schußwechsels einen Richter getötet haben. Der Prozeß war eine einzige Farce. Entlastungsbeweise wurden vom Gericht überhaupt nicht zur Kenntnis genommen, nicht einmal die Tatsache, daß sich der wirkliche Schütze mit der Tatwaffe stellte. Yilmaz Güney wurde zu 18 Jahren Gefängnis verurteilt, weil er als revolutionärer Künstler den Herrschenden im Weg war.

In der Bundesrepublik hat sich inzwischen ein Yilamz-Güney-Freundeskreis gebildet, der für seine Forderung nach Freilassung des Regisseurs unter anderem bei den jüngsten Filmfestspielen in Westberlin (wo auch eine Güney-Werkschau lief) viel Unterstützung bekam. Der Freundeskreis sammelt weiter Unterschriften für die Forderungen:

Entlassung Y. Güneys aus der Haft!

Aufhebung des Verbots des türkischen Schriftstellerverbandes und Karikaturistenverbandes sowie aller anderen kulturellen Institutionen!

Einstellung der Willkür und Folter in türkischen Gefängnissen!

Keine Militär- und Wirtschaftshilfe an die türkische Militärdiktatur durch die Bundesregierung!

Entsendung einer offiziellen Untersuchungskommission in die Türkei!

Der Yilmaz-Güney-Freundeskreis ist zu erreichen über buntbuchverlag, Lindenallee 4, 2000 Hamburg 19.

Im buntbuch-verlag ist auch das Drehbuch von Güney zu dem Film "Die Herde" erschienen. 128 Seiten mit 16 Farbfotos, 18,— DM.

Neuer albanischer Farbfilm

„Auge um Auge"

Abwehrschlacht gegen Sowjets auf dem U-Boot-Stützpunkt Vlora



Filmszene aus dem Film „Auge um Auge"

Erstmals ist es möglich, daß bei uns ein breiteres Publikum diesen neuen, spannenden albanischen Spielfilm in Farbe sehen kann. Eine Gelegenheit, die man sich möglichst nicht entgehen lassen sollte.

Dem Drehbuch des Films liegt ein Kapitel von Ismail Kadares Roman „Der große Winter" zugrunde, der den Kampf der Partei der Arbeit Albaniens gegen die Chruschtschowrevisionismus künstlerisch gestaltet. Der Film handelt von der Auseinandersetzung auf dem albanischen U-Boot-Stützpunkt Vlora zwischen Albanern und Sowjets im Jahre 1960.

Die Sowjets versuchen auf dem Stützpunkt Zwischenfälle zu provozieren, die Chruschtschow gegen die PAA in der großen ideologischen Auseinandersetzung auszuschlachten hofft. Die sowjetischen Militärs verweigern die überfällige Übergabe der U-Boote an Albanien und versuchen, selbst Albanien gehörende U-Boote aus dem Stützpunkt zu entführen. Beinahe kommt es sogar zur bewaffneten Auseinandersetzung.

Doch ebenso wie die sowjetischen Verräter im ideologischen Kampf eine Niederlage erleiden, scheitern sie auch hier schimpflich an der Entschlossenheit und Prinzipienfestigkeit der Albaner.

Der sehenswerte 35-mm-Film kann über das Sekretariat der Deutsch-Albanischen Freundschaftsgesellschaft ausgeliehen werden.

VHS Essen, Filmsaal, Hollestr. 75, Nähe Hbf. 9.5.81, 14.00 Uhr

An diesem Nachmittag in Essen ist ferner noch ein Farbfilm über das Folklore-Festival in Gjirokastra von 1978 zu sehen.

Tips

Montag, 4. Mai
20.15 Uhr ARD
Exil. Der dritte Teil von Egon Günthers Fernsehserie nach dem Roman von Lion Feuchtwanger.

•••

Montag, 4. Mai
23.00 Uhr ARD
Das fruchtbare Land. Nach dem ZDF bringt nun auch die ARD eine Folge von demokratischen Filmen aus der Türkei — allerdings zu nachtschlafener Zeit. Den Anfang macht dieser im letzten Jahr entstandene Film von Erden Kiral. Er schildert den Weg dreier Männer aus Anatolien, die auf der Suche nach Arbeit ihr Dorf verlassen haben und nun die brutale Ausbeutung auf den Baumwollfeldern und in den Fabriken erfahren.

•••

Dienstag, 5. Mai
22.05 Uhr ZDF
Hier hast du dein Leben. Vor wenigen Wochen zeigte das ZDF die „Auswanderer", das große Film-Epos des schwedischen Regisseurs Jan Troell. „Hier hast du dein Leben" ist Troells erster Film. Er schildert darin die Entwicklung eines jungen Arbeiters, der in der Zeit des ersten Weltkrieges den Weg zur organisierten Arbeiterbewegung findet.

•••

Mittwoch, 6. Mai
20.15 Uhr ARD
Kater Lampe. Komödie von Emil Rosenow. Der Autor war das stärkste dramatische Talent der deutschen sozialistischen Literatur um die Jahrhundertwende. In seinem — oft mit Hauptmanns „Biberpelz" verglichenen — „Kater Lampe" verspottet er den sächsischen Obrigkeitsstaat mit seinem lächerlich-dummen und gefährlichen Autoritätsstreben. Zugleich zeigt Rosenow auch die erbärmlichen Verhältnisse, in denen die Spielwarenschnitzer für die reichen Fabrikanten arbeiten mußten.

•••

Mittwoch, 6. Mai
22.20 Uhr WDR III
Der Tod eines Killers. Mit Ronals Reagan in einer maßgeschneiderten Rolle: als Boß eines brutalen Gangstersyndikats.

•••

Freitag, 8. Mai
20.15 Uhr ARD
Die Mörder sind unter uns. Ein Film, der zum heutigen Datum (dem Jahrestag der Befreiung vom Faschismus) paßt. Wolfgang Staudte hat ihn 1946 gedreht, bezeichnenderweise bei der Ostberliner DEFA, nachdem die westlichen Filmoffiziere eine Drehgenehmigung verweigert hatten. Es geht um einen aus der Kriegsgefangenschaft entlassenen Arzt, der seinen ehemaligen Kompaniechef — einen Geiselmörder — wiedertrifft. Der Offizier hat sich inzwischen zum erfolgreichen Unternehmer gemausert, der aus Stahlhelmen Kochtöpfe produzieren läßt. Staudtes Film ist ein Appell an das gerade vom Faschismus befreite deutsche Volk, mit den Mördern von gestern aufzuräumen, ein Appell, der ja bis heute seine Gültigkeit nicht verloren hat.

Mit „Die Mörder sind unter uns" beginnt die ARD eine Werkschau, in deren Rahmen insgesamt elf Staudte-Filme gezeigt werden.

Wahlrecht für alle ausländischen Mitbürger!

Unter diesem Namen und mit dieser Forderung trat in Westberlin ein Komitee an die Öffentlichkeit. Es verbreitet einen Aufruf mit folgendem Wortlaut:

Aufruf des Solidaritätskomitees

Ingeborg Drewitz (Schriftstellerin) • Prof. Dr. Ossip K. Flechtheim • Prof. Dr. Wolf Dieter Narr • Peter Schöndienst (Rechtsanwalt) • Ralf Posinski (cand. jur.) • Wolfgang G. Böhm (Rechtsanwalt) • Brigitte Kolb (Rechtsanwältin) • Thomas Schneider (Rechtsanwalt) • Birgit Metzler (Künstlerin) • Eva Schlichenmaria-Schenke (Lehrerin) • Elisabeth Rese (Rechtsanwältin) • Abbas Duran (Arbeiter)

Wir, die hier Unterzeichneten, unterstützen die Forderungen nach Wahlrecht für ausländische Mitbürger in Westberlin. Ein großer Teil der ausländischen Mitbürger ist seit vielen Jahren in Westberlin. Sie haben jahraus, jahrein ihren Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung Westberlins geleistet. Viele Wirtschaftszweige sind nicht mehr ohne Hilfe unserer ausländischen Kollegen aufrechtzuerhalten, desgleichen der jetzige Lebensstandard. Die ausländischen Werktätigen tragen somit zum Gemeinwohl der Westberliner Bevölkerung bei. Sie bezahlen Steuern, kaufen hier Waren, tragen somit zur wirtschaftlichen Entwicklung bei. Trotzdem gibt man ihnen nicht die gleichen Rechte wie uns Deutschen, dürfen sie nicht am ureigensten demokratischen Recht, dem Wahlrecht, teilnehmen. Dies ist eine Diskriminierung unserer ausländischen Mitbürger. Auch sie müssen die Möglichkeiten haben, auf die Politik, die in unserer Stadt gemacht wird, Einfluß auszuüben. Die Politik in unserer Stadt betrifft sie genauso wie uns.

- **Wahlrecht für alle ausländischen Mitbürger, zumindest auf Bezirksebene!**
- **Schluß mit der Diskriminierung der ausländischen Mitbürger!**

Hier die Organisationen und Personen, die es unterstützt haben:

GEW-Berlin, Internationale Liga für Menschenrechte Sektion Westberlin, SJD-Die Falken-Berlin, Volksfront, Türkischer Arbeiterbund e.V., Volks-Kultur-Zentrum Spandau, Volkshaus, Berliner Kultur- und Solidaritätsverein e.V., Kultur- und Sportzentrum der Patriotischen Jugend, Prof. Dr. H. Golwitzer, Prof. Dr. Gerhard Bauer, Prof. Dr. Carsten Colpe, Prof. Dr. Wolf Dieter Narr, Christopf Gahl (Schriftsteller), Peter Statmmer (Schriftsteller), Dr. Ulrich Thomas (Pfarrer), Winfried Maechler (Pastor), Hanno Kühn (Journalist), Barbara Frebel (Studienrätin), Reiner Fromman (Rechtsanwalt), Alexandra Goy (Rechtsanwältin), Helge Holdmann (Rechtsanwalt), Rene Kalisch (Arzt, Personalrat, N.-Kölln), Susanne Senger-Kühn (Betriebsrätin)

Name: .... Organisation: ....

Vorname: .... Anschrift: ....

Straße: ....

PLZ, Ort: ....

Beruf: .... Unterschrift: ....

☐ Ich unterstütze den Aufruf

☐ Ich bin mit der Veröffentlichung meines Namens einverstanden

☐ Senden Sie mir ..... weitere Exemplare des Aufrufs

☐ Eine Spende in Höhe von .... DM habe ich auf das Konto .... überwiesen

Komitee Wahlrecht für alle ausländischen Mitbürger
Kontakt-Adresse: A. Abbas Duran, Alt Moabit 56 a, 1000 Berlin 21
Telefon: 393 52 37, Spendenkonto: 371 109 000, Berliner Commerzbank, BLZ 100 400 00

Die Vereinigte Kammgarnspinnerei und ihr Ausländerghetto

Zustände wie im 19. Jahrhundert

Volkskorrespondenz aus Delmenhorst

In der Vereinigten Kammgarnspinnerei in Delmenhorst waren 1979 noch 1300 Arbeiter beschäftigt. Ende 1979 wurden dann wegen Schließung der Abteilung Wollkämmerei 350 Kollegen entlassen. Sie bekamen eine Abfindung von 350 Mark pro Jahr. 1980 wurden weitere Arbeiter wegen irgendwelcher Nichtigkeiten gekündigt, so daß die Zahl der beschäftigten Arbeiter insgesamt auf 835 reduziert wurde.

In der VKS wird in Schichten rund um die Uhr gearbeitet. Überstunden sind dabei an der Tagesordnung. Wie sehr die Arbeitshetze in den letzten Jahren gestiegen ist, veranschaulicht das folgende Beispiel: In der Abteilung Spinnerei mußte ein Arbeiter 1972 zwei Maschinen bedienen; im letzten Jahr waren es dann schon acht Maschinen.

Beim Auswechseln der Wollspulen muß man so mit den Maschinen regelrecht um die Wette laufen. Wenn man nicht schnell genug arbeitet oder wenn man schlechtes Material hat, wickelt sich die Wolle um die Maschine herum. Zu allem Überfluß gehen dann auch noch **die Meister herum und stellen** — wenn man gerade mal nicht hinsieht — die Maschinen einfach noch schneller. So bleibt dann nicht einmal die Zeit, außerhalb der Pausen (15 und 20 Minuten) auf die Toilette zu gehen.

Aber nicht nur die Arbeitshetze macht den Kollegen zu schaffen. Die meisten Maschinen sind in einem unglaublichen Zustand: Kugellager liegen frei, Walzen fliegen einem entgegen usw. Das Dach ist so verrottet, daß es durchregnet. Und die Frauen, die hier beschäftigt sind, müssen dann in ständig gebückter Haltung unter Plastikplanen arbeiten, die aufgespannt sind, damit die Maschinen nicht naß werden. Die Folge davon sind dann Krankheiten wie etwa Leistenbrüche.

Auch in der Färberei sind die Arbeitsbedingungen nicht viel anders. Hier arbeiten Männer in einer von Chemikalien verseuchten Luft für einen Durchschnittslohn von 1300 Mark.

70 Prozent der Betriebsangehörigen überhaupt sind Türken. Unter den deutschen Kollegen sind die meisten Angestellte oder Vorgesetzte in der Produktion. Die türkischen Arbeiter werden wegen ihrer Sprachschwierigkeiten sowieso schon ausgenutzt. Zudem sind viele von ihnen Asylanten, die es nicht wagen, sich gegen Ungerechtigkeiten zu wehren.

Am 1. April in diesem Jahr wurde dann die VKS endgültig dichtgemacht. 435 weitere Kollegen wurden auf die Straße gesetzt. Mit Zustimmung des Betriebsrates wurde ein Sozialplan ausgehandelt, der die Zahlung von 350 Mark pro Arbeitsjahr und von 30 Mark pro Lebensjahr vorsieht. Die Gesamtsumme der Abfindung wurde auf 4,2 Millionen Mark festgelegt.

400 Arbeiter (von ehemals 1300) können jetzt bei dem Kapitalisten Rehers weiterarbeiten, der die VKS übernommen hat. Sie müssen allerdings ihre Abfindung an ihn abtreten. Rehers will sie für zehn Jahre einbehalten und zwar ohne Verzinsung. Seine „Gegenleistung": Eine Garantie auf Arbeit für ganze drei Jahre.

All diese Dinge sind jedoch nicht ohne den Widerstand der Kollegen über die Bühne gegangen. Schon im vergangenen Jahr, als der Sozialplan ausgehandelt war, marschierten etwa 40 Kollegen ins Betriebsratsbüro und stellten den BR-Vorsitzenden zur Rede. „Warum wurde der Sozialplan ausgehandelt, ohne daß vorher die Kollegen gefragt worden sind? Wessen Interessen vertritt denn der Betriebsrat?"

Kollegen in Aktion

Die Antwort des BR-Vorsitzenden: **„Soll ich etwa eine Maschinenpistole nehmen oder was verlangt ihr von mir?"**

Später wurde dann im Betrieb eine Versammlung von etwa 90 Kollegen durchgeführt und wieder marschierten alle zum Betriebsratsbüro — diesmal mit konkreten Forderungen: Ablehnung des erstellten Sozialplans und Übernahme aller Kollegen durch den neuen Besitzer der VSK. Die Reaktion des Betriebsrats bestand darin, daß sämtliche Kollegen aus dem Zimmer geworfen wurden.

Daraufhin versammelten sich die Kollegen nach der Arbeitszeit vor dem Werk und demonstrierten zum DGB-Haus in Delmenhorst. Hier wurden dann die Forderungen noch einmal vorgetragen. Allerdings ohne Erfolg. Nicht nur, daß gesagt wurde: Der Sozialplan ist doch gut, was wollt ihr denn noch? Es gab auch Unverschämtheiten wie: Seid ihr Kommunisten? Oder: Wenn ihr hier nicht arbeiten wollt, dann geht doch zurück in die Türkei!

Die Verwaltungsstelle Bremen-Weser-Ems der Gewerkschaft Textil-Bekleidung wurde dann jedoch in anderer Weise aktiv. Sie ließ an die Kollegen der VKS ein Flugblatt verteilen, in dem die Demonstration **ebenso verurteilt wurde wie die** Streikdrohungen von Kollegen und auch die Forderung, die Abfindung wenigstens zu erhöhen, wenn es schon Entlassungen geben würde.

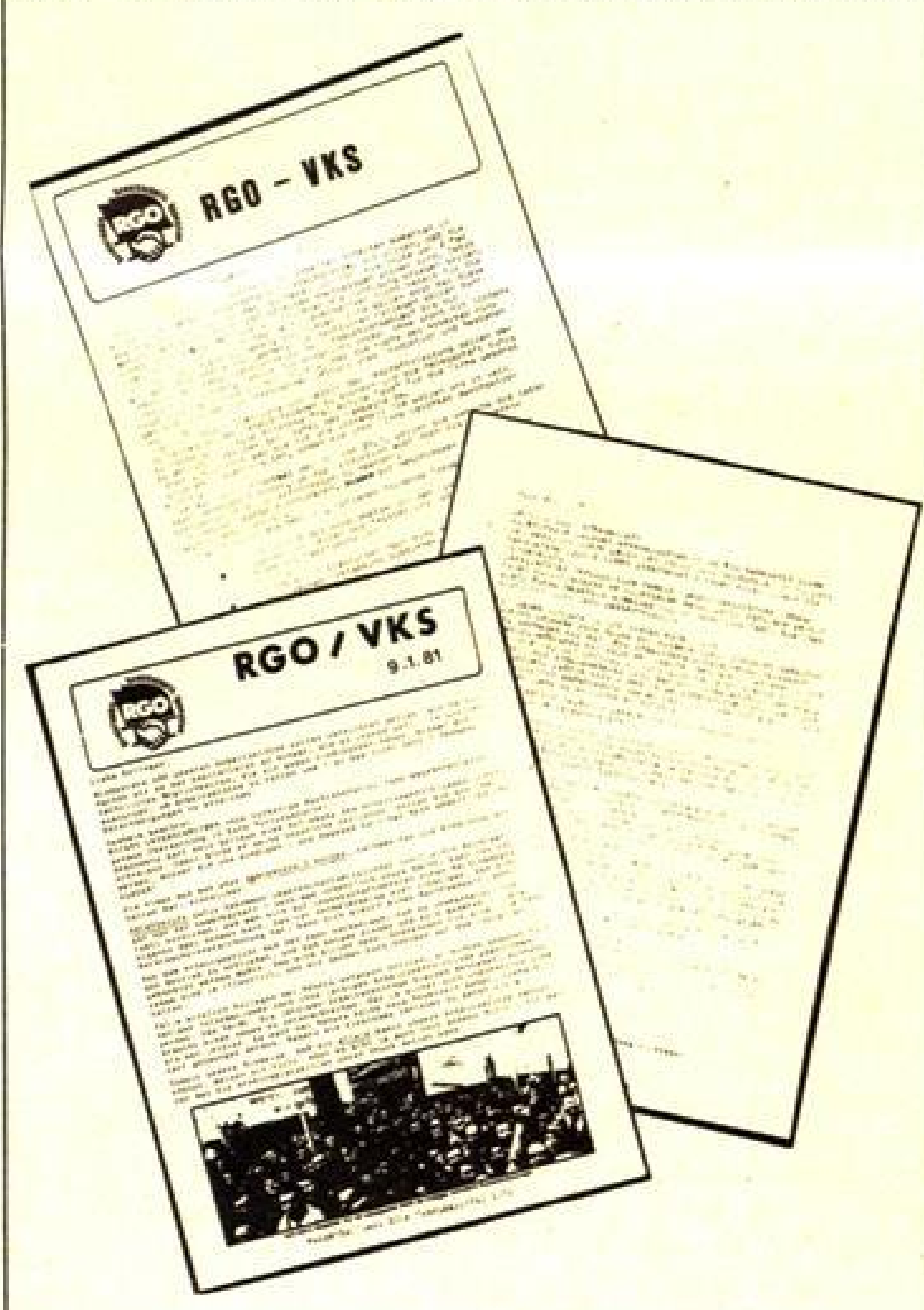
In dem Flugblatt hieß es unter anderem: „1. Es ist nicht machbar, die Sozialplansumme zu verändern. 2. Wer die Arbeit niederlegt, gefährdet nicht nur seinen eigenen Arbeitsplatz sondern auch die übrigen Arbeitsplätze. 3. Wenn die Produktion nicht aufrecht erhalten bleibt, kann es zum Konkurs kommen. Das heißt, es gibt keinen Pfennig aus dem Sozialplan, da die VKS kein Geld hat.

Die Gewerkschaft Textil-Bekleidung solidarisiert sich mit dieser Aktion nicht. **Die Gewerkschaft Textil-Bekleidung verurteilt dieses Handeln und fordert alle Arbeitnehmer auf, diesen Schritt ernsthaft zu überdenken."**

Soweit dieses Flugblatt. Die Geschäftsleitung reagierte auf die Demonstration und die zunehmende Unruhe unter den Kollegen so, daß sie den Sozialplan änderte. Jetzt sollten 527,66 Mark für jeden Kollegen pro Arbeitsjahr gezahlt werden. Dafür aber sollte dann die Bezahlung pro Lebensjahr ganz wegfallen. Rechnete man die Gesamtabfindung aus, so kam man wieder genau auf eine Summe von 4,2 Millionen Mark. Das ganze war also eine sehr zweifelhafte und durchsichtige Taktik.

Die Kollegen organisierten daraufhin eine Versammlung außerhalb des Betriebes, auf der auch ein Rechtsanwalt da war, der über die rechtliche Situation informierte. Es wurde dann beschlossen, einen Prozeß um die Arbeitsplätze zu führen. Kurz darauf wurden dann alle Kollegen der VKS zum 31.3. gekündigt. Und der neue Unternehmer, Rehers, machte — wie schon erwähnt — Arbeitsverträge mit etwa 400 Kollegen, die jetzt weiterbeschäftigt werden sollen.

Hinzuzufügen ist eigentlich nur noch, daß der Betrieb unter den oben beschriebenen Verhältnissen fast unverändert weiterläuft.


RGO - VKS

RGO / VKS
9.1.81

Die RGO beteiligte sich aktiv am Kampf der VKS-Kollegen

Die Wohnverhältnisse

Für die ausländischen Kollegen bedeutet die Kündigung nicht nur den Verlust des Arbeitsplatzes, sondern zugleich auch den Verlust der Wohnung. Sofern man bei diesen unwürdigen Behausungen überhaupt von Wohnung sprechen kann. Dem Betrieb ist ein Männerwohnheim angegliedert — für viele Türken zunächst die einzige Möglichkeit, eine Unterkunft zu finden. Jedes Zimmer hat zwei oder mehr Betten und für jedes Bett hat die VKS 110 Mark Miete kassiert. Seit dem 1. April ist diese Wuchermiete dann noch auf 180 mark aufgestockt worden.

Das Männerwohnheim ist mit einer hohen Mauer mit Stacheldraht umgeben. An der Eingangstür befindet sich ein Schild, das Außenstehenden den Zutritt untersagt. Warum dieses Schild dort hängt, erfährt man, wenn man das Haus betritt. Es ist absolut menschenunwürdig, wie die Bewohner hier zusammengepfercht leben müssen und das Ganze erinnert an die Arbeitslager vergangener Zeiten. Es ist nur zu verständlich, daß die Kapitalisten verhindern wollen, daß sich Außenstehende ein Bild von diesen Zuständen machen.

Neben dem Männerwohnheim gibt es dann noch einen **Komplex von vielen kleinen** Häusern, in denen türkische Kollegen mit ihren Familien leben. Diese Häuser befinden sich zum großen Teil in einem miserablen Zustand — die Wände sind feucht, viele Zimmer überhaupt nicht bewohnbar. Die Mieten aber sind in den letzten Monaten ständig erhöht worden. Die Gesamtmiete bei einem dieser Häuschen mit drei Zimmern beträgt zumeist über 600 Mark. Was für diese stolze Summe geboten wird, kann man auf den Fotos sehen. Als ich die Bilder machte, kamen einige Anwohner auf mich zu und sagten: „Kommen Sie nur herein. Zeigen Sie der Öffentlichkeit, wie wir hausen müssen."

Um die Häuser hier einigermaßen wohnbar zu machen, müßte man schon mit erheblichem Kostenaufwand Renovierungsarbeiten unternehmen. Das aus eigener Tasche zu bezahlen, daran haben die Menschen hier begreiflicherweise kein Interesse. Ein Bewohner sagte mir: „Ich bin Asylbewerber. Jeden Tag muß ich damit rechnen, wieder in die Türkei zurückgeschickt zu werden. Warum soll ich dann Tausende von Mark in dieses Haus hier hineinstecken?"

Die ganze Anlage hier ist ein richtiges Ghetto. Und nicht nur die Häuser selbst sind in einem miserablen Zustand. Es gibt auch keine befestigten Straßen, so daß dieses Ghetto im Winter eine einzige Schlammwüste und im Sommer völlig verstaubt ist. So müssen die Bewohner also ständig gegen den Schmutz ankämpfen, den vor allem die Kinder naturgemäß in die Häuser hineintragen.

Wenn man sich die Arbeits- und Wohnverhältnisse bei der VSK so ansieht, wenn man sieht, wie die Kollegen aus der Türkei doppelt ausgebeutet werden, als Arbeiter im Betrieb und als Mieter dieser Löcher (und dann nach Belieben von den Kapitalisten auf die Straße gesetzt werden können) — wenn man all das sieht, glaubt man, im 19. Jahrhundert zu sein.

Aber wir schreiben ja das Jahr 1981.


So sehen die Häuser im Türken-Ghetto der VKS von außen aus...


... und so von innen


In diesen muffigen Löchern mit verfaulten Wänden wachsen Kinder auf.


Auch die Toiletten sind in einem katastrophalen Zustand.



Ein Lichtblick in der Trostlosigkeit des Türken-Ghettos

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

ROTER MORGEN

Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı 18 1 Mayıs 1981 Yıl: 15 1 DM

Her hafta Cuma günü çıkar



KÖLN'DEN STRASSBURG'A TÜRKİYE'YE ÖZGÜRLÜK YÜRÜYÜŞÜ!

"Türkiye'ye Özgürlük" Komitesi'nin faşist cuntayı teşhir etmek amacıyla Köln'den Strassburg'a kadar düzenlediği protesto yürüyüşü devam etmektedir. 1000'e yakın kişinin katılımıyla Köln'de başlayan Türkiye'ye Özgürlük Yürüyüşü'nün ilk 34 km'lik etabı 600 kişiyle Bonn'da tamamlandı. Yürüyüşle ilgili olarak Komitenin haber bülteninin 3. sayısında şöyle yazılmaktadır: "Bu yürüyüşten kişisel çıkarımız yok. Türkiye'ye Özgürlük Yürüyüşü Türkiye'de işkence altında inleyen binlerce insanın, hapishanelerde insanlık dışı baskılar altında onurla yaşamını sürdürmeye çalışan binlerce emekçinin, anti-faşistin, baskı altındaki Kürt köylülerinin sendikası kapatılan yüzbinlerce işçinin nefes borusudur, özlemlerinin dile gelişidir."

Metal emekçileri greve hazır

Ücret mücadelesi giderek sertleşiyor

FRANKFURT. — Sermayenin gerçek ücretlerimiz ve maaşlarımız üzerine başlattığı azgın saldırılar geri püskürtülebilir ve püskürtülmelidirler. Sendikalar, bunu gerçekleştirebelecek güce sahiptirler. Bu güç, geçen hafta Çarşamba günü Federal Almanya çapında işi bırakma eylemlerine giden iki milyondan fazla metal emekçisi tarafından bir defa daha ispatlanmıştır. İki milyondan fazla işçinin greve gitmesi, kapitalistlerin, IG Metall'in Hessen'deki 8. görüşme turunda teslim olacağı hayellerini de boşa çıkardı.

Metal sanayiinde çalışan emekçilerin çok büyük eylemlere ve grevlere gitmesi, aktif sendikacılar arasında protesto seslerinin yükselmesi sonucu IG Merkez Yönetimi, görüşme komisyonunun Hessen toplu sözleşme bölgesi için benimsediği ücret zammını (13 ay süreyle—normal 12 ay yüzde 4,7 ücret zammı) reddetmek zorunda kaldı.

Bu uzlaşma, aslında bütün metal sanayii için örnek bir anlaşmanın faktörü olarak düşünülmüştü. Ama, Hessen Eyaletindeki IG Metall büyük toplu sözleşme komisyonu bunu çoğunluğun oylarıyla reddetmek (18'e karşın 43 oyla) reddetmek zorunda kaldı.

"Roter Morgen"ın bu sayısı için geçen hafta sonu yazı kurulumuz kapandığı sırada grev yönünde işaretler belirlenmişti. IG Merkez Yönetimi, dört toplu sözleşme bölgesi (Nordverbund, Niedersachsen, NRW ve Hessen) tarafından yapılan başvurulara uygun olarak, bu bölgeler için görüşmelerin durdurulmasını açıklamak zorunda kaldı.

Gerçi Kuzey Württemberg-Kuzey Baden bölgesi için yeni görüşme tarihleri bir daha tespit edilmiş durumda. Ama mevcut başvurulara karşın IGM yönetimi, grev genel oylamasını benimsemezse bu tabanın isteklerini bütünüyle hem de açıktan açığa hiçe saymaktır.

Bu arada, IG Bau (İnşaat İşçileri Sendikası) yönetimi, sendika tabanıyla alay edercesine yeni bir ihanete yöneldi. İşverenle uzlaşmaya varma doğrultusunda arabuluculuk yapılmasını benimseyen IG Bau yönetimi, sadece yüzde 4 ücret zammı öngörmekte ve yem olarak da, 13. ayın ücretlerinde bazı düzeltmeler istemektedir. Bu şekilde IG Bau sendika ağaları, bir defa daha IG Metall'i arkadan hançerlemiş oldular.

1981 yılı ücret turlarının şimdiye kadar ki gelişimi, sermaye ve onun örgütlerinin saldırılarına karşı mücadele veren işçilerin kısmi başarılarıyla noktalandı. Özellikle de metal işçilerinin örneği görülmemiş mücadelesi, sermayenin "ücret politikası dönüşünü" kısmen geriletmiştir. Kapitalistlerin bu çabaları bütünüyle egellenebilir! Ve gerçek ücretler güvenceye alınabilir! Ama, bunu gerçekleştirebilmenin şartı, IG Metall'in şimdi kararlı bir şekilde tüm metal emekçilerinin katılacağı geniş çaplı bir grevi yaygınlaştırmasıdır ve kapitalistlere çekicin nerede asılı olduğunu göstermesidir.

Gerçek ücretlerin düşürülmesinin her çeşidine hayır!

İşçilerin onayı olmaksızın hiç bir sözleşme imzalanmamalı!

(„Lohnrunde so hart wie nie zuvor" RM/18, S. 1)

Yüzkarası bir toplu sözleşme anlasmaşı

Sendika agaları taskömürü işçilerini sattılar

BOCHUM. — Hessen Eyaletindeki IG Metall toplu sözleşme komisyonunun Franfkurt'taki görüşmelerde benimsenen yüzde 4,7 ücret zammını reddetmesinden iki gün sonra, IG-Bergbau (Maden İşçileri Sendikası) sendika ağaları, taşkömürü işçileri için yüzde 4,6 ücret zammı ile yüzkarası bir anlaşma imzaladılar. Sendika ağaları, bir Cumartesi günü sendikal dayanışmayı büyük bir ihanet içinde sattılar.

Bu toplu sözleşme anlaşması, zor ve oldukça tehlikeli koşullar altında çalışan ve "siyah altını" gün yüzüne çıkaran maden işçileri için gerçek ücretlerin en azından yüzde üç düşürüldüğü anlamına gelir. Eğer, bu ihanet anlaşması olduğu gibi bırakılırsa, o zaman kapitalistlerin bu yılki toplu sözleşmelerde asıl hedef olarak gördükleri şey, maden işçileri için acı bir gerçek haline gelecek: "Ücret politikasında dönüşü" gerçekleştirerek, çalışan kitlelerin hayat standartını düşürmek.

Bu yüzkarası anlaşma, Federal Almanya tarihinde bugüne kadar meydana gelen en önemli ve en çetin ücret mücadelesinin giderek kızıştığı bir ortamda imzalandı.

IG-Bergbau sendika ağalarının tavrı, en temel sendikal ilkelerin dahi alaya alınmasıdır. Bu anlaşma, tüm işçi sınıfı adına eylemleriyle gerçek ücretleri güvenceye alma mücadelesini yüklenen metal işçilerine, her dürüst sendikacıya atılmış bir şamardır. Bu anlaşma, işçi sınıfına yapılmış alçak ve adinin de adisi bir ihanettir.

(„Dolchstoss in den Rücken der Metaller" RM/Nr. 18, S. 1)

IRA üyesi tutuklular açlık grevinde

Bobby Sands ölmek üzere

Kuzey Irlanda'da direniş şiddetleniyor

BELFAST. — 27 Nisan Pazartesi: Kısa bir zaman önce milletvekili seçilen IRA üyesi Bobby Sands, 58 günden beri açlık grevinde bulunmakta ve ölümle can çekişmekte. Bobby ile beraber açlık grevine giden diğer üç tutuklu, IRA üyesi tutuklulara yeniden politik tutuklu statüsünün tanınmasını talep etmektedirler. Ingiliz Hükümeti, grevcilerin taleplerini kabul etmemekte direniyor.

Açlık grevcilerinin taleplerini desteklemek için ve IRA'lı (Irlanda Cumhuriyet Ordusu) tutukluların kaldığı özel cezaevlerindeki "H-Bloklara" karşı son günlerde yapılan yürüyüşlere binlerce Kuzey İrlandalı katıldı. İngiltere'nin Kuzey Irlanda'daki işgal birlikleri, askeri rejimlerine karşı her direnmeyi vahşi bir şiddetle bastırdıkları halde, bunu yeterli bulmamaktadırlar. Bu terör, 26 Nisan günü bir kurban daha aldı: 15 Nisan günü polisin sıktığı lastik kurşunla gözünden ağır şekilde yaralanan 15 yaşındaki bir Irlandalı genç, bir Belfast hastanesinde öldü. Bugün çeşitli Batı Alman politikacıları da, bu gibi lastik kurşun atan silahlarla polisi donatmak istemektedirler.

İngiliz Hükümeti, bir "araştırma komisyonu" vasıtasıyla Bobby Sands ve arkadaşlarının açlık grevini kırmayı ve IRA'lı tutuklulara politik statü verilmesi talebini "araştırma" süresi içinde—ki, böyle bir araştırma sonucu ancak bir kaç yıl içinde alınabilmektedir—elaltı etmeyi ummuştu. Ama, grevciler İngiliz Hükümeti'nin bu oyununa gelmediler.

IRA'lı tutukluların talepleri kabul edilmelidir!

İngiliz birlikleri Kuzey İrlanda'dan çıkmalıdır!

(„Bobby Sands steht vor dem Tode" RM/Nr. 18, S. 1)

1. Mayıs'a doğru!

Herkese is, barış ve sosyalizm!

1 Mayıs-İşçi sınıfının mücadele günü! Ülkemiz emekçileri, örneği görülmemiş güçlü bir ücret mücadelesinin doğrudan etkisi altında kendi sınıfının temel taleplerini bu bir Mayıs'ta alanlarda toplanarak, dile getirecek olurlarsa; Batı Almanya'da işçi sınıfı ve emekçi halkın mücadelesine yeni bir hareketlilik ve canlılık kazandırmış olacaklar.

Kapitalistlerin 80'li yıllardaki hedefi; ücretlerin yağmalanması ve işyerlerinin tahrip edilmesidir. Bir milyonun üzerindeki işsizler ordusuna, milyonlar daha katılacaktır. Bu, kapitalistlerin işçi-sınıfına ve onun örgütlerine doğrudan meydan okumasından başka birşey değildir. Bu saldırıya karşı, işçi sınıfının sendikal mücadele gücünün harekete geçirilmesi kaçınılmazdır. Son haftalardaki grevlerde patronlar ve sendika ağaları, işçi sınıfının gücünü (bu güç sendika ağalarının çabasıyla şimdi belirli sınırlar içinde tutulsa bile) gördüler. Biz emekçiler, sadece, "sosyal ortaklığa" en doğru bir cevap olan tavizsiz mücadele ile ancak sermayenin planlarını yırtıp atabiliriz. Ve bu, 1 Mayıs'ta daha da belirginleşmelidir!

Onbinlerce emekçinin önemli adımlar attığı diğer mücadele cephelerinde de eylemler gerçekleşmelidir. Örneğin Neo-Nazilere karşı mücadele: Onbinlerce sendikacı faşist örgütlerin derhal yasaklanmasını talep ettiler ve bunun için imza kampanyaları açtılar.

Ve hergün daha da güncelleşen ve hayati bir önemi olan, barışın korunması mücadelesi. Onbinlerce emekçi, ABD atom roketlerinin ülkemize yerleştirilmesini protesto ettiler. Barış sorunu bu 1 Mayıs'ın temel konularından biri olmalıdır.

İşsizliğin, yokluğun, krizin ve savaşın kaynağı kapitalist sistemdir. Partimiz, bu 1 Mayıs'ta da krizden kurtulmanın biricik yolunun, işçi sınıfının iktidar ve sosyalizm olduğunu emekçi kitlelere kavratmaya çalışacaktır. "Herkese iş, barış ve sosyalizm!", KPD'nin 1 Mayıs şiarı budur. Bu 1 Mayıs'ın gelecek mücadelelere ışık tutması için bütün gücümüzü seferber edelim!

(„Heraus zum 1. Mai" RM/Nr. 18, S. 1)



1 Mayıs 1980 eylemlerinden biri

Devrimci bir kültür dergisi olan "Linkskurve", uydurma suçlamalarla yaklaş ık on yıldan beri cezaevinde tutulan Türkiyeli rejisör ve ünlü sinema oyuncusu Yılmaz Güney ile bir röportaj yapmayı başarabilmişti. "Linkskurve"den aldığımız müsadeyle, derginin 1/81 sayısında yayınlanan bu röportajdan aldığımız bölümlerden bir kısmını gazetemizin geçen sayısında yayınladık ve geri kalan kısmını da bu sayımızda yayınlıyoruz.

Yılmaz Güney'le röportaj

Linkskurve: 1972'den beri hapistesiniz ve Sürü, Düşman filimlerinin senaryolarını bu zaman içerisinde yazdınız. Gücünüzü nereden alıyor, hapishane dışındaki gerçeği bu kadar kesin bir biçimde nasıl bilebiliyorsunuz? Türk toplumundaki meydana gelen değişiklikleri nasıl algılıyorsunuz?

Güney: Yalnızca Türkiye'de değil, tüm dünyadaki değişiklikleri algılamaya çalışıyorum.



Tüm dünya, müthiş bir değişikliğin çalkantılarını yaşamaktadır. Ta, Asya'dan Afrika'ya, Latin Amerika'dan , Avustralya'ya. Son yıllarda ülkem, bu çalkantıların odak noktası haline geldi. İran'daki olaylar, İran'la Irak arasındaki savaş, Afganistan'ın işgali, Çin'deki restorasyon, Libya ile Çad arasındaki ilişkiler, Reagan'ın ABD başkanı olarak seçilmesi, emperyalist ülkeler arasındaki çelişkilerin gittikçe artması, vb. İşte bulundugumuz süreci doğru değerlendirebilmek için tüm bunları kavramak gerekir. Gericilk saldırmakta ve şimdilik başarılı olmaktadır. Bu durumda bir sanatcı yalnızca sanat sorunlarıyla uğraştığı, ya da eylemlerini, sanatsal çalışmalarla sınırlı kıldığı taktirde, bu sınırlı paratik onu boğup götürür. Örneğin, ülkemin içinde bulunduğu zor koşullar altında sanatçıların bir kısmını homoseksüellik tartışmalarıyla uğraşmaktadırlar. Görevlerinden kaçmanın bir çok yolu vardır. Tüm dünyadaki yandaşları gibi, bizim küçük burjuva sanatçılarda bunu çok iyi başarmaktadırlar.

Yaşamı anlayabilmek için, yaşamın, yaşamın gerçeklerinden yola çıkmak gerekir. Her sorun, çözümünü de beraberinde taşır. Kendi çözümünü içinde taşımayan hiç bir sorun yoktur. Gerçi hapisteyim ancak, dışardaki değişiklikleri, dışardaki bazı kimselerden daha iyi kavrayabiliyorum. Radyo gazeteler, televizyon, dergiler, konuşmalar, ekmeğin fiyatı, benzin fiyatlarının yükseltilmesi, Reagan'ın yaptığı bir konuşma, tutuklamalar, "yapacağız, başaracağız, onları yok edeceğiz" türünden açıklamalar vb. düşünen bir insan için, bir çok şeyi, en azından kaba hatlarıyla kavrayabilmek için yeterli verilerdir. Sorun, bir yöntem sorunudur. Eğer bir insan, doğru kavrama yöntemine ve doğru yönü gösteren kumpasa sahipse, doğru olanı da kolayca bulur. Bu ilkeye bağlı kalmaya çalışıyorum. Daha 1977 seçimlerinden önce, ülkemin bu hale geleceğini tespit etmiştim. bugün de, yarın nelerin geleceğini düşünebiliyorum.

Senaryolarımı nasıl yazdığım sorusuna gelince. Öncelikle şunu belirtmeliyim ki, benim için zor olan şey, senaryo yazmaz değil, bunun için gerekli zaman bulmaktır. Bir örnek vermek gerekirse: Sürü, İzmit hapishanesinde, 80 kişinin bulunduğu koğuşta yazılmıştır. Böylesi bir durumda, hiç kesintisiz düşünebilmenin ne kadar zor olduğunu tahmin etmek zor olmasa gerek. O senaryoyu yazarken üç saat kesintisiz düşünme fırsatını elde ettiğimi hatırlamıyorum. Her zaman mutlaka bir şey çıkar. Bu nedenle, olaylar arasındaki bağıntıları kurabilmek, ilişkileri derinleştirebilmek için kendimi kalın bir panzerle gürültülerden ve dış dünyanın etkilerinden korumak zorunda kalıyordum.

Senaryolarımı yazarken ilk planda dayandığım şeyler, kendi izlenimlerim ve bilgilerimdir. Yakından tanıdığım ve yaşadığım insanlar ve olaylardan hareket ederim. Bir senaryo, yazılmadan önce beş ila on yıl arasında oluşur. Örneğin Sürü'nün ilk embriyonları, çok öncelere dayanır. Senaryo hakkında ilk defa 1973'te Selimiye kışlasında yazmaya başladım ve 78'de İzmit hapishanesinde bitirdim. Sürü'deki insanlar, benim bizzat tanıdığım insanlardır.

Düşman'dakileri de tanıyorum. Buna karşın, dışardaki arkadaşlarımın yardımını rica ediyorum, onlar da, hikâyenin geçtiği ve filmin çevrildiği yere gidiyor ve oradan bana resim, dolu kaset, müzik ve döküman getiriyorlar.

Onlara yüzlerce soruluk listeler veriyorum. Soruların yanıtları toplanıp bana geliyor. Arkadaşlarımın verdiği bu verileri ben de, eskiden edindiğim deneylerimle karşılaştırıyorum. İşte bu karşılaştırmalar yoluyla, arada kalan zaman içinde meydana gelen değişiklikleri ve bu değişiklerin hızını kavramaya çalışıyorum. İnsanların duygularının ve aklının nasıl değiştiğini ekonomik ve sosyal durumu ve coğrafik durumu hatırlamaya çalışıyor, tüm bunları bugünkü verilerle karşılaştırarak kavramaya çalışıyorum. Çünkü insan içinde bulunduğu koşullardan kopuk olarak ele alınamaz. Bilincinin temeli, sosyal varlığıdır. Bu nedenle insanları, üretim temelinde kavramaya çalışıyorum.

Bireylerimi biçimlendirirken ve onları et ve kemikle doldurken—kadın olsun erkek olsun-oynadıkları rolü en ince detayına kadar oynuyor, onların duygularını yaşamaya çalışıyorum. Yazarken de, belli bir hedefe götüren belli bir plânda hareket etmiyor, tam tersi, kendimi onların yerine koyuyor ve hikâyenin gelişimini buna bağlı olarak yapıyorum. Yazdıklarımı, yaşıyor ve yazıyorum. Sonunda bir çok şey, ilk düşündüklerimden değişik oluyor. Plânlamış olduğum sonuçların bir çoğu, hikâyede geçen olaylar nedeniyle geçerliliğini yitiriyor, yeni sonuçlar öne çıkıyor. Daha önce plânlamadığım ve hatta hayalimden bile geçiremediğim bir çok şey, yazdığım sırada önem kazanıyor ve senaryoya giriyor. Bir yandan yazarken, öte yandan da hissediyor ve birlikte yaşıyorum. Önemli olan da zaten işin hissedilen ve birlikte yaşanan yanı. Senaryoyu yazmak ise, yalnızca teknik bir sorundur.



Melike Demirağ "Sürü" filminde

31. Uluslararası Berlin filim Festivalinde alınan kararlar:

Biz, bu bu belgeyi imzalayanlar olarak, Türkiye'de halen hüküm sürmekte olan durumdan kaygı duymaktayız. Türkiye'deki demokratik ve ilerici güçleri susturmak amacıyla üç ay içerisinde 100 000'den fazla kişi tutuklanmış, hapishanelerde sürekli işkence yapılmakta, adam öldürülmekte, örgütlenme ve toplantı özgürlüğü ortadan kaldırılmış ve demokratik haklar tamamen yok edilmiştir.

Bu nedenle: Yılmaz Güney'in serbest bırakılmasını, Türkiye yazarlar ve karikatürcüler Derneğinin ve diğer tüm kültürel örgütlerin yasaklılık haline son verilmesini, hapishanelerdeki işkence ve keyfi davranışlara son verilmesini, Federal Alman Hükümeti tarafından Türkiye'deki askeri cuntaya yapılan askeri ve ekonomik yardıma son verilmesini ve resmi bir araştırma komisyonunun Türkiye'ye yollanmasını talep ederiz.



3 000 anti-militarist Holzwickede'de atom roketlerine karşı yürümüştü

Ostern eylemleri:

BARIŞ İÇİN MÜCADELEDE YENİ BİR CANLANMA!

Bu yılki Ostern bayramında ve bayramdan önce yayılan savaşa karşı barış yürüyüşleri, ülkemizdeki barış mücadelesinin giderek yaygınlaşmasında önemli bir canlanma kaydettiler. Savaşa karşı olan insanlar, bir çok bölgede, bazı konularda farklı görüşlere sahip olmakla beraber, bu eylemlerin örgütlenmesinde ve Federal Almanya'nın giderek NATO'nun atom silahları deposu olarak genişletilmesine karşı verilen ve hayati önemi olan mücadelede büyük bir dayanışmaya gittiler.

Partimiz KPD ve onun gençlik örgütü "Rote Garde"den yoldaşlar, çoğu eylemlerin örgütlenmesinde güçleri oranında büyük bir katkıda bulundular. Ve bu eylemlerin hazırlık aşamasında gerek ortak ve güçlü yürüyüşlerin gerçekleştirilmesi için, gerekse de eylemlere katılan savaş aleyhtarı insanlarla savaşa karşı mücadele üzerine olumlu ve geniş kapsamlı bir tartışma getirmek için büyük bir çaba harcadılar. Burada, Partimizin Barış Planı büyük bir rol oynadı ve bu planı şimdiye kadar tanımayan anti-faşistler ve demokratlar, onu ilgiyle karşıladılar.

Ostern bayramından önce ve bayram esnasında Garlstedter Heid, Rendsburg, Dorsten, Frankfurt, Marburg, Idar-Oberstein ve diğer bir çok yerde 100'e yakın eylem gerçekleştirildi ve bu eylemler içinde sınıra yakın yerlerde yapılanlarda enternasyonal bir katılım oldu.

Rensburg şehrinde gerçekleştirilen Alman-Danimarka "Ostern Barış Eylemi"ne yaklaşık 1200 Alman ve Danimarkalı savaşa karşı insan katıldı.

Almanya-Fransa sınırına yakın bir yerde olan Idar-Oberstein şehrinde yapılan yürüyüşe 400 kişi katıldı. Türkiyeli işçilerin ve Almanların yanı sıra, yürüyüşe Fransız emekçileri ve politikacıları da katıldılar.

Ostern bayramında yapılan yürüyüşlerin en büyüğü 18 Nisan günü Dortmund yakınlarında gerçekleşti. Holzwickede'den harekete geçen yaklaşık 3 000 insan, atom silahları üssünün olduğu Opherdicke'ye doğru yürüdüler. Bu atom silahları üssüne uzun zamandan beri atom roketlerini ateşleyen ABD atom kodları da yerleştirilmiş bulunmaktadır. Ama, bölge halkı bunu ancak kısa bir süre önce öğrenebilmişti.

Dortmund'ta KPD ve Halk Cephesi'nin de katılımıyla bir barış komitesi oluşturuldu. Çok sayıda tanınmış demokrat, aktif sendikacı, işçi temsilcisi ve kamu işletmelerindeki personel temsilcileri Ostern eylemine yapılan bir çağrıyı imzalayıla destekledIler. Çağrıda diğer şeylerin yanısıra, şunlar belirtiliyordu: "Bizler, sonu olmayan bir silahlanmaya artık dur demeliyiz. Buna son verilmek zorundadır. Buna son vermek için herhangi bir yerde başlangıç yapılmak zorundadır. Gelecekteki bir atom savaşında, savaş alanına dönüştürülecek bir ülkenin emekçileri olarak bizler, atom silahlarına sahip güçlerin silahsızlanması üzerine beklememeliyiz ve bunun için yeterli bir gerekçeye sahibiz. Buna karşı mücadeleyi başlatma olanağımız vardır ve bu bizim görevimizdir."

Bremen halkının boş zamanlarında dinlenmeye gittiği Garlstedter Heide bölgesi Amerikan birlikleri tarafından kötüye kullanılmaktadır. Bu bölgeye yerleştirilen, 400 tank ve 4 000 askerden oluşan "Höller auf Rädern" adındaki savaş birliği, burada tatbikatlar yapmakta ve bölgeyi harap etmektedir. Ayrıca, buraya "Persing 2" atom roketlerinin yerleştirileceği de söylenmektedir.

Bu bölgede savaş birliğinin üslendiği kışla önünde yapılmak istenen bir mitinğ, Federal Savunma Bakanlığı tarafından yasaklandı. Buna rağmen kışlanın yakınındaki bir ormanda yapılan bir miting sessiz protestolarla sona ermedi: 1000'e yakın insan kışlanın önüne doğru yürüyüşe geçti ve burada bir miting yapıldı. Miting esnasında ABD savaş kışkırtıcılarının bayrağı yakıldı ve kışlaya açılan caddeye ve kışlanın girişine protesto niteliğinde sloganlar yazıldı.

Bu saydıklarımız Ostern bayramında gerçekleşen eylemlerden sadece bir kaçıydı. Bu eylemler, yeni bir emperyalist savaşa karşı mücadele ülkemiz anti-faşistleri ve demokratları için yeni bir canlanma idi.

(„Ansporn für den Friedenskampf" RM/Nr. 18, S. 6)

10 000 anti-faşist NPD Parti Kongresini protesto etti



NÜRTİNGEN. — NPD'nin Baden-Württemberg Eyaleti Parti Kongresine karşı Nürtingen'de yapılan protesto yürüyüşüne 10 000'den fazla anti-faşist katıldı. Yürüyüşe çağrı Esslingen DGB tarafından yapılmıştı. "Sendikacılar, sosyal demokratlar, komünistler — eylem birliği faşistleri yenilgiye uğratır!" Esslingen DGB gençliği, taşıdığı pankartlarla Batı Almanya'da Nazi faşistlerine ve sağ gelişmeye karşı verilen mücadelenin önemine değiniyordu. Faşistlerin toplantısının yapıldığı Stadthalle'den bir kaç metre uzaklıktaki Schillerplatz alanında güçlü bir miting yapıldı. Şehirde yükselen protestolara karşın Belediye Başkanı Bachofer, şehire ait olan bu salonu NPD faşistlerinin hizmetine vermekten çekinmedi. DGB'den Lothar Zimmermann, yaptığı konuşmada diğer şeylerin yanısıra şöyle diyordu: "Eski ve yeni sağcılardan oluşan bu parti ve bununla beraber diğen aşırı sağ örgütler yasaklanmalıdır."

Anti-faşist yürüyüşe polis baskınından sonra:

18 Türkiyeli sınırdışı edilmek isteniyor

Tutuklanan anti-faşistler polis karakolunda dövüldüler

FRANKFURT. — 11 Nisan günü Frankfurt'ta faşistlerin kümelendiği "Türk Kültür Derneği" ve "Türk Federasyon" önünde Türkiyeli anti-faşistler tarafından bir protesto gösterisi yapılmıştı. Yürüyüşçülerin üzerine saldıran polis, bir kaç el ateş etmiş ve 18 Türkiyeli anti-faşisti tutuklamıştı. Tutuklanan bu arkadaşlar şimdi Alman yöneticiler tarafından faşist cuntaya teslim edilmek istenmektedirler.

Frankfurt Belediye Başkanı Wallmann, tutuklanan Türkiyeli anti-faşistlerden Frankfurt şehrinde oturmakta olan ikisinin sınırdışı edilmesi için yetkili dairelere emir vermişti. Wallmann, tutuklanan diğer arkadaşların geldiği şehir yöneticilerine başvurarak, aynı bir kışmaya devam etti ve aynı önlemlerin alınmasını istedi. Şimdi, 18 Türkiyelinin sınırdışı edilme çabaları, yabancı emekçilere karşı sürdürülen adi bir kışkırtmayla birleştirilmiş bulunmaktadır. Faşist cuntanın yedeğinde olan Türkçe gazeteler de, bu kışkırtmaya vargücüyle katılmaktadırlar.

Türkiyeli arkadaşlarla beraber tutuklanan bir Alman, polisin altı yaşındaki bir Türkiyeli çocuğu tehdit edip, ona küfür etmesi üzerine, bunu protesto ettiğini ve polisin kimliğini sorduğu anda tutuklandığını söylüyordu. Alman arkadaş, iki Türkiyeli ile beraber polis arabasıha bindirilip, karakola götürüldüğü sırada bir polisin, Türkiyelilere "şansınız var o burada" şeklinde hitap ettiğini açıkladı. Tutuklanan diğer arkadaşlar polis arabasında hakarete uğramışlardı ve dövülmüşlerdi.

Bahnhof karakoluna götürüldükten sonra Alman arkadaş ayrı bir hücreye konuluyor ve polis Türkiyelileri dövmeye başlıyor. Ayrı hücreye konulduğu halde Alman arkadaş, dövülen Türkiyeli anti-faşistlerin acı bağırtılarını işittiğini açıklamıştı. Frankfurtlu bir doktorun Doğan Ö.'ye verdiği raporda şöyle yazılmaktadır: "İspat edilebilir yaralamalar; sol kalcada oldukça büyük bir morarma."

Doğan Ö. şöyle anlatıyordu: "Üç memur üzerime çullandı, beni tekmelediler ve copladılar." Bir diğer arkadaş, Yıldırım A. ise şöyle diyordu: "Polis memurları saçlarımdan çekerek, başımı bir kaç defa duvara vurdular. Bundan sonra baygın gitmişim." Yıldırım A.'nın başında ve boyunda şişkinlikler ve yaralamalar tespit edilmişti.

23 Nisan günü sınırdışı edilmelere karşı mücadele etmek için bir komite kuruldu. Bu asıl amaçlarının dışında komite üyeleri, faşistlerin kamuoyunda teşhir edilmesi için, 11 Nisan eyleminin asıl amacının ve polis karakolunda meydana gelen olayların halka açıklanması için mücadele edeceklerini açıkladılar. KPD ve Halk Cephesi, bu çalışmaları gücü oranında destekliyor.



Alman polisi, 11 Nisanda Frankfurt'ta anti-fasiştlere vahşice saldırmıştı

Grev hakkına yeni saldırılar

"Aslında bunu yapabilirler mi?

"Handelsblatt" gazetesi, "devlet kontrolu" çığlık atmakta

DÜSSELDORF. — Burjuva ekonomi gazetelerinden biri olan "Handelsblatt"ın şef redaktör yardımcısı Hans Mundorf, IG Metall sendikasının sürdürdüğü ücret mücadelesi ile ilgili olarak yazdığı bir makalede, toplu sözleşme otonomisinin (politikacıların ve devletin toplu sözleşmelere karışmasını) kısıtlanmasını ve toplu sözleşmelerde iki tarafın takındığı tavırların devlet tarafından "kontrol edilmesini" istemektedir. Yani, devletin kapitalistlerin yararına toplu sözleşme görüşmelerine karışmasını istemektedir.

Mundorf, 15 Nisan 1981'de metal sanayiindeki toplu sözleşmelerin gidişatı üzerine "Handelsblatt" gazetesinde yazdığı ve "hak keyfiyete dönüşüyor" başlığını taşıyan yorumunda diğer şeylerin yanısıra, şunları yazmaktadır:

Politika ve ekonomi için aynı derecede zararlı olan bu savaş, toplu sözleşme otonomisi adına yapılmaktadır. Toplu sözleşmelerdeki iki taraf da, anayasanın kendilerine kesin olarak tanıdığı hakka dayanmaktadırlar. Ama, bir temel hak, bir başka hakka zarar verdiği yerde kısıtlanır. Toplu sözleşme otonomisi hakkı da, mülkiyet hakkında olduğu gibi, o derece az mutlak ve kısıtlanamazdır. Toplu sözleşme otonomisine gelince, şimdi bu ciddi sorunun sorulacağı an gelmiştir: Aslında bunu yapabilirler mi?" (...)

Ama, toplu sözleşme otonomisi kötüye kullanılacak olursa, o zaman bu kötüye kullanma ya devlet kontrolu tarafından veya taraflar arasındaki anlaşmanın kurallarından yararlanarak engellenmek zorundadır."

Mundorf'un açıkça vurgulamak istediği, işçilerin ücretlerinin düşürülmesi çabalarına karşı greve gitmelerinin devlet tarafından engellenmesidir ve toplu sözleşme görüşmelerine devletin doğrudan karışmasıdır. O, ayrıca, Metal İşverenleri Birliği Gesamtmetall'den, IG Metall sendikası ile imzalanan ve geçen yılın başından beri geçerli olan yeni arabulucu anlaşmasını derhal feshetmesini talep etmektedir.

"Handelsblatt" gazetesi ve yazarı, ayrıca IG Metall'in sürdürdüğü uyarı grevlerinin yasadışı olduğu şeklindeki İşveren Birlikleri'nin prokavatif iddialarını da aktif bir biçimde desteklemektedir.

Metal İşverenleri Birliği genel sekreteri Dieter Kirchner bundan kısa bir süre önce yaptığı bir açıklamada, Gesamtmetall'in toplu sözleşme turlarının sona ermesinden sonra metal işçilerinin yaptığı uyarı grevlerinin yasal olup olmadığının "mahkeme tarafından incelenmesi" için girişimde bulunacagını söylemekteydi.

Bay Mundorf'un ileri sürdüğü bu gerekçeler, kapitalistlerin gerçek ücretlerini düşürmek için başlattıkları saldırılara karşı ciddi bir sendikal direnişle kendilerini koruyan işçilerin her türlü hakkını hedef almaktadırlar. Burada, "amme menfaatı" adına redikal bir biçimde grev hakkına saldırılmakta ve devlet tarafından sendikaların ücret mücadelesine karşı baskı önlemleri alınması talebi yükseltilmektedir.

Emekçiler, bu gibi çığlıkları dikkatle izlemeli ve IG Metall'in şimdiki mücadelesine karşı, eski benzeri provakasyonlarla beraber değerlendirilmelidirler. Örneğin, metal işçilerinden oluşan bir delegasyonun üzerine polisin Timmendorfer Strand'da gönderilmesi ve IG Metall sendikasının bir şubesinin iki sorumlusu hakkında dava açılması.

Grev hakkına yapılan bu saldırılar, gerçek ücretlerin düşürülmesini kabul etmek istemeyen ve buna karşı direnen metal işçilerine karşı sürdürülen kışkırtma kampanyasının bir parçasıdır ve bununla beraber ele alınmalıdır. Bu kışkırtma kampanyası Bonn Hükümet çevreleri ve Federal Başbakan Schmidt tarafından da teşvik edilmekte ve sendikalara düşman bir ortam yaratılmak istenmektedir.

Sendikalara düşman bir ortamın yaratılmasına örnek olarak, IG Metall'in Hamburg bölge yöneticisi Otto von Steeg'in kısa bir zaman önce telefonda öldürülmekle tehdit edilmesini ve Bade-Württemberg Eyaletindeki toplu sözleşme görüşmelerine kapitalistlerin temsilcisi olarak gelen, başkanlık eden kişinin silahla gelmesi gösterilebilir.

(„Dürfen die das eigentlich?" RM/Nr. 17, S. 4)

'81 işçi temsilciliği seçimleri

Daimler-Benz/ Bremen

Muhalefetten 4 arkadaş işçi temsilcilğine seçildi

BREMEN. — Muhalefetteki sendikacıların grubu "Kollegen von Daimler İnformieren" (Daimler işçilerini bilgilendirme), Bremen'deki Daimler-Benz araba firmasında yapılan işçi temsilcilği seçimlerinde dört işçi temsilcisi kazandı.

Muhaleftteki sendikacılar, sınıf mücadeleci bir program oluşturarak, fabrikada yapılan işçi temsilciliği seçimlerinde (kişilik seçimleri yapılmıştır) yedi adayla bir blok halinde katılmışlardı. Bu arkadaşlardan dördü seçildi. Dört adayın işçi temsilciliğine seçilmesi önemli bir başarıdır.

Büyük işletmelerde yapılan kişilik seçimlerinde, işçi temsilciliğine seçilmek için yeterli oy alabilmenin oldukça güç olduğu bilinen bir gerçektir. Eğer bir aday, kendi bölümünün dışında tanınmış değilse, bu durum daha da güçleşmektedir.

Muhalefet grubundan bu dört arkadaş, seçimlerde 1025 ile 1120 arasında oy aldılar ve bununla 29 kişiden oluşan işçi temsilciliğinde 21, 24, 26 ve 29. sıraları aldılar. Muhalefet adaylarının aldığı bu oylar, tutarlı ve sınıf mücadeleci bir işçi temsilciliği isteyen fabrika personelinin önemli bir bölümünün oylarıdır.

(„Vier Kollegen des oppositionellen Blockvorschlags gewählt" RM/Nr. 17, S. 5)

Daimler-Benz/ Stuttgart Untertürkheim

Muhalefet listesi oyların yüzde 30,9'nu aldı

STUTTGART. — "Plakat-Gruppe" adını taşıyan muhalefet grubu, Stuttgart şehrinin Untertürkheim semtindeki Daimler-Benz araba fabrikasında yapılan işçi temsilcilği seçimlerinde işçi kesiminde oyların yüzde 39,9'nu aldı. Muhalefet listesi, aldığı bu oylarla işçi temsilciliğinde dokuz sandalye almış oldu.

Bu muhalefet grubu, 1978 yılındaki işçi temsilciliği seçimlerinde kazandığı başarıya karşın, bu seçimlerde oyların yüzde 10'nu ve üç işçi temsilcisini kaybetmiş oldu. Ama, 1978 yılındaki seçimlerle bu seçimleri karşılaştırmak bir bakıma doğru değildir. Çünkü, o zaman "Plakat-Gruppe", IG Metall sendika ağalarının işçi temsilciliği seçimlerinde yaptığı büyük bir sahtekarlığı ortaya çıkarmıştı ve bunun sonucu seçim yenilenmek zorunda kalmıştı.

IG Metall listesi, 1978 yılındaki işçi temsilciliği seçimlerinde aldığı yüzde 52,4 oy oranına karşın, bu seçimlerde oyların yüzde 58,4'nü üldı. Sendika ağaları, seçimlerden önce büyük sözler ederek muhalefete büyük bir yenilgi yaşatacaklarını söylüyorlardı. Ama, böyle bir yenigi asla sözkonusu değildir. "Plakat-Gruppe", bundan önceki seçimlerde sendika ağalarının yaptığı sahtekârlığı ortaya çıkardığından ötürü çok sayıda protesto oyları (sendika ağalarını protesto eden işçilerin oylarını) almıştı. Şüphesiz, bu seçimlerde alınan sonuç da, IG Metall sendika ağaları için bir yenilgidir.

(„30,9 Prozent für ‚Plakat-Gruppe'" RM/Nr. 17, S. 5)

Daimler-Benz/ Hamburg

"Alternatif" listesi yüzde 28,2 oy aldı

HAMBURG. — "Alternatif" adını taşıyan muhalefet listesi, Hamburg'un Harburg semtindeki Daimler-Benz araba firmasında yapılan işçi temsilciliği seçimlerinde oyların yüzde 28,2'sini topladı.

Muhalefet listesi "Alternatif", aldığı bu oylarla işçi temsilciliğinde dört sandalye kazandı. Beşinci işçi temsilcisini kazanabilmek için sadece 10 oya ihtiyacı vardı.

Bundan üç yıl önce yapılan işçi temsilcilği seçimlerine de "Alternatif" listesi katılmıştı ve o zaman oyların yüzde 23,6'sını almıştı. Muhalefet listesi, bu seçimlerde yüzde 5 civarında fazla oy aldı. Bu fazla oyların çoğunluğu, geçen seçimlerde IG Metall listesine verilen oylardan gelmektedir. 1978 yılındaki işçi temsilciliği seçimlerinde IG Metall listesi, oyların yüzde 67,2'sini almıştı. Bu seçimlerde ise, aynı listenin oyları 3,2 eksilerek, yüzde 64'e düştü. Diğer pek çok işletmelerde olduğu gibi gibi, burada da muhalefetin güçlendiği ve IG Metall sendika ağalarının gerilediği gözönündeki bir gerçektir.

(„28,2 Prozent für Liste ‚Alternative'" RM/Nr. 17, S. 5)

Kalle-Werke/ Wiesbaden

Muhalefet sekiz işçi temsilcisi kazandı

WIESBADEN. — Frankfurt'taki Stammwerk der Hoechst AG fabrikasında olduğu gibi, Wiesbaden'deki Kalle-Werke işletmelerinde de muhalefet listesi, işçi temsilciliği seçimlerinde büyük bir başarı sağladı ve sekiz işçi temsilcisi kazandı.

İşçi temsilciliğinin başında ve IG Kimya şube yönetiminde yer alan sağcı sendika ağaları, işyeri sendika temsilciliği yönetiminden geri çekilmiş sendikacılarında içinde yer aldığı IG Kimya'dan sendikacılara karşı adi bir kışkırtma kampanyasını yaygınlaştırdılar.

Muhalefet listesinin başı Reis arkadaş, seçimin başarısıyla ilgili olarak şöyle diyordu: "Bu durumda taban sözünü söylemiştir. Umuyoruz ki, IG Kimya bizi seçen personel üyelerini görmezlikten gelemez."

Wiesbaden'deki IG Kimya şube yönetimi, muhalefetin başarısını engelleyemeyince, bu sefer de muhalefet listesinde adaylığını gösteren 27 sendikacının IG Kimya'dan atılması için sendikanın merkez yönetim kuruluna başvurdu.

(„Acht Sitze für die Opposition" RM/Nr. 17, S. 1)